grundrisse

zeitschrift für linke theorie & debatte

ausfransen & polarisieren
raus aus der sackgasse!

mindestsicherung & alvg-novelle
zurichtung zur lohnarbeit!

renaissance & libertärer kommunismus
give the anarchist a theory!

gewalt, geschlecht & enthnizität
zentrale randbewegungen!

sex, gender & kalte blicke
from hard-core to post-porn!

bildung & gut-gehen
neuerscheinungsdiagnosen!

MIT NACHDRUCK.
andré gorz & vsstö

außerdem:
abo-attacke, buchbesprechungen

winter 2007 / preis 4,80 euro

24

Inhaltsverzeichnis

Erscheinungsdatum dieser Ausgabe: 12..12.07, Redaktionsschluss # 25: 10.02.08

Die **Redaktionstreffen** der **grundrisse** finden jeden 2. und 4. Montag im Monat um 19 Uhr statt.
Interessierte LeserInnen sind herzlich eingeladen.
Weitere Infos unter: **www.grundrisse.net** und unter **redaktion@grundrisse.net**
Ein Jahresabo kostet für 4 Nummern Euro 18,-, **das 2-Jahres-Abo nur 33,- Euro**!
Bestellungen entweder an **grundrisse@gmx.net** oder an K. Reitter, Antonigasse 100/8, A-1180 Wien
Bankverbindung: Österreich: BAWAG Konto Nr. 03010 324 172 (K. Reitter), Bankleitzahl 14000.
International: BIC = BAWAATWW, IBAN = AT641400003010324172, Empfänger = K. Reitter,

Impressum: Medieninhaberin: Partei **grundrisse** Antonigasse 100/8, 1180 Wien
Herausgeberin: Redaktion **grundrisse** (Wolfgang Bacher, Dieter A. Behr, Martin Birkner, Bernhard Dorfer, Robert Foltin, Daniel Fuchs, Käthe Knittler, Birgit Mennel, Minimol, Franz Naetar, Paul Pop, Karl Reitter, Andrea Salzmann, Lisl Steger, Klaus Zoister)
MitarbeiterInnen dieser Nummer: Torsten Bewernitz, Sergio Bologna, Barbara Eder, Jens Kastner, Daniela Kopeinig, Klaus Neundlinger, Elisabeth Tuider
Graphikkonzept: Harald Mahrer, Layout: Karl Reitter, Umschlag: Andrea Salzmann
Erscheinungsort: Wien. Herstellerin: Digidruck, 1030 Wien
Offenlegung: Die Partei **grundrisse** ist zu 100% Eigentümerin der Zeitschrift **grundrisse**.
Grundlegende Richtung: Förderung gesellschaftskritischer Diskussionen und Debatten.

ISSN: 1814-3156
Key title: Grundrisse (Wien, Print)

Editorial

Liebe LeserInnen,

Anfang Dezember beschloss das österreichische Parlament eine Novelle des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Der Zugriff von Staat und Kapital auf Erwerbsarbeitslose erreicht damit eine neue Qualität, sowohl was die endgültige Verabschiedung von Grundrechten hinsichtlich Datenschutz, als auch die Möglichkeit von privaten Arbeitskräftevermittlungen, Bezugssperren zu verhängen betrifft. Der Artikel von Karl Reitter dazu zeigt die ganze Breite des Angriffs auf.

Heftig umstritten war in der Redaktion der Text „Raus aus der Sackgasse!“ von Sergio Bologna. Zum einen bietet er interessante Ansätze zu einer Diskussion über politische Handlungsfähigkeit der Prekären, zum anderen wurde der von Bologna affirmativ eingesetzte Begriff der „middle class“ heftig kritisiert, wie auch seine unkritische Position zum „legge Biagi“, das zwar prekäre Beschäftigungs-verhältnisse in den juridischen Rahmen einschrieb, deren negative Auswirkungen (wie die Legalisierung von "Arbeit auf Abruf") jedoch weit stärker wirken als die paar Verbesserungen für prekär Beschäftigte. Klaus Neundlingers Einleitung hingegen bezieht die starke Seite von Bolognas Text, u.a. die alternative Lesart offizieller Statistiken zum Arbeitsmarkt, auf österreichische Verhältnisse und zeigt deutlich das massive "Ausfransen" der Beschäftigungsverhältnisse als postfordistische Normalität.

Torsten Bewernitz "Give the Anarchist a theory!" ist ein weiterer Versuch des produktiven In-Beziehung-Setzens von Anarchismus und marxistischer Theorie, ausgeführt an der Lektüre neuerer anarchistischer Literatur. Der Text von Jens Kastner und Elisabeth Tuider hingegen nimmt das Verhältnis von geschlechtlicher Arbeitsteilung, Gewalt und Widerstand am Beispiel Mexikos bzw. der dortigen sozialen Bewegungen in den Blick. „Sex, Gender und der kalte Blick aufs nackte Fleisch“ ist der Untertitel von Barbara Eders historisch orientierter Analyse (post)pornographischer (Film)Praxen. Erwartungsgemäß gab es dazu die intensivsten Diskussionen. Zentraler Punkt der Kritik war die untergeordnete Bedeutung sowohl politischer Widerständigkeit als auch das Nicht-Verlassen der ästhetisch-visuellen Ebene, der ZuseherInnenposition. Dennoch ist Eders Text in gewisser Weise eine Fortsetzung der Fragen, die in den Beiträgen „Ist Sex subversiv?“ aufgeworfen wurden, bei denen eine queere Sichtweise zu kurz kam.

Martin Birkner nimmt in seinem Essay Neuerscheinungen zur im Moment boomenden Bildungsdebatte kritisch unter die Lupe. Er vermisst in vielen Texten vor allem jene grundsätzliche Ebene der Produktion von Eliten, auf der kritische Detailstudien über soziale Ungleichheiten im Bildungssystem erst aufbauen müssten. Dazu passend präsentieren wir in unserer losen Reihe „MIT NACHDRUCK“ zwei Texte zur gleichen Thematik. „Zerschlagt die Universität“ vom vor kurzem gemeinsam mit seiner Frau Dorine freiwillig aus dem Leben geschiedenen André Gorz ist eine gleichsam wütende wie analytisch gehaltvolle Polemik gegen „Reformen“ im Bildungsbereich. Ein Flugblatt des Verbandes sozialistischer StudentInnen aus 1971 zeigt, wie kritische Intervention an der Universität auch ausschauen kann bzw. konnte.

Ausführlicher als gewohnt sind diesmal die beiden Buchbesprechungen ausgefallen: Dieter Behr rezensiert „Migration und Klassenkampf in der US-amerikanischen Geschichte“ in „Crossing the Border“ von J.A. Chacón und Mike Davis, Elisabeth Steger nimmt sich Alain Badious „Paulus - Die Begründung des Universalismus“ vor.

Für 2008 haben wir uns viel vorgenommen. Gleich zu Jahresbeginn legen wir euch zwei Veranstaltungen ans Herz, an deren Organisation wir beteiligt sind, und zwar mit Brigitta Kuster und Renate Lorenz zu „Sexuell arbeiten“ und von Sarah Diehl zu „Schwangerschaftsabbruch im internationalen Kontext“. Nähere Informationen zu beiden Veranstaltungen findet ihr wie immer unter www.grundrisse.net. Im Frühjahr 2008 wird es - auf Initiative der grundrisse - in Wien eine internationale Konferenz zu „Ökonomie, Widerstand und soziale Verhältnisse im Postfordismus“ (so der Arbeitstitel) geben. Die Vorbereitungen laufen bereits auf Hochtouren, in Kürze werden wir erste Ergebnisse präsentieren.

WIE AUF DEM TITELBLATT VERSPROCHEN: DIE ABOATTACKE: Die grundrisse stellen aus Prinzip jede neue Ausgabe vollständig ins Netz. Zur Produktion der Zeitschrift sind wir allerdings auf eure Kohle angewiesen. Abonniert also! Verschenkt Abos!! Die ersten beiden 2-Jahres-AbonnentInnen, die neu bei uns eintrudeln, werden mit „Der junge Marx. Philosophische Schriften“, herausgegeben von Stefan Kraft und Karl Reitter beglückt!

Die Bildstreifen verdanken wir diesmal Daniela Kopeinig. Sie hat uns folgende kurze Selbstdarstellung zukommen lassen: „*Studentin an der Kunstuniversität Linz (Bildende Kunst - Experimentelle visuelle Gestaltung). Vor ca. 1 Jahr - im Zuge eines Auslandsaufenthaltes in Ljubljana / Slowenien - begann ich mich neben Fotografie, Film und Graffiti mit Comics auseinanderzusetzen. Comics als Medium zur Mitteilung von Erlebtem, Erdachtem, Erwünschtem, Befürchtetem. Das Konzept verfolgt die Umsetzung von (politischen, philosophischen, alltäglichen...) Inhalten mittels Text und Bild. Nähere Infos über Comics und andere Arbeiten unter der Email-Adresse daniela.kopeinig@ufg.ac.at*“

eure grundrisse - Redaktion

Ausfransen und Polarisierung oder „Sollen wir uns überhaupt mit dem Arbeitsmarkt beschäftigen"?

Einleitende Bemerkung von Klaus Neundlinger zu: „Raus aus der Sackgasse!"

1. Der im Anschluss abgedruckte Text von Sergio Bologna wurde anlässlich des EuroMayday 2007 in Mailand geschrieben und bezieht sich deshalb vor allem auf die Situation in Italien. Kennzeichnend für die Analyse Sergio Bolognas ist eine beständige Auseinandersetzung mit der Abbildung der Arbeit in den offiziellen Statistiken und den Schlüssen, die die institutionalisierte Sozialwissenschaft daraus zu ziehen pflegt. Man könnte dieser Verfahrensweise eine gewisse „Kälte" vorwerfen. Man könnte dagegen einwenden, dass sie sich den objektivierenden Blick aneignet, der die Sprache der Statistik und ihrer AuslegerInnen auszeichnet, die die lebendige Arbeit auf diese Weise „einzufrieren" versuchen. Man könnte des Weiteren vorbringen, dass sich eine solch detaillierte Auseinandersetzung mit einem nationalen Arbeitsmarkt, mit einer spezifischen Situation, die von der Geschichte der rechtlichen und institutionellen Regelungen eines einzelnen Landes geprägt ist, nicht ohne Schwierigkeiten verallgemeinern oder auf die Lage in anderen Ländern übertragen lässt.

Die Analyse, die hier durchgeführt wird, beschränkt sich jedoch nicht auf eine „andere", eine „weitere" Interpretation des vorhandenen Zahlenmaterials. Im Gegenteil, es geht gerade darum, den Blick auf das Phänomen Arbeit im Postfordismus beweglich zu machen, ihm Leben und Kraft einzuhauchen, sodass die Zahlen und statistischen Kategorien letztlich eine Verwandlung durchmachen. Es geht also nicht so sehr um ein gelehrtes Hantieren mit Daten, sondern vielmehr um einen Aspekt eines umfassenden Selbstversuchs. Selten wird dies so deutlich wie an diesem Text, der uns dazu auffordert, Wesen und Gestalt des Arbeitsmarktes neu zu denken und auf diese Weise zu einer neuen Klassenanalyse zu kommen. Das „Ausfransen" der Beschäftigungsstruktur wird auf diese Weise in einer völlig anderen Bedeutung sichtbar als in den Untersuchungen der offiziellen Arbeitsmarktforschung: Es handelt sich eben nicht darum, die Ränder der Erwerbsarbeit immer genauer zu bestimmen, die Abweichungen von der Normalität, vom Zentrum, um sie danach wieder dieser Normalität anzugleichen, sondern darum, dieses Ausfransen als das zentrale Phänomen der neuen Produktionsweise zu begreifen. Unter anderem deshalb besteht Bologna in seinen Analysen darauf, dass eine konsequente Weiterführung des Operaismus nur in einer Auseinandersetzung mit dem Phänomen der „middle class" Sinn hat. Es geht darum, zu begreifen, welche Auswirkungen die Abwertung des Humankapitals hat, auf dem das Imaginäre der Mittelschichten fußt und dessen materielle wie symbolische Verwertung den Kern ihrer ökonomischen und kulturellen Existenz ausmacht.

Indessen gilt es jedoch, vorsichtig mit dem Begriff der „Prekarisierung" zu verfahren, weil die neuen Arbeitsformen eben nicht nur mit größerer Unsicherheit, dem Versagen grundlegender Rechte, dem Phänomen der Befristung und schlechter Bezahlung verbunden sind. Sie sind gewiss durchzogen von einem der Wesenszüge der postfordistischen Arbeitsorganisation: der Unbestimmtheit. Diese erhöht den Druck auf die Organisationen, ihre Struktur und Dynamik den Schwankungen der Marktnachfrage anzupassen und ihren Kern auf jenes Instrument zu verlagern, das allein die Unbestimmtheit in „rationale" Betriebsführung, die Ausübung von Macht, die Ordnung von Beziehungen, die Formulierung von Zielen und Bewertung von Prozessen, Dienstleistungen und Produkten verwandeln kann: die Kommunikation. Allerdings darf man darüber eine der Wurzeln der neuen Arbeitsorganisation nie vergessen: die massenhafte Verweigerung gegenüber der Arbeits- und Lebenswelt des Fordismus in den 1970er Jahren. Viele der neuen Arbeitsformen sind aus alternativen Entwürfen hervorgegangen, und bis heute ist die „neue Selbständigkeit" vom Willen gekennzeichnet, sich der hierarchischen Welt und dem „kulturellen Fiasko" der abhängigen Lohnarbeit zu entziehen. Oft mögen diese Motive nichts anderes sein als die Rechtfertigung einer Realität des Egoismus, der Überlastung, der Überarbeitung und der Tatsache, dass auch die in Selbständigkeit vollbrachte Arbeit von Routine und Frust nicht verschont bleibt. Es mag sich um die Eingliederung einstmals widerständiger Formen des Handelns in die dem Kapital willkommene Sprache eines neuen UnternehmerInnentums handeln. Dennoch gilt es, diese Phänomene ernst zu nehmen und sich den Figuren der neuen

Arbeit anzunähern. Oft sprechen sie nicht die Sprache der Linken und der sozialen Bewegungen. Oft scheint ihr Auftreten in der Öffentlichkeit von einem Pragmatismus geprägt, der das Eigeninteresse in den Vordergrund stellt und sich auf die Forderung nach gesetzlichen Anpassungen und steuerlichen Erleichterungen beschränkt. Genau deshalb ist es meines Erachtens aber wichtig, eine Arbeit der Übersetzung zu leisten, die unterschiedliche Anliegen, Ausdrucksformen und Lebensentwürfe miteinander in Verbindung zu setzen imstande ist. Hinter einer Sprache, die vordergründig als unpolitischer Lobbyismus erscheint, versteckt sich oft ein Potenzial der Erneuerung, das es sichtbar zu machen gilt. Dies scheint mir der tiefere Sinn der Beschäftigung mit Statistiken zu sein: In ihnen spiegelt sich die Krise der Institutionen, welche es nicht schaffen, das Neue zu integrieren. In gewissem Sinne entspringt diesem Versagen zwar nicht notwendigerweise, aber doch prinzipiell, die Möglichkeit eines neuen Antagonismus.

2. Was können wir dem Text aus nicht-italienischer Sicht hinzufügen? In einer Diskussionsrunde zum Thema „Wissensarbeit“ formulierte jüngst eine Expertin für die so genannten „Ein-Personen-Unternehmen“ einen Wunsch. Wenn sie Geld für ein Forschungsprojekt zur Verfügung hätte, dann würde sie die gesamte, durch „Ein-Personen-Unternehmen“ geleistete Wertschöpfung erheben. Ist es vollkommen abwegig, darin eine neue Form der con-ricerca, der partizipatorischen Forschung operaistischer Prägung, zu sehen? Was würde denn bei einer solchen Untersuchung zum Vorschein kommen? Je nachdem, wie man sie anlegt, könnte man auf jeden Fall eines erreichen: die neuen Formen der Arbeit sichtbar zu machen, jener Arbeit, die teils durch Auslagerung, Nischenbildung, durch verschiedenste Formen des aus Lust oder Not geborenen Experimentierens entstanden sind. Man könnte, darauf aufbauend, sowohl die Produktions- als auch die Organisationsmacht der neuen Selbständigen untersuchen. In den offiziellen Statistiken und wirtschaftswissenschaftlichen Analysen werden diese Formen von Arbeit hingegen als Spielarten des „UnternehmerInnentums“ ausgewiesen.

So kommt es, dass das Phänomen des „Ausfransens“ des Arbeitsmarktes statistisch auf mannigfache Weise verschleiert wird. Zunächst zur Zahl der Selbständigen ohne die in der Landwirtschaft Beschäftigten. Diese ist in den Jahren zwischen 1996 und 2006 von 6,4 % auf 8,8 % der Gesamtbeschäftigtenzahl angestiegen. Von den 2203868 unselbständig in der Privatwirtschaft Tätigen arbeiteten im Jahr 2003 zwar 37,1 % in den 963 in Österreich ansässigen Unternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten.

In Österreich gibt es jedoch über 180000 Ein-Personen-Unternehmen, dazu kommen knapp 40000 „neue Selbständige“, die nicht über einen Gewerbeschein verfügen und deshalb auch keine Mitglieder der Wirtschaftskammer sind. Die meisten als „Unternehmen mit Beschäftigten“ geführten Betriebe, nämlich 86,7 %, sind Mikro-Unternehmen mit zwischen 1 und 9 Beschäftigten. In diesen Betrieben arbeiten zwar nur 17,3 % der unselbständig Beschäftigten des Privatsektors, wenn man jedoch die Selbständigen dazuzählt, so kommt man auf einen Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten (nach dem Labour-Force-Konzept) von 24,4%.

Betrachtet man die Betriebe mit bis zu 9 Beschäftigten, so sind es ca. 600 000 selbständig oder unselbständig Beschäftigte, die im privaten Sektor entweder als „Ich-AGs“ oder als LeiterInnen kleinster Unternehmen oder als Beschäftigte in solchen „Mini“-Unternehmen tätig sind. Wenn man die Selbständigen in ein Verhältnis zur Gesamtzahl der Beschäftigten setzt, kommt man immerhin noch auf 17 %. Die durchschnittliche Betriebsgröße im Bereich der Mikrounternehmen liegt bei drei Beschäftigten, was bedeutet, dass der Großteil der Betriebe über nicht mehr als ein, zwei Beschäftigte verfügt. Tatsächlich weist die Statistik der Wirtschaftskammer für das Jahr 2006 nicht weniger als 91857 „Unternehmen“ mit nur einem Beschäftigten aus. 37177 Betriebe haben zwei Beschäftigte, 23929 Betriebe drei Beschäftigte, 16757 vier Beschäftigte, 11486 Betriebe fünf Beschäftigte und 26035 Betriebe zwischen 6 und 9 Beschäftigte.

Das Ausfransen nimmt jedoch noch andere Formen an: Die Politik überschlägt sich momentan mit Jubelmeldungen zur Senkung der Arbeitslosigkeit und zur Erhöhung der Beschäftigung. Allerdings ist die Steigerung der Beschäftigungsquote nicht zuletzt auf das rasante Ansteigen der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse (momentan fast 240000) zurückzuführen. Dazu kommen weitere Formen der „atypischen Arbeit“: 177000 Erwerbstätige verfügen über einen befristeten Arbeitsvertrag, und vor allem viele Frauen haben nur Teilzeitstellen (im Bereich zwischen 12 und 35 Stunden sind es 970000), die oft nicht ihrer eigentlichen Qualifikation entsprechen. Sie leisten nach wie vor die meiste unbezahlte Arbeit im Haushalt, in der Kindererziehung und der Pflege. Ungefähr 316000 Frauen suchen laut der Arbeitskräfteerhebung von 2006 aufgrund von Pflege oder Betreuung Angehöriger oder anderer persönlicher Gründe keine Erwerbsarbeit. Die Statistik bestätigt über diese Kategorisierung also rückwirkend, dass die Gesellschaft bestimmte Tätigkeitsformen nicht als entlohnenswerte Arbeit anerkennt.

Während die Arbeitslosenzahl nach dem Labour-Force-Konzept zuletzt bei 186000 lag, erhob der Mikrozensus von 2006 nach dem alternativen, auf subjektiver Einschätzung gründenden Lebensunterhaltskozept eine Zahl von 264000 Arbeitslosen. Darüber hinaus wurde in den letzten zwei Jahren nur ein Viertel der neu geschaffenen Stellen durch vorher Beschäftigungslose besetzt. Denkt man an das Umsichgreifen des Phänomens der unbezahlten Praktika, so ergibt sich ein weiterer Faktor der mangelnden Anerkennung und Retribution oftmals qualifizierter beruflicher Tätigkeit. Das Phänomen des Ausfransens geht demnach Hand in Hand mit dem der Polarisierung, die dazu führt, dass bestimmte Gruppen strukturellen Ausschlussmechanismen hinsichtlich des Zugangs zum Arbeitsmarkt und der Kontinuität der Erwerbsbiographie unterworfen sind.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass gerade höher qualifizierte Frauen manchmal eine selbständige Tätigkeit anfangen, weil sie auf diese Weise den strukturellen Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt entgehen können. Ähnliches kann man von MigrantInnen sagen, denen andere Möglichkeiten des Eintritts in den Arbeitsmarkt oft verwehrt sind und denen es über Nischen, Spezialisierung und die Bewirtschaftung spezifischer Marktsegmente gelingt, sich in die ökonomischen Kreisläufe einzuklinken. Immerhin lag der Anteil nicht-österreichischer StaatsbürgerInnen unter den Selbständigen im Jahr 2001 bereits bei 13%. Oft ist die Tätigkeit in diesem Bereich jedoch mit langen Arbeitszeiten und schlechter Bezahlung bzw. Absicherung verbunden.

In diesem Sinne könnte das fehlende Glied in der Kette, jenes Element, das die heterogenen Formen der Beschäftigung im Postfordismus untereinander verbinden könnte, eine Neufassung des Versicherungsprinzips sein. Während die historischen Verbände der wechselseitigen Hilfe, der Kooperativen und die ersten Versicherungen eher das Risiko der Invalidität abdeckten und die ausgefeilten sozialstaatlichen Systeme zunächst den Gedanken der Überbrückung beschränkter, periodisch auftretender Phasen und in den letzten Jahren immer stärker den der Disziplinierung und Kontrolle der „Arbeitsfähigen" in den Vordergrund stellen, könnte man sich neue Formen der „Versicherung" sowohl als Rahmen der freien ökonomischen, sozialen oder kulturellen Initiative als auch als Auswege aus der Diskriminierung und mithin als Instrument emanzipatorischen Handelns vorstellen. Dies würde beiden, bislang eher getrennt funktionierenden symbolischen Kontexten, dem der sozialen Bewegungen und dem der „gefährdeten" Mittelklasse, entgegenkommen.

E-Mail: kneundlinger@yahoo.com



Sergio Bologna

Raus aus der Sackgasse!*

Die Bewegung *gegen* prekäre Arbeitsverhältnisse und soziale Unsicherheit, sowie zugunsten gleicher Rechte für alle BürgerInnen, scheint bislang nur imstande zu sein, das Unbehagen mit den momentanen Zuständen zu transportieren und Protest zu organisieren, nicht aber, die Dinge tatsächlich zu verändern. Zu viele Hindernisse stehen einem effektiven Fortschritt hinsichtlich der Lage der Prekären entgegen. Die derzeit amtierende Regierung von Romano Prodi und die Politik seines Arbeitsministers stellen ein solches Hindernis dar, doch erweisen sich manche Schranken innerhalb der Bewegung selbst als ebenso tückisch.

Klassenbewusstsein entwickeln

Es ist eine allgemein anerkannte Tatsache, dass der Fordismus die Figur des *Massenarbeiters* hervorgebracht hat. Von dieser Auffassung ausgehend hat sich das politische Denken entwickelt, welches den sozialen Bewegungen der 1960er und 70er Jahre ihre Inhalte geliefert hat. Die Reflexion über die vom Postfordismus hervorgebrachte Klasse ist hingegen weniger artikuliert oder zumindest uneinheitlicher. Viele Versuche, das Wesen dieser Klasse zu bestimmen, wurden und werden unternommen, nicht zuletzt jener, sie als „Nicht-Klasse" zu definieren. Solange es jedoch nicht gelingt, für sie ein adäquates Profil zu finden, mit derselben Klarheit und ebenso schematisch, offensichtlich und leicht kommunizierbar wie dies beim Begriff „Massenarbeiter" der Fall war, wird jede Anstrengung, ein politisches Subjekt zu bilden, mit dem Regierung und Kapital sich auseinandersetzen müssen, fruchtlos bleiben.

Ein Denksystem neu zusammensetzen

Der so genannte „italienische Operaismus" stellt vielleicht das einzige System dar, welches versucht hat, der Wahrnehmung der Klassenverhältnisse in der Nachkriegszeit eine Ordnung zu geben. Vollziehen wir für einen Moment den Denkweg nach, den der Operaismus zurückgelegt hat, um letztlich das Klassensubjekt des Fordismus definieren zu können, den *Massenarbeiter*. Der erste Schritt bestand darin, die Maschinen in ihrer Fähigkeit zu begreifen, das menschliche Verhalten gleichsam genetisch zu verändern. Den zweiten Schritt stellte das Verständnis der politischen Kontrolle dieses Prozesses dar: Es galt, den Zusammenhang zwischen Regierungshandeln, öffentlicher Verwaltung und technologisch-organisatorischem Wandel einsichtig zu machen. Dritter Schritt: Wenn man die Glieder der Kette einmal erkannt hat, die einem die Hände fesselt, muss man lernen, sie eines um das andere zu sprengen. Ist ein ähnlicher Denkweg heute überhaupt noch sinnvoll zu beschreiten? Versuchen wir doch einmal, die eben vorgestellte Abfolge nachzuahmen. Wer weiß, ob sie uns nicht zu einem Ergebnis führt.

Die Beziehung Mensch-Maschine

Erster Schritt: der kapitalistische Gebrauch der Maschinen. Gehen wir von der Annahme aus, dass die Symbol-Technologie des Fordismus das Fließband ist und die Symbol-Technologie des Postfordismus der Computer. Daraus ergeben sich zwei völlig verschiedene Typen von Arbeitskraft. Der erste Typ muss, auch wenn die einzelnen Subjekte über Bildung verfügen, seine eigenen Biorhythmen bloß an die der Maschine anpassen, er ist eine ihrer Funktionen oder einer ihrer Bestandteile. Der zweite Typ von Arbeitskraft muss, auch wenn die einzelnen Subjekte nicht über Bildung verfügen, bestimmte Kompetenzen und Kenntnisse vorweisen und imstande sein, mit der Maschine zu interagieren. Im Fordismus haben wir es mit einer technologischen Macht zu tun, die die Arbeitskraft unterjocht und diszipliniert, im Postfordismus hingegen mit einem technologischen Werkzeug, das mit der Arbeitskraft in einen Dialog tritt. Im Fordismus wird der Mensch paradoxerweise auf einen Affen reduziert, im Postfordismus ist der Mensch ganz Gehirn. Im ersten Fall war die Befreiung nur über eine Umkehr der Beziehung zur Maschine zu erreichen (über den Rhythmus entscheide ich und nicht die Maschine, der individuelle Stücklohn muss abgeschafft werden, die Technologie darf nicht einfach akzeptiert, sondern muss verändert werden, zuerst die Gesundheit und dann die Produktivität, die Löhne sollten tendenziell für alle gleich sein usw.). Für den Postfordismus zeichnet sich ein gänzlich anderer Weg ab, denn der Computer ist (zumindest potenziell) Befreiung. Die Denkwege gestalten sich um vieles komplexer, und um sie zu erkunden, müssen wir uns vom Operaismus verabschieden. Wir müssen den Geist und die Logik des ursprünglichen Operaismus verteidigen, nicht die operaistische Mode von heute.

Idioten des lebenslangen Lernens

Jene Phänomene, die eine Veränderung der sozialen Verhaltensweisen, der Gewohnheiten und Stile herbeiführen, sind von größerer Bedeutung als jene, die durch eine im menschlichen Organismus durchgeführte Veränderung erreicht werden können. Die erste große Absetzbewegung, die den Postfordismus vom Fordismus wegführt, besteht darin, dass er dem Humankapital, den Kompetenzen und Kenntnissen, einen hohen Wert zuschreibt. Um in den Arbeitsmarkt einsteigen zu können, muss man über eine gute Ausbildung verfügen, sodass man seinem Lebenslauf immer weitere Qualifikationen und Erfahrungen anfügen kann, ohne dass sich an den prekären Arbeitsverhältnissen etwas ändern würde. Der Postfordismus hat das so genannte „Bildungsangebot“ auf abnorme und monströse Weise aufgebläht. Hunderte Schulen, Kurse und Lehrgänge überhäufen uns mit ihren Angeboten, die sich momentan noch auf den privaten Sektor beschränken. Doch bald schon werden die öffentlichen Schulen ihr eigenes *branding* betreiben und ins Marketing investieren, wie das heute bereits manche Universitäten tun. Der Postfordismus hat das *lebenslange* Lernen erfunden, jenen heimtückischen Mechanismus, aufgrund dessen die jungen Leute sich einreden, ihr Prekariat hänge nicht von Kräfteverhältnissen zwischen Klassen ab, sondern von der ungenügenden Bildung. Je länger diese Leute also in der Beschäftigungslosigkeit verharren oder unterbeschäftigt sind, umso mehr Ausbildungen machen sie. Während es im Schulbereich zu einer Rückentwicklung gekommen ist, wird die Universität weiter den Erfordernissen der Professoren entsprechend organisiert, man richtet sich nicht nach den Bedürfnissen der Studierenden. Insofern haben der Postfordismus und die so genannte *knowledge economy* die Fragmentierung eines privaten und öffentlichen Bildungsmarktes hervorgerufen, dessen Funktion mittlerweile nur mehr darin besteht, einen Menschen zu bilden, der in prekären Verhältnissen lebt, bevor er überhaupt in den Arbeitsmarkt eintritt.

Was es bedeutet, über ein eigenes Denksystem zu verfügen

Einer der Faktoren, die zum Erstarken des operaistischen Denksystems zu Beginn der 1960er Jahre beigetragen haben, war das detaillierte Studium des Taylorismus und des Fordismus in ihrem Ursprungsland, den Vereinigten Staaten. Die italienische und auch die europäische Kultur hatten zu jener Zeit kaum davon Notiz genommen. Der Taylorismus und der Fordismus waren in Europa mit zehn, fünfzehn Jahren Verspätung angekommen, in Ländern wie Italien und Deutschland mit der Machtergreifung der faschistischen Bewegun-



gen. Die Kultur der linken Parteien jener Zeit hatte sehr vage Vorstellungen vom Fordismus, es handelte sich um eine „produktivistische“ Kultur, die vollkommen vom Antifaschismus bestimmt war, d.h. von Problematiken, die mit den Institutionen zu tun hatten. Deshalb wurde der Taylorismus als Instrument zur Steigerung der Produktivität angesehen, das in der Sowjetunion bestens funktioniert hatte. Zwischen den Operaisten und dem Rest der Linken tat sich ein kultureller Abgrund auf.

Heute befinden wir uns in einer ähnlichen Lage. Die Kultur der italienischen Linken weiß nicht oder will nicht wissen, was in den USA mit der Heraufkunft der *New Economy* passiert ist, mit den dotcom-Firmen und all jenen Initiativen und Ereignissen, die in den 1990er Jahren eine wahre Revolution ausgelöst haben, vor und nach dem Aufkommen des Internet. Sie haben vor allem nicht begriffen, dass diese Revolution auch antikapitalistische Züge getragen hat und unter dem Banner der Verweigerung von disziplinären und produktivitätssteigernden Modellen der *big corporations* vorangetrieben wurde, aufgrund eines klaren Bewusstseins der Auflehnung gegen das Bildungssystem, wie es von den *Business Schools* und den großen Universitäten repräsentiert wird. Die Selbstbildung, das, was früher einmal das Autodidaktentum genannt wurde, hatte bei den Protagonisten der New Economy einen hohen Stellenwert. Die Großrechner von IBM wurden „Informationslager“ genannt. Aus diesem Geist ging die Open-Source-Bewegung hervor, von dort stammen die heute noch aktiven Gruppen der „Informatiker für die Demokratie“, die über die Gefahren der Privatisierung des Web wachen. In diesem Zusammenhang hat sich auch jene neue Klasse herausgebildet, die von den Management-Gurus als *Knowledge-workers* bezeichnet wird. Diese haben eine neue Welt erträumt, eine neue Weise zu arbeiten, Unternehmen zu führen, eine andere Art, sich selbst zu definieren, weder *blue* noch *white collar*, weshalb sie etwa Andrew Ross, einer der herausragendsten Chronisten ihrer Geschichte, *no-collar* genannt hat. Später sind sie dann von der Finanz wieder aufgesogen und durch die Krise 2000/2001 aufgerieben worden – aber welche Revolution ist im kapitalistischen Westen nicht institutionell aufgesogen und aufgerieben worden?

Von den Erfahrungen dieser *Web Class* (man sehe mir diesen Neologismus nach) muss man ausgehen, um die Natur des Postfordismus und seine Fähigkeit zu verstehen, die Lage der prekären Arbeit zur Strukturbedingung zu machen. Die Regierung Prodi macht gerade das Gegenteil. Es wird keinerlei Versuch angestellt, die fordistischen Arbeitsmodelle (insbesondere den unbefristeten Dienstvertrag) im Arbeitsrecht und in der entsprechenden Politik zu überwinden. Solcherart könnte man nämlich in einer innovativen Anstrengung auf das Prekariat zugehen und es als *allgemeine Form* anerkennen. Sie werden im Gegenteil immer noch als die einzigen Modelle behandelt, die einem Zugang zum System der wohlfahrtsstaatlichen Schutzbestimmungen verschaffen. In einem ideologischen Gewaltakt werden diesen fordistischen Modellen die Prekären, die Scheinselbständigen, die neuen Selbständigen – also die gesamten postfordistischen Arbeitsformen angepasst. Indessen wäre es unerlässlich, neue Kriterien für den Schutz der Arbeitsbedingungen zu finden, die nicht dem typischen abhängigen Dienstvertrag entsprechen, neue soziale Leistungen, neue Arten der Förderung.

Das Prekariat als Randproblem

Es wäre sicher eine lohnenswerte Aufgabe, würde man den Weg der linken Intelligenz in ihren leider gelungenen Versuchen, das Wesen der Arbeit im Postfordismus zu verdunkeln, Schritt für Schritt nachzeichnen. Eine erste Ahnung, dass sich etwas veränderte, kam den Intellektuellen und Akademikern vor zehn Jahren, als sie bemerkten, dass es „atypische“ oder, wie man in Brüssel sagt, „nicht standardmäßige“ Formen der Beschäftigung gibt. Die Gewerkschaften führten die ersten Studien durch und heraus kam, dass die so genannten co.co.co (freie Dienstnehmer, dienstnehmerähnlich Beschäftigte) mehr als zwei Millionen ausmachten. Das Problem der atypischen Arbeit war also alles andere als marginal, insofern es 10% der Arbeitskraft betraf. Zu dieser Zahl kamen die neuen Selbständigen, doch die wurde man schnell wieder los, indem man behauptete, das seien keine Arbeitskräfte, sondern „Unternehmen“, „Ein-Personen-Betriebe“, und deshalb würden sie in die Zuständigkeit der Arbeitgeberverbände fallen. Nachdem Berlusconi an die Macht gekommen war, gab sein Arbeitsminister mit der anfänglichen

weiter auf Seite 14

Beratung von Marco Biagi der „atypischen“ Arbeit ein institutionelles Gewand. Dies war ein erster wichtiger Schritt in Richtung Anerkennung des Umstandes, dass die Arbeitswelt in Veränderung begriffen war und dass man von diesen Veränderungen aus eine neue Politik des Arbeits- und Sozialrechts und der Tarifverhandlungen schaffen müsse. Doch die linke Intelligenz gab sich nicht geschlagen und ersann allerhand Schachzüge, um das Problem der „atypischen Arbeit“ auf eine marginale Schwierigkeit zu reduzieren. Neue statistische Analysen senkten die Zahl der zwei Millionen co.co.co auf 400000. Die neuen Erhebungsmethoden des Statistischen Zentralamtes ergaben, dass die selbständige Arbeit zurückging (man vernachlässigte den Umstand, dass nur die traditionelle selbständige Arbeit abnahm, also in der Landwirtschaft und im Einzelhandel, während die Zahl der *neuen Selbständigen* stark zunahm). Auf diese Weise wurde das Problem des Postfordismus, von dem wir gesagt haben, dass es eine sehr komplexe Transformation der kapitalistischen Ordnung mit sich bringt, auf ein Randproblem und das Prekariat auf ein gewissermaßen physiologisches Problem reduziert. Diesen herausragenden Geistern zufolge handelte es sich dabei um eine Übergangsphase im Arbeitsleben eines jeden von uns (fließende Phase), die üblicherweise schnell vorbeigeht und einer Phase der stabilen und für den Rest des Lebens sicheren Beschäftigung weicht (beständige Phase). So sind wir bei der Regierung Prodi und bei seinem Arbeitsminister Damiano angelangt, mit dem jede Spur eines Nachdenkens über die postfordistische Arbeit getilgt ist. Die einzige Vorstellung von Arbeit ist die vom unbefristeten Dienstvertrag. Die Prekären, die Atypischen, die Nicht-Standard-mäßigen werden nur als „Übergangsfiguren“ anerkannt. Sie gehören zu den Randerscheinungen des Arbeitsmarktes und verschwinden, sobald sie zu den stabilen Arbeitskräften der „beständigen Phase“ gehören. Allerdings hat man für diese Vertragsformen die Sozialversicherungsbeiträge erhöht. Die einzige konkrete Aktion der Regierung zugunsten des Prekariats konnte im Übrigen nur im Bereich der öffentlichen Verwaltung statthaben: Man gewährte einer gewissen Anzahl von Angestellten, die bisher nur befristete Verträge hatten, eine unbefristete Anstellung. Im privaten Sektor kann die Regierung nichts machen, solange sie keine neue Arbeitsgesetzgebung einführt.

Wie man sich selbst schadet oder der Kampf gegen die neuen Arbeitsgesetze

Die Bewegung gegen das Prekariat hat sich vehement gegen das „Gesetz Nr. 30“, die so genannte *legge Biagi* gewandt und dabei einen tragischen Fehler begangen. Dieses Gesetz stellt eigentlich die Anerkennung von Arbeitsformen jenseits des Standardmodells dar. Auf seine – vielleicht ungeschickte – Weise hat es versucht, Schutzbestimmungen für diese Formen einzuführen. Zum ersten Mal hat es der postfordistischen Arbeit einen rechtlichen Rahmen gegeben und das Prekariat als *strukturelles* Phänomen anerkannt, und nicht als eines des „fließenden“ Übergangs, wie das von der jetzigen Regierung und ihren Beratern versucht wird. Das Maßnahmenpaket von Tiziano Treu, dem Arbeitsminister der ersten Mitte-Links-Regierung von Prodi 1997/98, hatte hingegen Prozessen unkontrollierter Flexibilisierung Tür und Tor geöffnet. Insofern erscheint die Entscheidung, die *legge Biagi* als Ziel eines Kampfes gegen das Prekariat ins Visier zu nehmen, nichts anderes als eine Neuauflage von Don Quijotes Kampf gegen die Windmühlen. Dieses Gesetz nimmt zumindest die atypischen Arbeitsformen als konstante Erscheinungsform zur Kenntnis, während in der gegenwärtigen Regierung die Ansicht vorherrscht, dass es sich dabei um eine Art von jugendlicher Akne handelt.

Die großen Zahlen oder die wahren Dimensionen der italienischen Wirtschaft

In Italien arbeiten 47% der Arbeitskräfte im privaten Sektor, das sind 7683000 Personen, in Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten. Davon wiederum sind 6179000 Menschen in Unternehmen beschäftigt, die durchschnittlich nicht mehr als 2,7 Beschäftigte haben (die Daten beziehen sich auf eine Aussendung der nationalen Statistischen Behörde vom Oktober 2006). Fügen wir zu diesen ca. eine Million Personen hinzu, die in Unternehmen mit höchstens 15 Beschäftigten arbeiten, dann haben wir ein Heer von 8,5 Millionen Personen (von insgesamt 16 Millionen), die nicht unter den Schutz des Artikels 18 des Arbeiterstatuts fallen. D.h. sie genießen keinen Kündigungsschutz. Insofern stellt auch der unbefristete Arbeitsvertrag für weniger als die Hälfte der in der Privatwirtschaft Beschäftigten einen totalen Schutz dar. Sehen wir vom öffentlichen und halböffentlichen Sektor ab, so können wir sagen, dass der italienische Arbeitsmarkt im Bereich der unbefristeten Arbeitsverhältnisse einen ziemlich hohen Grad an Flexibilität erreicht hat. Zu diesem Kern kommt noch das Prekariat im engeren Sinne hinzu. Das eigentliche „schwarze Loch“ stellen jene mehr als 6 Millionen Arbeitskräfte dar, die in Unternehmen arbeiten, deren durchschnittliche Beschäftigtenzahl unter drei liegt. Aus zwei Gründen handelt es sich dabei um ein „schwarzes Loch“. Erstens kann eine wirtschaftliche Einheit aus kaum drei Personen nicht sinnvoll als „Unternehmen“ bezeichnet werden. Wer auch nur oberflächliche Kenntnisse von ökonomischer Theorie hat, weiß, dass ein Unternehmen eine

Institution darstellt, die aus drei verschiedenen sozialen Funktionen oder Rollen besteht: dem Kapital, dem Management und der Arbeitskraft. In den Familienunternehmen fallen Kapital und Management zusammen. Eine Struktur, die aus nicht einmal drei Personen zusammengesetzt ist, wird deshalb nur aus ideologischen Gründen „Unternehmen“ genannt. Man will das *vielgestaltige Universum der selbständigen Arbeit mit einem elementaren Organisationsgrad* in den Rahmen der kapitalistischen Bourgeoisie einschreiben. Formen selbständiger Arbeit gibt es zwar schon lange, doch ist dieses Phänomen mit der Ausbreitung der postfordistischen Produktionsbeziehungen explosionsartig angestiegen. Jene 6179000 Personen sind teils „Ein-Personen-Unternehmen“ (ein weiterer absurder und mystifizierender Begriff), teils Selbständige, die ein oder zwei (Komma sieben) Beschäftigte haben – welche oft auf der Basis unbefristeter Verträge angestellt sind. Den zweiten Grund für dieses „schwarze Loch“ stellt der Umstand dar, dass dieses Universum und das unmittelbar angrenzende, jenes der Mikro-Unternehmen mit bis zu 9 Beschäftigten, jener Bereich ist, der die meiste Nachfrage nach Arbeitskraft aufweist. Es ist also jener Sektor, der die Beschäftigungsdynamik aufrechterhält. Die mittleren und großen Unternehmen, besonders jene 2010 Firmen, die den harten Kern des italienischen Kapitalismus bilden und die in einer detaillierten Studie von Mediobanca aus dem Jahr 2006 untersucht worden sind, haben im Jahrzehnt zwischen 1996 und 2005 *ununterbrochen* Arbeitsplätze abgebaut.

Das ist aber noch nicht alles. Nachdem die Gewerkschaften im Juli 1993 das unselige Übereinkommen zur Einschränkung der Lohnkosten unterzeichnet hatten, blieben die Gehälter im öffentlichen wie im privaten Sektor fast gleich. In keinem anderen Land der Europäischen Union haben sich die Löhne so schlecht entwickelt. Trotz dieses Entgegenkommens seitens der Gewerkschaften haben die Unternehmen weiter ihre Strukturen filetiert, Aufträge an Zulieferer vergeben, Produktionsabschnitte ausgelagert und auf diese Weise die Kernbelegschaft immer weiter schrumpfen lassen. Sie haben also dazu beigetragen, dass der Bereich der Mikrounternehmen und der selbständigen Arbeit mit einem elementaren Organisationsgrad ständig anwuchs. Die in den Abkommen vereinbarte Lohndisziplin hätte die Unternehmen dazu bringen sollen, zu wachsen, mehr Leute in stabile Arbeitsverhältnisse aufzunehmen sowie in Forschung und Innovation zu investieren. In Wirklichkeit ist genau das Gegenteil geschehen: Die Unternehmen werden immer fragmentierter, immer kleiner, immer zerbrechlicher und weit entfernt vom letzten Stand der technologischen Entwicklung. Trotz dieser Position der absoluten Unterlegenheit auf dem Markt sorgt dieses Universum für Beschäftigungswachstum in Italien. Jene Unternehmen hingegen, die laut der Studie der Handelsbank *Mediobanca* Profite in nie dagewesener Höhe einfahren, leisten einen äußerst bescheidenen Beitrag zur Beschäftigung oder bauen sogar Arbeitsplätze ab. Man kann das Wesen des italienischen Kapitalismus deshalb als Anomalie betrachten. Wer aber zahlt dabei drauf? Das Humankapital natürlich, die Fähigkeiten und Kenntnisse der Arbeitskräfte. In einer Rede vor Studierenden der Universität Rom hat der Gouverneur der italienischen Zentralbank erklärt, die niedrige Arbeitsproduktivität in Italien sei „unter den industrialisierten Ländern ein Einzelfall“. Bekanntlich steigt die Produktivität der Arbeit in dem Maße, wie das Humankapital, d. h. die Intelligenz und die Kompetenz der Personen, ihre physischen Anstrengungen, die Erbringung menschlicher Arbeitsleistung sich mit dem fixen Kapital verbinden, das in Technologien, Maschinen, organisatorische Systeme, materielle und immaterielle Infrastruktur usw. eingeht. Im kapitalistischen System Italiens bleibt das Humankapital vollkommen sich selbst überlassen. Es muss für die Reproduktionskosten selbst aufkommen und sieht sich des fixen Kapitals beraubt (das Universum der so genannten „Mikro-Unternehmen“ – ich ziehe es, wie gesagt, vor, von einem Universum der selbständigen Arbeit mit einem minimalen Organisationsgrad zu sprechen). Die größten finanziellen Ressourcen sind in Unternehmen konzentriert, die wenig Humankapital einsetzen, in Unternehmen mit Niedrigtechnologie. Darüber hinaus ist das italienische System nicht nur ein *low-tech*-System, sondern auch ein System, in dem *die Rendite über den Profit gestellt wird*. Die großen italienischen Unternehmen sind nicht die der wettbewerbsintensiven Sektoren des Weltmarktes – Autoindustrie, Chemie, Elektronik, Verlagswesen usw. –, sondern solche, die Monopolstellung genießen und entsprechende Renditen abwerfen (Mineralölverwaltung, Stromversorgung, Telekommunikation, Autobahnnetz, Banken, Versicherungen usw.), d.h. es sind Unternehmen, die auf irgendeine Weise „geschützt“ sind.

Die qualitative Verschlechterung der abhängigen Arbeit

Den höchsten Preis dieser desaströsen Situation zahlt, wie gesagt, das Humankapital, die Kompetenzen, die Leistung, die Intelligenz. Es wurde ein System geschaffen, das die Intelligenz gleichermaßen verachtet und fürchtet und alles tut, um sie zu demütigen, zu erniedrigen und zu erpressen (es genügt, sich anzuschauen, wie die Tageszeitungen geschrieben sind). So viel zur *Knowledge Economy*! Wer weiß, wann die jungen Italienerinnen und

Italiener erkennen werden, dass es für ihr Humankapital *keinen Markt* gibt, dass Kenntnisse und Fähigkeiten nur an den Kosten gemessen werden, dass man nur Arbeit bekommt, wenn einen jemand empfohlen hat, dass die Qualität der Arbeitsplätze „jeden Tag schlechter wird"?

Von den Gewerkschaftsführern und den früheren Gewerkschaftsmitgliedern, die heute Ministerämter bekleiden, hört man weiter nur das Versprechen, das Prekariat werde bald überwunden sein, indem man die Leute in stabile Beschäftigungsverhältnisse bringe und ihre befristeten Verträge in unbefristete umwandle. Diese Haltung erzeugt jedoch nur eine folgenschwere Mystifikation, weil das viel größere und verbreitetere Phänomen unserer Zeit nicht (oder nicht nur) das Prekariat ist, sondern die *Verschlechterung der Qualität der abhängigen Arbeit*, hinsichtlich der Bezahlung, der Karrieredynamik, der Beziehung zum hierarchisch-disziplinären System des Unternehmens, aber auch in Bezug auf das Verhältnis der Kollegen untereinander, den Stress, die Länge des Arbeitstages, die Anerkennung von Leistungen usw. In Italien beträgt die Differenz zwischen dem Netto-Einkommen eines auf Basis eines unbefristeten Vertrages unselbständig Beschäftigten und dem eines prekär Beschäftigten nur 250 Euro monatlich zugunsten des ersteren. Gerade die qualitative Verschlechterung der unselbständigen Arbeit bringt viele Junge dazu, sich für die selbständige Arbeit zu entscheiden. Und in diesem Zusammenhang bahnt sich eine weitere Mystifikation an. Für unsere Minister ist selbständige Arbeit gleichbedeutend mit „Scheinselbständigkeit". Die „atypischen" Arbeitsformen, wie sie sie nennen, sind jedoch oft, ja immer öfter, Formen des Selbstschutzes vor dem Elend der abhängigen Arbeit, dem niedrigen Lohn, und dem Arbeitsumfeld, das immer schlimmer wird, abgesehen davon, dass viele ihre Bestrebungen nach Autonomie und Unabhängigkeit verwirklichen wollen. Aus diesem Grund basiert die begriffliche und kulturelle Ausrichtung der Arbeitsmarkt- und Jugendpolitik der Regierung Prodi auf einer erstaunlichen Folge von Mystifikationen, die zwanzig Jahre der Reflexion über den Postfordismus und seine Charakterzüge einfach auslöschen.

Keine Angst davor, sich als middle class zu verstehen

Es ist unverständlich, warum viele Vertreter der Bewegung, die die Positionen des Prekariats repräsentieren wollen, glauben, sich als Proletariat verkleiden und mit den Migranten identifizieren zu müssen, und dabei weiterhin die verbrauchte Symbolsprache und die abgedroschene Bilderwelt der sozialistischen Tradition des 19. Jahrhunderts verwenden. Das zentrale Phänomen dieser Phase der postfordistischen Epoche oder der „Neuen Ökonomie" ist die Krise der *middle class* in den westlichen Ländern. Laut Robert Reich, Arbeitsminister unter Bill Clinton, ist es der amerikanischen Mittelschicht seit den Zeiten der Großen Depression 1929 nicht mehr so schlecht gegangen. Nicht die marginalen Schichten der Gesellschaft werden aufgerieben, die *zentrale Komponente* verliert den Anschluss, sieht keine Zukunft und hat immer weniger Anteil am geschaffenen Reichtum. Da die Struktur der Arbeitskraft in Italien und in Westeuropa sich nicht sehr von der in den Vereinigten Staaten unterscheidet, ist dies heute das Grundproblem. *„Welcome to the middle class poverty"* lautet der Slogan, den die Gewerkschaft der Freelancer von New York (40 000 Mitglieder) auf ihre Flugblätter geschrieben hat, die zu Tausenden in der U-Bahn verteilt wurden. Hätte man sich eingehender mit den Schwierigkeiten der *middle class* beschäftigt, dann hätte man den Aufstieg Berlusconis wohl besser verstanden. Wie man weiß, wird jedoch die Klassenanalyse von einer politischen Schicht, die nur noch in Begriffen der Klientelpolitik zu denken vermag, nicht mehr betrieben. Das Prekariat ist das Massenphänomen einer mit Wissen und Kompetenzen ausgestatteten Arbeitskraft, die intensiv in Ausbildung investiert hat, einer Arbeitskraft, die ihre *skills* in Dutzenden verschiedenen Arbeitszusammenhängen erworben hat. Das typische Curriculum einer solchen Arbeitskraft umfasst instabile Arbeitsverhältnisse und gelegentliche Aufträge, die hohe Anforderungen stellen, auf die dann wieder Scheißjobs folgen – dieses Prekariat ist ein Phänomen der *middle class* und betrifft BürgerInnen reicher Gesellschaften. Wozu sich also als Proletarier verkleiden und den ganzen kulturellen Ballast der Zweiten, Dritten und Vierten Internationale mit sich herumschleppen? Wozu sich als Proletarier verkleiden, wenn die jungen Leute heutzutage *auf jeden Fall* gezwungen sind, in der Welt herumzufahren, um Arbeit zu suchen, wie das Millionen analphabetischer Bauern zu Beginn des 20. Jahrhunderts gemacht haben?

Wie viele Prekäre gibt es in Italien?

In einem am 21. März 2007 auf der Webseite www.lavoce.info veröffentlichten Artikel heißt es, die Zahl der Prekären belaufe sich auf 3757000, also 12% aller Beschäftigten, „während sich unter denen, die keine Arbeit mehr haben, auf Arbeitsuche sind oder unmittelbar bereit sind, zu arbeiten, 36,3% Prekäre befinden". Derselben Quelle zufolge beträgt der durchschnittliche Jahresverdienst von befristet Beschäftigten 12438 Euro, der eines auf Projektbasis Angestellten 10191 Euro, der eines unselbständig Beschäftigten mit unbefristetem Dienstvertrag 15342 Euro, während der Jahres-

verdienst eines nicht näher spezifizierten Selbständigen 23277 Euro ausmacht. In dieser Auflistung fehlen jedoch die ca. 3,5 Millionen in der Schattenwirtschaft oder irregulär Beschäftigten. Diese Daten enthüllen uns nichts vom „gesellschaftlichen Klima", in dem sich ein Phänomen wie das Prekariat ausbreitet, noch sagen sie etwas über die Auswirkungen auf die *Subjektivität*, die davon betroffen ist. Die universitäre Forschung spricht nicht über diese Aspekte, sie verweisen stolz auf kalte Zahlen, hinter denen man nur mühsam die Gesichter zu erkennen und die Stimmen der Personen zu vernehmen imstande ist. Deshalb gilt es, aufmerksam die wenigen Studien zu lesen, die aus dem Willen der Arbeitenden hervorgehen, sich Klarheit über ihre Welt zu verschaffen, diese Klarheit in eigenen Worten auszudrücken und sich die richtigen Fragen zu stellen. Ziehen wir als Beispiel eine kürzlich durchgeführte Untersuchung heran, die von ArbeiterInnen eines großen Verlagshauses angefertigt wurde, der RCS-Gruppe (Tageszeitungen, Zeitschriften, Bücher, Videos usw.). Es handelt sich also um einen für die Transformationen der *New Economy* typischen Sektor, einen strategischen Sektor wie den der Information, einen Sektor, der der Sphäre der *creative class* zugeordnet werden kann. Die Forschungsarbeit beschränkte sich auf den Bereich der Periodika, also die journalistische Arbeit im engeren Sinn (die auch heute bei vielen jungen Menschen noch Träume und Wunschvorstellungen hervorruft). In fünf Jahren (von 2001 bis 2006) ist die Zahl der Unselbständigen von 23,3% auf 7,9% zurückgegangen; die Zahl der Scheinselbständigen ging von 20,9% auf 11,1% zurück und die Selbständigen – die *Freelancer* im eigentlichen Sinn – sind von 55,8% auf 81% angewachsen. Was das Einkommen der Freelancer betrifft, hält die Studie fest, dass 40% weniger als 1200 Euro brutto und 18% weniger als 600 Euro brutto im Monat verdienen, doch finden sich unter den Freiberuflichen auch 30%, die mehr als 2500 Euro brutto monatlich verdienen. Die Mehrzahl der Interviewten, sowohl Männer als auch Frauen, zieht die Arbeit als Selbständige(r) einer unselbständigen Anstellung vor. Ein ähnliches, noch lebendigeres Bild ergibt sich aus einem Band, den die Mitglieder einer Vereinigung Selbständiger mit dem Namen ACTA (www.actainrete.it) zusammengestellt haben, da diese Studie auf persönlichen Zeugnissen und autobiographischem Material basiert. Würden wir eine Liste der Seiten und Blogs anlegen, auf denen die Arbeitenden von heute über ihre Lage reflektieren, ihren Frust und ihre Enttäuschung zum Ausdruck bringen, so würden hundert Seiten nicht ausreichen. Wer weiß, ob unsere Minister und Gewerkschafter manchmal einen Blick auf diese Seiten werfen? Leider ist diesen Erzählungen *fast immer ein Gefühl der Ohnmacht* zu entnehmen. Es gibt wenig Versuche, initiativ zu werden, so als sei die Kultur des Handelns von unten vollkommen verloren gegangen. Auch das ist Teil der eingangs erwähnten genetischen Veränderung. Immer wieder wird behauptet, die *middle class* sei ihrer Natur nach nicht fähig, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Doch bringt auch hier der Postfordismus die Möglichkeit zur Veränderung mit sich. Vor zehn Jahren hat zum Beispiel eine Anwältin in New York, die aus einer Familie von Gewerkschaftsführern stammt, eine Organisation mit dem Namen „Arbeiten heute" gegründet (www.workingtoday.org), die in der Folge zu einem Vehikel für verschiedenste Organisationsformen geworden ist. Die Vereinigung richtet sich an das Freelance-Prekariat, an die von uns so genannte *Web Class*, an die tausend Berufe einer modernen Metropole, die von Menschen ausgeübt werden, welche über Professionalität verfügen oder einfach von der Notwendigkeit getrieben sind, für ihr wirtschaftliches Überleben zu sorgen. Aus dem Verein ist eine große Gewerkschaft hervorgegangen, die *Freelancers Union*, die eine Reihe von Forderungen aufgestellt hat: Krankenversicherung, Alterspension, geringere Steuerlast, rechtliche Handhabe gegen Auftraggeber, die bei der Bezahlung säumig sind. Heute ist die Gewerkschaft mit 40000 Mitgliedern eine der Lobbies, die einen gewissen Einfluss auf die Regierung des Big Apple haben. Mitte April 2007 hat sich der Stadtrat von New York versammelt, um der Gewerkschaft in einer Anhörung Gelegenheit zu geben, ihre Probleme darzustellen. Darüber hinaus verhandelt die *Freelancers Union* für ihre Mitglieder aus einer Position der Stärke mit Banken und Versicherungen. Die Freiberuflichen haben also begonnen, Formen

des Selbstschutzes zu entwickeln. Sie stellen sich damit in die Tradition der Arbeiterbewegung, doch arbeiten sie im Stil und mit den Mitteln des Postfordismus, vor allem mit dem Web. Eine weitere Organisation, die von der Journalistin und feministischen Aktivistin Barbara Ehrenreich gegründet wurde, nennt sich *United Professionals* (www.unitedprofessionals.org). All das passiert in einem Land, das in der Industrie über einen gewerkschaftlichen Organisationsgrad von gerade mal 7% verfügt.

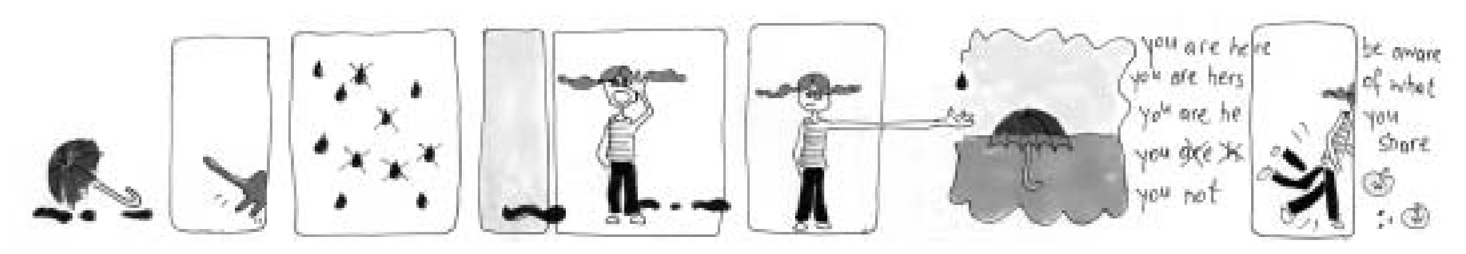
Sich als Klasse definieren, nicht als Generation

„Génération precaire“, „Generation Debt“, „Generation Praktikum“, „generazione milleuro“ – in allen Ländern taucht der Begriff „Generation“ auf. Er wird verwendet, um die Lage der heute Arbeitenden zu charakterisieren. Auf diese Weise wird zwar unterstrichen, dass es vor allem die Jungen sind, die mit den Auswirkungen des postfordistischen Systems fertig werden müssen, doch verleitet der Begriff auch zur falschen Vorstellung, es handle sich dabei *ausschließlich* um ein Problem der jüngeren Arbeitskräfte. Es gibt jedoch Leute, die nicht mehr jung sind und seit langem in „nicht standardmäßigen“ Arbeitsverhältnissen arbeiten. Es ist kein Problem der Jungen – es ist das Problem, das die neue, vom Postfordismus und der *New Economy* hervorgebrachte Klasse betrifft, die neue Menschheit des Web und der Globalisierung. Deshalb haben wir den Begriff *Web Class* entworfen und sind der Meinung, dass er zur Beschreibung der Wirklichkeit nützlich ist. Wir haben aber auch deshalb den Ausdruck *Web Class* verwendet, weil wir darin ein positives Element sehen, ein organisatorisches Potenzial, Möglichkeiten des Selbstschutzes und der politisch handelnden Subjektivität. Web sollte hier als „Aufbau eines Netzes“ verstanden werden, als mächtiges Instrument der Kommunikation, als Sprachen-Babel, in dem wir jedoch am Ende lernen, Unseresgleichen zu erkennen, wo wir Codes zur Identifizierung erstellen, uns in Echtzeit Gehör verschaffen und auf die Dummheiten reagieren können, die täglich über uns verbreitet werden. *Web Class* als Kooperation unter Intelligenzen, Kompetenzen, Skills, als Aufbau eines Denksystems, das gleichermaßen komplex und klar ist, für alle verständlich, aus wenigen zentralen, schematischen, holzschnittartig vorgetragenen Ideen bestehend. Der komplexere und schwierigere Teil, die wahre Schlacht, die es zu schlagen gilt, ist wohl der Umgang mit der Erinnerung als historischem Gedächtnis, die Auswahl des Imaginären, das uns aus der Geschichte der Arbeit überliefert ist, die Formen des Selbstschutzes und die Geschichte der Arbeiterbewegung. Dieses Gedächtnis kann sich als Bürde entpuppen, die uns daran hindert, vorwärts zu kommen, aber auch als Anregung für Ideen, Initiativen, als Ermutigung zum Handeln. Es ist klar, dass die solchermaßen verstandene *Web Class* eine kleine Minderheit innerhalb der gesamten Arbeitskraft darstellt, wenn man alle Prozesse der Globalisierung in Betracht zieht. Es ist bekannt, dass der Krise der westlichen *middle class* der Aufstieg des Bürgertums in den aufstrebenden Ökonomien gegenübersteht. Doch wir leben in Europa, und hier wird unser Überleben verhandelt, inmitten dieses politischen und kulturellen Elends, das von allen Seiten über uns hereinbricht und aus dem wir uns befreien müssen, koste es, was es wolle. In der Geschichte der Arbeiterbewegung war es immer so, dass eine in Minderheit befindliche Klasse die Initiative ergriffen hat. Die ersten Arbeitervereine wurden von den Druckern gegründet, weil sie es waren, die lesen und schreiben konnten. Doch stellten diese weniger als 1% der Arbeitskraft dar. Der Massenarbeiter der 1960er Jahre war ebenfalls eine Minderheit innerhalb des Industriesektors. Es handelte sich darüber hinaus nicht nur um Minderheiten, sondern sie hatten auch eine relativ privilegierte Stellung. Wer ein Minimum an Handlungsspielraum, an Ressourcen hat, kann es sich erlauben, die Auseinandersetzung zu suchen. Die Hoffnungslosen, die totalen *drop outs*, werden weiterhin Berlusconi nachlaufen.

---

* *Eine gekürzte Fassung dieses Textes erschien in der Jungle World Nr. 42. von 18.10.2007*

der letzte Streifen ist auf Seite 22



Karl Reitter

Mindestsicherung und ALVG-Novelle, oder: Wie Menschen auf die Lohnarbeit zugerichtet werden

Ab 1. Jänner 2008 soll die Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz (ALVG) in Kraft treten, ein Jahr später die „Bedarfsorientierte Mindestsicherung" realisiert werden. Beide Entwürfe ergänzen einander und sollen daher gemeinsam diskutiert werden. Mit einer Reihe von anderen Vorschlägen, insbesondere des beschlossenen Mindestlohnes von 1000 Euro im Monat, aber auch des in weiterer Ferne geplanten „Working Tax Credit" nach dem Vorbild Großbritanniens[1], stellen sie ein Paket von Maßnahmen dar, das zwar in der Kontinuität der Sozialpolitik der II. Republik steht, aber doch neue Akzente setzt. Wie ich in Folge im Detail zeigen werde, laufen diese Projekte auf eine weitere substanzielle Entrechtung von Arbeitslosen hinaus. Die Zurichtung der Menschen zur Lohnarbeit, genauer, zur bedingungslosen *Bereitschaft* zur Lohnarbeit, durchdringt Geist und Buchstaben aller dieser Maßnahmen. Der geplante verschärfte Zugriff auf erwerbsarbeitslose Menschen ist so rigide und unverhüllt, dass es an Kritik bisher nicht mangelte. Nicht nur die verschiedenen Erwerbsarbeitsloseninitiativen wie der Verein Arbeitslosensprecherin oder die autonomen Amsand Frauen haben im Detail die Logik der Entwürfe analysiert, auch von der Arbeiterkammer Oberösterreich[2] und der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) gab es durchaus ablehnende Äußerungen. Die tatsächliche Dimension dieser Veränderungen lässt sich meines Erachtens nur dann verstehen, wenn diese Gesetze als Reaktion auf die Krise der Lohnarbeit verstanden werden. Nicht unbedingt die Jobs überhaupt, aber die interessanten, gut bezahlten und sozial abgesicherten Arbeitsplätze werden zum knappen Gut, das Versprechen, mehr Freiheit und Selbstbestimmung durch neue Selbständigkeit und flexible Arbeitsformen zu realisieren, entpuppt sich zumeist als sehr trügerisch. Zudem sind viele dieser neuen, prekären Arbeitsformen alles andere als frei gewählt, sondern stellen einfach das kleinste Übel dar, die eigene Existenz zu finanzieren. Wenn Einkommen, soziale Absicherung und Perspektiven schwinden, ist es dann verwunderlich, wenn Menschen gegen diese Tendenzen auf bestimmten Standards für ihre Erwerbstätigkeit beharren? Die geplanten Gesetze zielen nun exakt darauf ab, genau das nicht zuzulassen. Sie sind letztlich nur Teil einer weit umfassenderen Initiative, jeden Wunsch nach Selbstbestimmung im Keim zu ersticken und als unflexibel, störrisch, arbeitsunwillig, problematisch, ja pathologisch zu denunzieren und praktisch zu sanktionieren.

So sehr repressiv diese Maßnahem auch sind, so eröffnen sie doch die Möglichkeit, den gesellschaftlichen Verhältnissen ihre eigene Melodie vorzuspielen. Eine ganze Reihe von theoretischen Fragen kann an hand dieser Maßnahmen diskutiert werden. Einmal der Charakter der Sozialdemokratie. Wir benötigen jetzt keine historische Rückschau, es genügt, wenn wir beim Thema bleiben: es geht um die unbedingte Ausrichtung auf die Bereitschaft zur Lohnarbeit. Bereitschaft ist tatsächlich das Stichwort. Wer soll als arbeitswillig gelten? *„Arbeitswillig*

ist, wer bereit ist, eine … vermittelte zumutbare Beschäftigung anzunehmen, sich zum Zwecke beruflicher Ausbildung nach- oder umschulen zu lassen, an einer Maßnahme zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt teilzunehmen, von einer sonst sich bietenden Arbeitsmöglichkeit Gebrauch zu machen und von sich aus alle gebotenen Anstrengungen zur Erlangung einer Beschäftigung zu unternehmen, soweit dies entsprechend den persönlichen Fähigkeiten zumutbar ist.“ [3] Schon in der Erstfassung des ALVG aus 1947 wurde die Definition der Arbeitswilligkeit über die Akzeptanz eines tatsächlichen Arbeitsplatzes auf die Akzeptanz von Schulungen und *„sonst bietender Gelegenheit“* ausgedehnt. Praktisch versuche dieses Gesetz das durchzusetzen und abzusichern, was Marx als das entscheidende Moment der Klassenbeziehung erkannt hat. Nicht nur der aktuell beschäftigte Teil der Klasse, jede nur irgendwie erwerbsarbeitsfähige Person hat sich potentiell für die Lohnarbeit bereit zu halten und ihr soziales Dasein daran auszurichten. *„Dem Kapital gegenüber ist sie* [die Arbeitskraft K.R.] *die bloße abstrakte Form, die bloße Möglichkeit der wertsetzenden Tätigkeit, die nur als Fähigkeit, Vermögen existiert in der Leiblichkeit des Arbeiters.“* (MEW 42; 219) Das Verhältnis zwischen Kapital und ArbeiterInnenklasse entfaltet sich nicht nur in der unmittelbaren Lohnarbeit, sondern bestimmt die soziale Existenzweise des Proletariats überhaupt. *„Die Totalität aller Arbeit steht ihm [dem Kapital K.R.] dynamei gegenüber und es ist zufällig, welche ihm gerade gegenübersteht.“* (MEW 42; 218) Oftmals verwendet Marx, wenn er etwas sehr spezifisches aussagen möchte, ein nicht deutsches Wort. „General Intellect“ schreibt Marx grundsätzlich nur in englisch, für „der Möglichkeit nach“ verwendet er den altgriechischen Terminus *dynamei*. Marx will also sagen: grundsätzlich existiert die ArbeiterInnenklasse gegenüber dem Kapital als reine Arbeitsfähigkeit, als Möglichkeit zur Lohnarbeit. Diese Potentialität geht der eigentlichen Anwendung der Arbeitskraft voraus und ermöglicht sie.

Dem Kapital permanent als universale Arbeitskraft zur Verfügung zu stehen, wird auch aktiv politisch durchgesetzt. Das Kapital hat noch nie auf den zwanglosen Zwang der Verhältnisse allein vertraut, sondern stets die aktive Bereitschaft zur Lohnarbeit mit mannigfachen Methoden gesichert. Ideologisch wird diese Durchsetzung durch die selbstverständlich angenommene Identifikation der Form der Erwerbsarbeit mit Arbeit überhaupt untermauert. Aber Lohnarbeit ist nicht mit Arbeit an sich gleichzusetzen und umgekehrt. Lohnarbeit ist nur eine bestimmte, historische Form der Arbeit, nicht Arbeit schlechthin. Marxens Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft terminiert in Formkritik, damit schließt auch der III. Band des Kapitals. Er will zeigen dass die spezifischen Formen die sozialen Verhältnisse bedingen wie umgekehrt, ohne Lohnarbeit kein Kapital und kein Kapitalismus. *„Es ist ebenso klar, dass, wenn von der Arbeit als Lohnarbeit ausgegangen wird, so dass das Zusammenfallen der Arbeit überhaupt mit der Lohnarbeit selbstverständlich erscheint, dann auch als natürliche Form der Arbeitsbedingungen, gegenüber der Arbeit überhaupt, das Kapital und die monopolisierte Erde erscheinen müssen.“* (MEW 25; 833) *„In der Tat, indem die Lohnarbeit nicht als eine gesellschaftliche bestimmte Form der Arbeit, sonder alle Arbeit ihrer Natur nach als Lohnarbeit erscheint (sich dem in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen Befangenen so vorstellt),…“* (MEW 25; 832) muss es scheinen, als ob Arbeitsmittel notwendig Kapital, als ob Grund und Boden notwendig Grundeigentum seien. Spezifische gesellschaftliche Formen werden so als Naturalformen jeder Kritik enthoben.

Aber bereits gegenwärtig ist Arbeit nur mit Zwang und Ignoranz vollständig mit Erwerbsarbeit zu identifizieren. Aufbauend auf eine Studie in der Schweiz[4] errechnete die Sozialwissenschaftlern Marion von Osten folgendes Verhältnis zwischen Erwerbsarbeit und Nicht-Erwerbsarbeit: *„In einer groß angelegten Studie des Statistischen Bundesamts der Schweiz im Jahr 2004 wurde die unbezahlte, gratis geleistete Arbeit bemessen. Man kam zu folgendem Ergebnis: In einem der wohlhabendsten Länder der Welt werden jährlich 6,9 Milliarden Arbeitsstunden bezahlt, 8 Milliarden Stunden hingegen werden pro Jahr unbezahlt geleistet. Dreiviertel der Gratis-Arbeit wird dabei von Frauen, ein Viertel von Männern übernommen, während im Durchschnitt Frauen im Lohnarbeitssektor um 18 Prozent schlechter bezahlt werden als Männer.“*[5] Ziehen wir noch die Tätigkeiten im wissenschaftlichen, künstlerischen, medialen Feld in Betracht, ebenso die Nachbarschaftshilfe, das politische Engagement in NGOs sowie die im Alltag geleistete gegenseitige Hilfestellung, so lässt sich generell sagen: Unsere Gesellschaft und damit auch der offizielle, geldvermittelte Wirtschaftssektor ist auf die Nichterwerbstätigkeit angewiesen, deren Ausmaß generell die Lohn- und Erwerbsarbeit übersteigt. Diese Arbeit ist nicht abzuschaffen, im Gegenteil, die kapitalistische Gesellschaft bedarf ihrer dringend. Bei kaum einem anderen Thema zeigt sich die einseitige Ausrichtung der Sozialdemokratie einzig und allein auf die Lohnarbeit deutlicher, als bei der Frage der Kinderbetreuung. Kinder werden von sozialdemokratischen Funktionären prinzipiell nur als störender Faktor für die Frau angesehen, sich völlig in die Lohnarbeit zu werfen. Aber selbst flächendeckende Kinderbetreuungsplätze werden die Haus- und Reproduktionsarbeit nicht abschaffen, sondern nur aus dem offiziellen Blickwinkel verdrängen.

Alle Gesetzesänderungen des ALVG zielen darauf ab, die potentielle Verfügbarkeit über die Arbeitskraft zu erhöhen und sie auf die Kapitalverwertung auszurichten. Das Ausmaß der Lohnarbeitsbereitschaft für Personen, die für Kinder die älter als 10 Jahre sind zu sorgen haben, wird von 16 auf 20 Stunden hinaufgesetzt. Ein Detail, zweifellos, aber ein symptomatisches. Arbeit außerhalb der Lohnarbeit wird eben nicht anerkannt, gilt als nichts, als keine Arbeit. Dazu passt noch ein weiterer Aspekt der ALVG Novelle: wer als erwerbsarbeitslos bei „verschwiegener Erwerbstätigkeit", sprich beim Pfusch erwischt wird, hat sich nicht nur wie bisher 6 Wochen Bezugssperre eingehandelt, sondern muss ab 1. Jänner 2008 statt 2 Wochen nun 4 Wochen Arbeitslosengeld oder Notstandhilfe zurückzahlen. Das kann in Summe 10 (!) Wochen keine Arbeitslosenunterstützung oder Notstandshilfe bedeuten.

Eine weitere Dimension betrifft das Verhältnis des Staates zur Gesellschaft. Zumindest bei diesen zentralen Fragen – immerhin geht es um die materielle Reproduktion von Menschen mit geringem oder keinem Erwerbseinkommen – entpuppt sich die These vom neoliberalen Rückzug des Staates als reines Gerede. Die Tendenz geht in die gegenteilige Richtung. Der Staat baut sowohl seine Kompetenz als auch seine materiellen Apparate des Zugriffs zügig aus. Private Arbeitsvermittler aber auch sogenannte „Sozialökonomische Betriebe" sollen im Auftrag des AMS mit gleichen Kompetenzen und Befugnissen wie das AMS selbst gegenüber den Arbeitslosen agieren können. Mit dieser Bestimmung werden mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Die bisher illegale Praxis des AMS, Erwerbsarbeitslose sogenannten Sozialökonomischen Betrieben zwangsweise zu vermitteln, wird legalisiert. Diese Betriebe, wie etwa Trendwerk, stellen eine trübe Mischung aus Leiharbeitsfirma und Arbeitsvermittlung dar. Die Zwangszuweisungen bzw. die verkündeten Bezugssperren bei Weigerung dort zu dienen, wurde sowohl vom Verwaltungsgerichtshof als illegal erkannt[6] als auch von der Volksanwaltschaft mehrfach gerügt: *„Bei der Zuweisung arbeitsloser Menschen zu sozialökonomischen Betrieben und gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten ist in der Praxis dafür Sorge zu tragen, dass im Fall der Ablehnung einer solchen „Beschäftigung" gegen die/den jeweilige(n) Arbeitslose(n) nur dann Sanktionen (Sperre des Arbeitslosengeldes bzw. der Notstandshilfe) verhängt werden, wenn im Einzelfall ein reguläres, allen Zumutbarkeitskriterien entsprechendes Dienstverhältnis oder aber eine taugliche Wiedereingliederungsmaßnahme vorliegt. Stellt sich das „Beschäftigungsverhältnis" demgegenüber als Mischform aus Dienstverhältnis und Wiedereingliederungsmaßnahme dar, so kann eine Teilnahme der arbeitslosen Person nur auf freiwilliger Basis erfolgen."*[7]

Diese „Mischform aus Dienstverhältnis und Wiedereingliederungsmaßnahme" wird nun mit mehren Paragraphen legalisiert. Die Kompetenzen des AMS werden auf private Vermittler ausgedehnt (§ 10, Abs 1 Z 1) und unumwunden festgehalten: *„Als Beschäftigung gilt auch ein Arbeitsverhältnis im Rahmen eines Sozialökonomischen Betriebes (SÖB) oder eines Gemeinnützigen Beschäftigungsprojektes (GBP). Im Rahmen eines solchen Arbeitsverhältnisses ist nach Maßgabe der Abs. 2 bis 4 auch ein befristeter Transitarbeitsplatz mit der Zielsetzung der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zumutbar."*[8] Welche Betriebe nun tatsächlich zu Dienstleistern aufsteigen werden, ist noch unbestimmt, die KandidatInnen stehen aber wohl fest. Es handelt sich um staatsnahe Institutionen und Einrichtungen, von denen auch viele ein Naheverhältnis zur SPÖ und zur Arbeiterkammer aufweisen. Job-Transfair ist eine Tochterfirma des bfi, das wiederum ein Naheverhältnis zur Arbeiterkammer und zur SPÖ aufweist. FlexWork wiederum ist eine gemeinnützige GmbH des Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds (WAFF), somit unabdingbar SPÖ nahe. Eine besondere Spezialität stellt das BBRZ (Berufliches Bildungs- und Rehabilitationszentrum) dar. Dieser Institution obliegt es schon bisher, im Auftrag des AMS mittels medizinischer und psychologischer Untersuchungen die Arbeitsfähigkeit der Menschen zu testen und zu klassifizieren. Das BBRZ hat schon jetzt das Recht, Menschen gegen ihren Willen auch als arbeitsunfähig einzustufen und so in die Zuständigkeit des Sozialamts abzuschieben. Im § 25 des AMSG, einem Begleitgesetz zum ALVG, wird nun dem Datentransfer und der Datenerhebung Tür und Tor geöffnet.

Allerdings kann dieser verstärkte Zugriff nur aus einer Perspektive verstanden werden, die den Klassengegensatz als zentral strukturierendes Moment erkennt. Die Durchsetzung der Erwerbsarbeitswilligkeit kann unmöglich klassenneutral als bloße Formung aus einem Machtdispositiv verstanden werden. Wenn diese Maßnahmen nicht als repressive Sicherung und Durchsetzung spezifisch historischer Formen, konkret der Lohnarbeit, verstanden werden, werden sie überhaupt nicht verstanden.

Die kapitalistische Herrschaft ist sowohl eine Zeit- wie eine Raumordnung. Die geplante Gesetzesnovelle intensiviert den Zugriff auf die gesamte Lebenszeit der Arbeitslosen. Was sie zu tun und zu lassen haben, welche Ausbildung als angemessen erscheint und welche nicht, all das soll völlig in der Kompetenz des AMS liegen. Dazu sei

noch ein weiterer Mosaikstein erwähnt, wieder nur ein Detail, aber erneut sehr bezeichnend. Bisher hätte das AMS alle Maßnahmen begründen müssen. In der Realität ist das natürlich nicht geschehen, sondern Maßnahmen wurden in der Regel autoritär verkündet. Allerdings konnte in diesen Fällen oftmals mit Erfolg der mühevolle Weg einer Klage beim Verwaltungsgerichtshof beschritten werden. Diese Praxis der ultimativ verkündeten Maßnahmen kontrastierte zudem mit den mit Anglizismen gespickten salbungsvollen Ausführungen auf diversen Hochglanzbroschüren und Ankündigungen.

Sollte die bürgerliche Soziologie weitere Komposita mit dem Wort Gesellschaft kreieren wollen, so böte sich der Ausdruck „Die Neusprechgesellschaft“ an; an empirischem Material dürfte es im Umkreis des AMS nicht fehlen. Im Entwurf für den § 9 wird nun diese lästige Pflicht elegant entsorgt. *„Das Arbeitsmarktservice hat der arbeitslosen Person die Gründe anzugeben, die eine Teilnahme an einer Maßnahme … notwendig oder nützlich erscheinen lassen, so weit diese nicht auf Grund der vorliegenden Umstände wie insbesondere einer längeren Arbeitslosigkeit in Verbindung mit bestimmten bereits zB im Betreuungsplan erörterten Problemlagen, die einer erfolgreichen Arbeitsaufnahme entgegen stehen als bekannt angenommen werden können. Eine Maßnahme zur Wiedereingliederung kann auch auf die persönliche Unterstützung bei der Arbeitssuche abzielen.“* Mit dem letzten Satz wird zudem eine weitere illegale Praxis des AMS legalisiert. Der Verwaltungsgerichtshof stoppte nämlich mit Geschäftszahl 2004/08/0017[9] die euphemistisch „aufsuchende Vermittlung von Langzeitarbeitslosen“ genannte Praxis, bei der Betreuer buchstäblich zu jeder Tageszeit Arbeitslose zuhause aufsuchten.[10] Entwürdigung bekommt so eine legistische Basis. In diesem Kontext ist auch die Anhebung des Pensionsantrittsalters in vielen europäischen Staaten zu sehen. Teilweise bereits durchgesetzt (Deutschland, Italien, Österreich) wird eine weitere Verlängerung der Lebensarbeitszeit gefordert. Sogar eine Anhebung des Pensionsantrittsalters auf 70 Jahre wurde in einigen Ländern erwogen. Bei einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 75 Jahren für Männer und 81 Jahren für Frauen in Österreich bedeutet das eine weitere Reduktion der Ruhephase am Lebensende. In diesem Zusammenhang muss auch die Zustimmung von SPÖ und Gewerkschaft zu längeren Durchrechnungszeiten der Wochen- und Monatsarbeitszeit erwähnt werden. Bei Bedarf kann die tägliche Arbeitszeit (für eine bestimmte Phase) wieder 10 Stunden betragen. Die Bereitschaft, das eigene Dasein nach den Bedürfnissen des Kapitals auszurichten, wird weiters mit dem § 9 Abs. 2 durchgesetzt. Die Passage ist so formuliert, dass in der Realität jede Grenz der Zumutbarkeit für den täglichen Arbeitsweg aufgehoben ist. *„Wesentlich darüber liegende Wegzeiten* [über 2 Stunden K.R.] *sind unter besonderen Umständen, … zumutbar.“* Keine Sorge, die besonderen Umstände werden immer gegeben sein. Dieser Passus stellt sozusagen die Peitschenvariante der geplanten „Mobilitätsprämie“ dar. Da die in Aussicht gestellte finanzielle Zuwendung von maximal 4600 Euro kaum Menschen veranlasste dem Arbeitsmarkt nachzuziehen, soll nun der Druck verstärkt werden.

Positive Aspekte?

Der Entwurf zum Arbeitslosenversicherungsgesetz enthält auch Bestimmungen, die als positiv erachtet wurden. „Freie Dienstnehmer“ werden obligatorisch in die Arbeitslosenversicherung einbezogen; „Selbständige“, können sich freiwillig versichern lassen. Ihre Entscheidung ist dann aber für acht Jahre bindend. Ich denke, es können zwei Gründe für diese Ausweitung angeführt werden. Der erste ist sehr naheliegend: es geht einmal darum, die Kassen zu füllen. Da die neuen Arbeitsformen ansteigen, entgehen dem Staat zunehmend die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung. Ich möchte hier die Entwicklung der Arbeitsformen exemplarisch für Wien darstellen, zumal gut aufgearbeitete Statistiken der Gemeinde[11] vorliegen. 1995 gab es in Wien insgesamt 833.073 versicherte Beschäftigungsverhältnisse, im Jahre 2006 waren es 920.772, das ergibt ein Plus von 87.650 versicherten Personen. Worauf ist nun diese Steigerung der Erwerbsarbeit zurückzuführen? Einzig und allein auf den Anstieg der sogenannten selbständigen Beschäftigung (von rund 51.000 auf 79.000) und den „neuen Beschäftigungsformen“ wie geringfügige Beschäftigung und freie DienstnehmerInnen. Ihre Zahl wurde 1995 noch gar nicht statistisch erhoben. Der Grund dafür ist, dass sie erst 1996/1997 in die Sozialversicherungspflicht aufgenommen wurden, also gewissermaßen „geschaffen“ wurden. 2006 betreffen diese Arbeitsformen rund 78.000 Menschen. Ohne diesen Anstieg wäre die Zahl der Beschäftigten um etwa 20.000 gesunken.

Die Ausweitung des Kreises der Versicherten ist eine pragmatische, nachhinkende Reaktion auf die veränderten Strukturen der Arbeitsverhältnisse. Aber zugleich festigt diese Novelle auch diese Verhältnisse. Das gilt insbesondere für die so genannten „Freien DienstnehmerInnen“. Dieser rechtliche Zwitter zwischen herkömmlichem Arbeiter- und Angestelltenverhältnis und tatsächlich formal Selbständigem war und ist in der Regel einfach eine Methode, kollektivvertragliche Regelungen elegant zu unterlaufen. In der Mehrzahl der Fälle handelt es sich bei diesen freien Dienstverträgen einfach um eine verweigerte reguläre

Anstellung. Ein wenig eigener Spielraum bei Bestimmung des Arbeitsablaufes, der Einsatz eigener Arbeitsmittel z.B. eines Laptop usw. genügt, um ein derartiges Verhältnis zu legitimieren. Freie DienstnehmerInnen erhalten weder Urlaubs- noch Weihnachtsgeld, keine Abfertigung und hatten bisher auch keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Die Hereinnahme dieser Gruppe in das ALVG bringt zwar den Vorteil dieser Versicherung, zugleich wird diese postfordistische Form der Aushebelung historisch erkämpfter Ansprüche zementiert. Ob das AMS in Zukunft nun auch solche Arbeitsverhältnisse ungeniert anbieten wird, wird sich zeigen. Eine weitere Grauzone ist jedenfalls zu befürchten.

Zur Mindestsicherung

Wie steht es nun mit der von Buchinger so favorisierten Mindestsicherung, die 2009 realisiert werden soll? Im Gegensatz zum ALVG liegt dieses Projekt nur in Form von Verlautbarungen und Ankündigungen vor und viele Punkte werden noch hinter den Kulissen verhandelt. Aber das bereits Gesagte verheißt nichts Positives. Tatsächlich ist schon einmal ungeklärt, wer diese Mindestsicherung in der geplanten Höhe von 690 Euro netto (14 mal im Jahr) für Alleinstehende und 517 Euro für Menschen in „Bedarfsgemeinschaften" überhaupt beziehen kann. Menschen, deren Erwerbseinkommen unter dieser Grenze liegt werden ihr Monatsbudget offensichtlich nicht so einfach aufgestockt bekommen. StudentInnen z.B. fallen ganz sicher aus dieser Regelung. Geringfügiges Einkommen galt schon bisher nicht als vollwertiges Arbeitseinkommen und die betreffenden Personen daher als arbeitslos. Ob und in welchem Ausmaß Personen, in diesem Falle vor allem Frauen, deren Einkommen als Halbtagsbeschäftigte oftmals unter den Richtsätzen liegt, Anspruch haben, ist ungeklärt. Von Ausnahmen abgesehen werden wahrscheinlich nur jene um Mindestsicherung ansuchen können, die beim AMS als erwerbsarbeitslos gemeldet sind. Die weitere Entrechtung der Arbeitslosen ist jedenfalls schon jetzt eine beschlossene flankierende Maßnahme der Mindestsicherung.

Die Mindestsicherung setzt Armut voraus, und in diesem Sinne wird sie diese auch schaffen. „Die zu beziehende Leistung aus der Bedarfsorientierten Mindestsicherung muss subsidiär verstanden werden. Das bedeutet, dass sie ausschließlich Personen zukommt, die über keine angemessenen eigenen Mittel verfügen und auch durch Leistungsansprüche gegenüber Dritten den eigenen Bedarf bzw. den ihrer Angehörigen nicht ausreichend decken können. Vermögen wie auch Einkommen sollen daher einzusetzen sein.", lautet der entsprechende Passus.[12] Das bedeutet, dass Sparbücher, Kontostände, sonstige Wertgegenstände aber auch Lebensversicherungen aufgelöst und aufgebraucht werden müssen. Der Besitz eines Fahrzeugs wird großzügig zugestanden, wenn es für den Weg zu einem potentiellen Arbeitsplatz benötigt wird. Das eigene Haus und die Eigentumswohnung werden negativ angerechnet, das heißt von der Mindestsicherung nochmals abgezogen. Wer um Mindestsicherung ansucht, darf inklusive seiner Angehörigen tatsächlich nichts mehr besitzen. Der Notgroschen, die private Lebensversicherung usw. ist legal nicht möglich. Da im Gegensatz zu Hartz IV die Miete in diesen Beträgen inkludiert ist, läuft die Mindestsicherung ebenso wie Hartz IV auf ein Armengeld hinaus. Viele Details sind noch in Schwebe, aber eines ist bereits sicher und wird von Buchinger auch auf jeder Pressekonferenz stolz verlautbart: Wer die Mindestsicherung bezieht und nicht bereit ist, nach dem Gutdünken des AMS als „arbeitswillig" zu gelten, wird mit Kürzungen bis zu 50% zu rechnen haben.

Anzumerken wäre noch, dass all diese Maßnahmen in trauter Eintracht mit den unmittelbaren Vertretern des Kapitals erfolgen. Die Sozialdemokratie exekutiert ideologisch hegemoniale Auffassungen, die sie selbst favorisiert und produziert. Jene Zeiten, in denen der sozialdemokratische Minister Alfred Dallinger für das bedingungslose Grundeinkommen eintrat, sind längst vorbei. Herbert Buchinger führt gemeinsam mit Johann Kopf (ehemals Industriellenvereinigung) das AMS, sein Bruder und Sozialminister Genosse[13] Erwin Buchinger erntete für seine Mindestsicherung wahre Lobeshymnen vom scheidenden Ex-Kanzler Schüssel, da mit der Mindestsicherung kein „arbeitsloses Einkommen" angestrebt würde. Auf Zitate aus diversen Presseerklärungen dieses Herrn zu diesem Thema können wir hier wohl verzichten – jedenfalls ist das Vertrauen der Bourgeoisie in die SPÖ, den Zwang zur Lohnarbeit mit allen Mittel durchzusetzen, zu recht ungebrochen. Aus den Reihen der Arbeiterkammer und der Gewerkschaft gibt es zwar teilweise durchaus kritische Einwände und berechtigte Kritik[14], aber diese Stellungnahmen dürften letztlich ohne viel zu bewirken in diversen Ordnern ihre letzte Ruhestätte finden. Eine Opposition gegen diese Politik ist innerhalb der Sozialdemokratie nicht in Sicht.

Nochmals zum Kalkül

Mindestlohn und Mindestsicherung fügen sich durchaus in eine europaweite Tendenz. Vom RMI in Frankreich über Hartz IV in Deutschland bis zur Mindestsicherung zeigt sich ein eindeutiger Trend Richtung *workfare*. Sozialtransfers werden nicht

einfach aufgekündigt, sondern möglichst punktgenau an die individuelle Bereitschaft zur Erwerbsarbeit gebunden. Die Gesetze sind so konzipiert, dass selbst ein bescheidener Wohlstand oder gar Rücklagen für spätere Zeiten unmöglich sein sollen. Weiters soll ein Mindestlohn in vielen Ländern massives Lohndumping innerhalb der offiziellen Ökonomie verhindern.[15] Wenn zu viele Menschen von ihrer Erwerbsarbeit nicht mehr leben können, ist dies offenbar für die kapitalistische Herrschaft nicht unbedingt förderlich. In Nordwesteuropa (Irland, Großbritannien, Franreich, Belgien) beträgt der Mindestlohn rund 7,50 Euro die Stunde, in Südeuropa (Griechenland, Spanien, Portugal) um 3,50 Euro, in Osteuropa (Tschechien, Ungarn, Slowakei, Rumänien, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen) zwischen 1,50 Euro und 50 Cent. Nur zum Vergleich: in den USA existiert ebenfalls ein Mindestlohn in der Höhe von 4, 25 Euro. In Österreich beträgt der Mindestlohn 1000 Euro pro Monat, das ergibt bei 40 Wochenstunden 5,70 pro Stunde.

Warum all diese Maßnahmen, die primär nur für die „einheimische" ArbeiterInnenklasse gelten sollen? Die postfordistische Umwälzung der Gesellschaft hat bereits gegriffen und ist sogar schon an Statistiken abzulesen. Die Einkommen der Massen stagnieren oder sinken. Aber eine Verarmung relevanter Teile der Gesellschaft ist nicht im Sinne der kapitalistischen Herrschaft. Daher baut sie europaweit komplizierte Transfernetze, die strikt an die *Bereitschaft* zur Erwerbsarbeitszeit, zur Akzeptanz aller zeitlichen, räumlichen und inhaltlichen Vorgaben, gebunden sind. Für die ArbeiterInnenklasse soll also gelten: Wer bereit ist, widerspruchslos und fügsam seine Arbeitskraft zu allen Bedingungen zu verkaufen und trotzdem kein Erwerbseinkommen erzielen kann, darf auch in Zukunft auf ein äußerst knapp bemessenes Armengeld hoffen, das gerade nicht zum Leben reichen darf.

Nachbemerkung 1: Die Regierungsvorlage zum ALVG soll am 6. Dezember vom Nationalrat beschlossen werden. Eine Abmilderung einzelner Bestimmungen ist zwar noch möglich, aber leider kaum wahrscheinlich.

Nachbemerkung 2: Ich danke Evi Wollner, Klaus Neundlinger, dem Verein Arbeitslosensprecherin, den autonomen Amsand Frauen sowie der gesamten Erwerbsarbeitslosenbewegung für ihre Informationen, ihre Recherche und ihr Wissen. Ohne ihre Vorarbeiten wäre dieser Artikel nicht zu schreiben gewesen.

E-Mail: k.reitter@gmx.net

Sigel MEW = Marx-Engels-Werke, Berlin 1965ff

Anmerkungen und Quellen:

1 Den „Working Tax Credit" gibt es unter dem Namen „Earned Income Tax Credit" auch in den USA. Dort ist diese auszahlbare Steuergutschrift de facto nichts anders als eine mäßige Kinderbeihilfe. In Großbritannien wurde das Konzept der Steuergutschrift auch auf BezieherInnen mit niedrigem Erwerbseinkommen ausgedehnt und beträgt derzeit maximal 2400 Euro im Jahr. Alle Kriterien des Bezugs sind ausgesprochen komplex und schwer zu überschauen.
2 http://www.arbeiterkammer.com/pictures/d60/PK_NovelleAlVG_2007.pdf
3 Entwurf zum ALVG: http://www.parlinkom.gv.at/pls/portal/docs/page/PG/DE/XXIII/ME/ME_00132/imfname_087833.pdf Die Regierungsvorlage findet sich unter: http://www.parlinkom.gv.at/pls/portal/docs/page/PG/DE/XXIII/I/I_00298/fname_090168.pdf
4 Quelle: http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/news/publikationen.html?publicationID=2256
5 Marion von Osten, „Irene ist Viele! Oder was die Produktivkräfte genannt wird", in: T. Azert, S. Karakayali, M. Pieper, V. Tsianos (Hg.) „Empire und die biopolitische Wende", Frankfurt/Main, New York, 2007
6 Die Erkenntnisse des Verwaltungsgerichtshofes finden sich unter anderem unter http://www.soned.at/788981d7d6ca4c49901d7368e4e16856.html
7 http://www.volksanw.gv.at/bericht/nationalrat/pb-30/doc/13.doc
8 http://www.parlinkom.gv.at/portal/page?_pageid=908,7450658&SUCHE=J&_dad=portal&_schema=PORTAL# Seite 3
9 http://www.soned.at/ef5f5cc6d24f7810421eb034353dc8ac.html
10 Besonders berüchtigt ist das „Projekt Phönix", In einem Erfahrungsbericht mit einem Verantwortlichen können wir lesen: „Dr. Miklau gab bereitwillig Auskunft, dass ihn und sein Vorgehen die „"LINKE REICHSHÄLFTE" als nazimässiges Vorgehen vorhält, aber das sei ihm egal. Phönix habe eine 60%ige Erfolgsquote und das AMS verhänge viel zu wenig Sperren!!!" Quelle: http://209.85.135.104/search?q=cache:42c1BBnOE7IJ:www.arbeitslosennetz.org/arbeitslosigkeit/ams-berichte/zwangsarbeit/phoenix/bewerbungalstrainerphoenix.html+Projekt+Phoenix&hl=de&ct=clnk&cd=4&gl=at&client=firefox-a
11 Quelle: : http://www.wien.gv.at/statistik/daten/arbeitsmarkt.html, abgerufen am 17.6.2006 sowie am 18.10.2007
12 http://209.85.135.104/search?q=cache:5jdyzMah3_UJ:www.bmsk.gv.at/cms/site/attachments/0/0/5/CH0007/CMS1186056066597/070731_presseunterlage_mindestsicherung.pdf+070731_presseunterlage_mindestsicherung.pdf&hl=de&ct=clnk&cd=1&gl=at&client=firefox-a
13 Diese Anrede findet sich tatsächlich auf der Webseite einer trotzkistischen Organisation. Nun, wenn es dem konstruktiven Gesprächsklima dient …
14 So dokumentierte die AK Oberösterreich, das, was eigentlich jeder wusste: Die offizielle Zahl der Arbeitslosen ist mit 204.000 viel zu gering, tatsächlich suchen etwa 320.000 Menschen Erwerbsarbeit. Quelle: http://derstandard.at/?url=/?id=3097558
15 Quelle: Thorsten Schulten, „Gesetzliche und tarifvertragliche Mindestlöhne in Europa, Teil I", in: „express" Nr. 9-10/2006 Frankfurt am Main, Seite 15

Torsten Bewernitz

Give the Anarchist a theory
Renaissance des libertären Kommunismus?

Vielleicht ist es ja ein subjektiver Eindruck – aber scheinbar sind in den letzten anderthalb Jahren so viele Bücher über den Anarchismus erschienen wie in kürzerer Vergangenheit selten zuvor. Teilweise lässt sich das mit dem 70jährigen Jubiläum der Spanischen Revolution erklären, teilweise, wie im Falle des Anarchismus-Bandes in der Reihe theorie.org von Hans-Jürgen Degen und Jochen Knoblauch, ist es auch einfach nur Zufall, war das Buch doch bereits seit zwei Jahren angekündigt. Allerdings geht der Band dieser Tage auch schon in die zweite, überarbeitete Auflage, das heißt, es verkauft sich scheinbar für einen kleinen, linken Verlag sehr gut. Und vor einigen Wochen ist mit Horst Stowassers „Anarchie!“ im Nautilus-Verlag quasi die Mega-Version dieser Einführung erschienen. Und behält recht: Stowassers „Anarchie!“ schaffte es direkt auf Platz 1 der Buchtipps von NDR und Süddeutscher Zeitung im Juni 2007. Darüber hinaus erschienen 2006 mit Gerhard Senfts „Essenz der Anarchie“ (Promedia) und kürzlich mit Achim von Borries' und Ingeborg Weber-Brandies' „Anarchismus – Theorie, Kritik, Utopie“ (Verlag Graswurzelrevolution) zwei Bände mit historischen Beiträgen von AnarchistInnen. Während Senft anhand des Oberthemas „Parlamentarismus“ eine neue Sammlung von Texten herausgab, ist die Textsammlung von Borries und Weber-Brandies die Neuauflage eines bereits 1968 erschienen Sammelbandes.

In Folge dessen enthält letztgenanntes Buch „Klassiker“, die anarchistischen ZeitgenossInnen der letzten dreißig Jahre zum Großteil bekannt sein dürften: Es kursiert ja immer noch der alte Witz, dass drei AnarchistInnen, wenn sie sich treffen, erst mal eine Zeitung gründen. Und ebenso gerne geben sie Broschüren mit Texten des traditionellen Anarchismus heraus. Horst Stowasser hat ganz recht, wenn er in der Einleitung seines Buches betont, dass es eigentlich verwunderlich ist, wie unbekannt die philosophischen Ideen des Anarchismus sind – angesichts der sehr guten Literaturlage. Dazu hat er selber einiges beigetragen: Wer bereits Stowassers „Freiheit pur“, „Leben ohne Chef und Staat“ oder auch seine jüngste Publikation „Anti-Aging für die Anarchie“ (Edition AV) gelesen hat, dem wird an „Anarchie!“ einiges bekannt vorkom-



men, denn dieser Band ist quasi die konsequente Fortführung der früheren Einführungsbände. Senfts Band dagegen bietet einige interessante, weniger bekannte Beiträge, etwa des Dichters Robert Bodanski oder des Sozialdemokraten Raphael Friedberg.

Ja, richtig gehört: Des Sozialdemokraten. Der Text Friedbergs nämlich, den Senft ausgesucht hat, entstammt seiner Zeit bei der SPD. Damit sollte schon mal mit einem ersten, weit verbreiteten Vorurteil aufgeräumt sein: Die vermeintlichen Gräben zwischen SozialdemokratInnen, MarxistInnen und AnarchistInnen sind bei weitem nicht so tief, wie gemeinhin angenommen wird. Selbstverständlich gibt es sie, unter anderem deswegen, weil sich historisch die VordenkerInnen des Anarchismus vorrangig aus DissidentInnen der parlamentarischen ArbeiterInnenbewegung zusammengesetzt haben. Auch beispielsweise Rudolf Rocker, Vordenker des Anarchosyndikalismus in Deutschland, entstammte den Reihen der sozialdemokratischen „Jungen" im ausgehenden 19. Jahrhundert. Das Verhältnis der „Jungen" zur SPD in den 1870er Jahren ist teilweise vergleichbar mit jenem des SDS zur SPD nach 1968. So war es denn auch die SPD, die in der Weimarer Republik Anarcho-SyndikalistInnen ausschloss, weil sie nicht auf Linie waren – ein Prozess, der sich mehrfach wiederholte, etwa in der Ausschlusswelle von DissidentInnen aus dem DGB Anfang der 1970er Jahre oder jüngst mit der Gründung der WASG.

Die verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung – demokratischer Sozialismus /Reformismus (Sozialdemokratie), autoritärer Sozialismus und libertärer Kommunismus (Anarchismus) – miteinander zu vergleichen, darf nicht nur eine Auseinanderdifferenzierung der Entwicklungen dieser Strömungen beinhalten, sondern muss ebenso die gemeinsamen Wurzeln reflektieren. Unbestreitbar hat ein sich an Stalin orientierender „Marxismus"-Leninismus mit dem libertären Kommunismus gar nichts mehr gemein. Dennoch sind die gemeinsamen Wurzeln von Marxismus und Anarchismus bis heute spürbar. Westlicher Marxismus à la Adorno/Horkheimer, der sogenannte „Revisionismus" von Karl Korsch oder Georg Lukács wie auch der italienische Operaismus oder die wertkritische Schule – wenn diese auch vom Anarchismus massiv divergiert, weil sie die Subjekte der Revolution theoretisch entmündigt – sind Aspekte sozialistischer Theorien, mit denen sich AnarchistInnen bei weitem zu wenig auseinandersetzen. Ich würde sogar so weit gehen zu behaupten, dass sich post-1989er Sozialismus-Theorien, die sich mit Hilfe poststrukturalistischer Ansätze vom autoritären Staatssozialismus abgrenzen, unter dem Begriff Anarchismen subsumieren lassen.

Die Niederschlagung des Aufstands von Kronstadt, der gemeinsame Kampf der Roten Armee und der „weißen" Armeen der deutschstämmigen Adeligen gegen die libertäre Machnotschina in der Ukraine, der stalinistische Verrat an der Spanischen Revolution, die Einkerkerung von AnarchistInnen im post-„revolutionären" Kuba und viele andere Ereignisse, ebenso wie polemische Propagandaschriften[1] führten dazu, dass AnarchistInnen sich von allem, was sich „Marxismus" nannte, zu Recht distanzierten. Victor Serge, einer der wenigen AnarchistInnen, die in der KPdSU verblieben, diagnostiziert: „Die Affäre von Kronstadt, diese letzten Tragödien [...] sollten von da an einen unüberschreitbaren Graben zwischen Marxisten und Anarchisten ziehen. Und diese Trennung sollte später in der Geschichte eine verhängnisvolle Rolle spielen: sie war eine der Ursachen der intellektuellen Verwirrung und des Scheiterns der spanischen Revolution" (in: Borries/Weber-Brandies, Seite 168). Solche politisch-marxistischen Brutalitäten gegen Libertäre haben sich tief in die Erinnerungskultur des Anarchismus eingegraben. Hinzu kam der historische Konflikt zwischen Karl Marx und Mikhail Bakunin in der Ersten Internationalen, auf den sich AnarchistInnen gerne bis heute berufen, um eine unüberwindliche Spaltung zu betonen. Dabei standen sich die Egomanen Marx und Bakunin in Sachen Intriganz kaum nach. Paul Pop hat an dieser Stelle kürzlich den lohnenswerten Versuch unternommen, die Grenzen zwischen autoritärem und antiautoritärem Sozialismus neu zu begutachten und zu bewerten und fand eine nachvollziehbare Linie von Bakunin zu Lenin einerseits und von Marx zu Kropotkin andererseits.[2]

Die Überbetonung der Differenz führt sowohl zu Fehlinterpretationen der Theo-

rien der politischen MarxistInnen wie aber auch zu falschen Gewichtungen in den Anarchismen. Genau diese Vereinfachung des ambivalenten Verhältnisses zwischen den Strömungen der ArbeiterInnenbewegung führt Gerhard Senft zu der Behauptung, die „Parlamentarismuskritik" wäre die „Essenz der Anarchie", wie auch Graswurzelrevolution-Koordinationsredakteur Bernd Drücke in seiner Rezension des Buches betont hat: „Der ‚Hauptfeind' des Anarchismus war und ist nicht der Parlamentarismus [...]".[3] Das belegt nicht nur der Text Friedbergs, sondern auch Texte von AnarchistInnen, die niemals Mitglied einer parlamentarischen Partei waren. Pjotr Kropotkin, Erich Mühsam (der allerdings zeitweise Mitglied der KPD war) und auch Helmut Rüdiger (der sich nach dem Zweiten Weltkrieg der sozialistischen Partei Schwedens anschloss, nichtsdestotrotz aber aufrechter Syndikalist blieb) kritisieren in den Texten, die Senft ausgewählt hat, zwar durchaus den Parlamentarismus, sie sind aber in ihrer Kritik bei weitem nicht so radikal, dass sie ihn nicht als Fortschritt gegenüber autokratischen Systemen betrachten und ihm positive Aspekte abgewinnen können.

Insbesondere bei dem Band Borries' und Weber-Brandies' erhält sich der Eindruck, die Texte wären danach ausgewählt, dass sie eine möglichst vehemente Kritik am Marxismus äußern. Kein Thema nimmt mehr Platz und mehr Aufsätze ein als die Kritik des bolschewistischen Russlands. 1968, als dieses Buch zum ersten Mal erschien, mag diese Herangehensweise notwendig gewesen sein, nach dem Zusammenbruch des realen Staatskapitalismus sollte man sich aber auf Gemeinsamkeiten in der Theorie und den Forderungen besinnen – ohne deshalb die Verbrechen eines Leninismus, Stalinismus und Maoismus zu verschweigen.

Das scheint auch den AutorInnen bewusst zu sein: Einer der interessantesten Texte des Sammelbandes ist Borries' Kommentar zu Bakunin. Ausführlich zitiert Borries aus Bakunins Schreiben an die „Allianz der Sozialen Demokratie" in Spanien, in dem Bakunin Marx' theoretische Errungenschaften sehr deutlich würdigt. Ebenso aufschlussreich an diesem Kommentar ist die Beschreibung von Bakunins Utopie: Die Revolution und die postrevolutionäre Ordnung sind für ihn Sache einer „unsichtbaren" Diktatur „eines revolutionären Ordens" (Seite 345). Gegen Bakunins unsichtbare Diktatur ist die Marx'sche „Diktatur des Proletariats" (ein Begriff übrigens, der bei Marx selber kaum eine Rolle spielt), die nichts weiter meint, als die (wahrscheinlich nicht gewaltfreie) Aneignung der Produktionsmittel durch die mittellosen ArbeiterInnen, das gerechtere und demokratischere Mittel.

Desiderata des Anarchismus

Horst Stowasser betont nachdrücklich, dass der Anarchismus jenseits seines Minimalkonsenses „Herrschaftsfreiheit" beliebig sei. AnarchistInnen, so Stowasser weiter, würde das auch nicht weiter stören, im Gegenteil sei dies sein großer Vorteil (Seite 16). AtheistInnen seien hier ebenso zu finden wie Religiöse, MaterialistInnen wie EsoterikerInnen. Nun sollte sich erst einmal schon jedeR, der/dem es denn um „Herrschaftsfreiheit" geht, die Frage stellen, ob sie/er denn mit „Religiösen" oder gar „EsoterikerInnen" wirklich mehr gemein hat als mit Partei- oder StaatssozialistInnen – zumal wenn sich letztere gar nicht auf den historischen „real existierenden Sozialismus", sondern nur auf dessen TheoretikerInnen beziehen. Wenn ein autoritärer Materialist die Welt erklärt, so ist dies auch für AnarchistInnen allemal gewinnbringender, als wenn die Welt aus dem höheren Willen eines Gottes, eines Dämons, eines Spaghettimonsters oder einer mythischen Pyramide zusammenphantasiert wird. Der Anarchismus tendiert oft zu einer repressiven Toleranz gegenüber ungaren Welt- und Gesellschaftserklärungen, die ein Erkenntnis- und Veränderungsinteresse nicht nur massiv behindern, sondern teilweise bedrohlich sind. Diese repressive Toleranz offenbart sich in einer offenen Flanke zu Antisemitismus, Verschwörungstheorien und einem ökonomischen Hasadeurtum, das stark an die halbgaren Konzepte des Neoliberalismus erinnert. Nicht zuletzt besteht diese offene Flanke auch gegenüber einem Nationalismus. Letzterer ist gerade in dem Sammelband aus dem Graswurzelverlag deutlich zu spüren: In den Beiträgen Godwins, Proudhons, Bakunins, Kropotkins und selbst Landauers wimmelt es von Lobeshymnen auf die Nation. Erst der Beitrag Emma Goldmans „Patriotismus – eine Bedrohung der Freiheit" (Seite 145–152) findet deutliche Worte gegen den Nationalismus. Goldmans Vortrag, publiziert 1911, richtete sich an die amerikanischen ArbeiterInnen und wendete sich gegen einen US-amerikanischen, militaristischen Patriotismus. Ihr Beitrag wäre heute wahrscheinlich als „antiamerikanisch" verpönt – und ist dennoch so aktuell wie seinerzeit (keineswegs nur die USA betreffend).

Weil der Anarchismus sich bisher so beliebig generiert, bietet er eben auch allen Verrücktheiten Platz. Gerhard Senft etwa ist der Extremegoist Max Stirner ein „Vordenker des Anarchismus". Horst Stowasser dagegen hat in seinem Buch die einfache Formel „Anarchismus gleich Freiheit plus Sozialismus" betont. Bei Max Stirner irgendwo einen Sozialismus zu finden – das ist eine Kunst für sich. Hans Jürgen Degen und Jochen Knoblauch betonen daher auch, dass Max Stirner kein Anarchist

war, rezipieren ihn aber dennoch stark in ihrer Anarchismus-Einführung und auch nicht ganz zu Unrecht, denn sein (unheilvoller) Einfluss auf das Denken Bakunins ist unabstreitbar. Die ökonomischen Konzepte Proudhons und Bakunins zu Ende gedacht, finden wir uns in einem Neoliberalismus wieder, der an sozialer Ungerechtigkeit den aktuellen ökonomischen Zustand bei weitem übertreffen würde. Beide wollen nichts weiter als die gleichen Chancen auf dem Markt. Der staatsfeindliche Neoliberalismus in extremer Form will dasselbe: Die gleichen Einstiegschancen in den freien Markt für alle. Es gäbe ein Hauen und Stechen, das dem bürgerlichen Verständnis von „Anarchie" sehr nahe kommt, wenn es dieses nicht gar übertrifft. Die eine von drei Grundprämissen des Anarchismus – soziale Gleichheit neben sozialer Gerechtigkeit und Freiheit – wird hier nur als gleiches „Startkapital" eingeplant.

Es mangelt bei Proudhon, Stirner und Bakunin an einer marxistischen Grundprämisse, die Kropotkin dann endlich benannt hat: die Abschaffung des Privateigentums, insbesondere des Eigentums an Produktionsmitteln. Proudhon und Bakunin haben die Gewaltförmigkeit des Marktes bei weitem unterschätzt. Unter anderem lag dies sicherlich an ihrem Erfahrungshintergrund. Zu Proudhons Lebzeiten war der moderne Kapitalismus gerade erst im Entstehen, Bakunin entstammte einem Land – Russland –, das noch zu Zeiten der Oktoberrevolution agrarisch geprägt war. In dem Beitrag „Die russische Revolution und das autoritäre Prinzip" von 1924 (in: Borries/Weber-Brandies, Seite 194) kritisiert Emma Goldman an der Marx'schen Theorie, dass eine Gesellschaft ihr zufolge einen gewissen Entwicklungsstand erreicht haben müsse, um eine soziale Revolution durchzuführen, und argumentiert mit der „slawischen Psyche". Schließlich hätte in den entwickelten Staaten Deutschland oder USA im Gegensatz zu Russland keine Revolution stattgefunden. Emma Goldman behält kultürlich insofern recht, als dass keine Revolution stattfindet, ohne dass potentiell revolutionäre Subjekte diese wollen. Bei aller anarchistischen Weitsicht gegenüber dem sozialdemokratischen Projekt (auch die russischen Bolschewiki waren nichts anderes als „sozialdemokratische Maximalisten", so Kropotkin) konnte sie aber auch die weitere Entwicklung des Sowjetunionismus nicht abschätzen. Wie Karl Marx die strukturellen Prämissen einer Revolution überschätzt haben mag, bzw. seine ApologetInnen die Struktur später überbewerteten, so unterschätzt Goldman diese: Aus dem agrarischen und zaristischen Russland konnte aus strukturellen Gründen kein freiheitlicher Sozialismus werden, so wenig wie aus der DDR nach der Erfahrung des Nationalsozialismus. Ein bereites „Volk" reicht nicht aus für die soziale Revolution, sondern höchstens für eine politische oder institutionelle. „Gewohnheiten" aus der alten Gesellschaft legt man nicht von heute auf morgen ab, Diskurse sind beständig und unberechenbar. Das Missverständnis der anarchistischen Denkschulen liegt darin, den Wunsch und das Begehren nach einer Revolution mit ihrer Möglichkeit zu verwechseln. Der Marx'sche Fehler auf der anderen Seite liegt darin, aus der Struktur (in diesem Falle des Kapitalismus) abzuleiten, dass eine Revolution notwendigerweise zum Sozialismus und Kommunismus führt. Traditioneller Anarchismus und Marxismus haben nicht nur ethische und politische Grundwerte gemeinsam, sondern auch ein lineares Geschichtsbild, nach dem die Geschichte unweigerlich in einem Kommunismus „enden" müsse. Die Möglichkeit des Kommunismus bedeutet aber noch lange nicht, dass eine Revolution notwendig zu einer bestimmten Form der Gesellschaftsorganisation führen muss – in diesem Punkt war Marx nicht unutopischer als die anarchistischen DenkerInnen.[4]

Es ist, da stimmen auch gestandene MarxistInnen zu, der Vorteil des Anarchismus gegenüber dem politischen Marxismus, die repressiven Mechanismen des Staates intensiver herausgearbeitet zu haben. Wenn es eine „Essenz der Anarchie" auf emotionaler Ebene gibt, dann ist es die prinzipielle Staatsfeindlichkeit. Allein: Selbst dieser fehlt jeder theoretische Hintergrund und im Laufe des 20. Jahrhunderts wurde die Staatsanalyse der AnarchistInnen vom wissenschaftlichen Marxismus überholt. Die Staatsfeindlichkeit des Anarchismus beruht allein auf individueller Erfahrung der gewalttätigen Repression, und dies bis heute. Auch für Horst Stowasser ist der Staat nichts weiter als ein Instrument der Repression. Wie Bakunin und zahlreiche andere AnarchistInnen bis hin zu „Autonomen"[5] und GlobalisierungskritikerInnen und -gegnerInnen bei G8-Gipfeln in Genua oder Heiligendamm hat auch der Autor Stowasser den Staat von seiner repressiven Seite erlebt. Die anarchistische Staatsfeindlichkeit hat immer nur von der Erfahrung erlebt, wie Horst Stowasser es ausdrükkt: vom „Zorn".

AnarchistInnen können damit nicht erklären, warum der Staat bis heute global akzeptiert wird. Sie gehen, wie auch die meisten politischen MarxistInnen, von der „Repressionshypothese" aus, sprich: Sie schließen von der Repression, die sie erlebt haben, auf ein allgemeines System, das nur durch Repression überlebensfähig ist. Sicherlich sind es polizeiliche Repression, mit Gewalt und Waffen ausgestattete Staaten, die sich ihre Machtmenge erhalten und diese erweitern. Das ist aber nur die halbe Wahrheit. Wäre das der ganze Staat, so hätte

Horst Stowasser recht, wenn er glaubt, dass die Mehrheit der Menschen aus „natürlichen“ AnarchistInnen bestände. Und es ist auch nicht so einfach, wie Degen und Knoblauch diesen Umstand beschreiben: Der Staat hätte typisch nicht-staatliche Funktionen übernommen – nämlich soziale – und daher gäbe es keine Sehnsucht mehr nach der antistaatlichen Revolution. Diese Sichtweise verkennt vollkommen, dass der Staat schon immer eine linke und eine rechte Hand hatte (Pierre Bourdieu) – dass es z. B. eine Bismarcksche Sozialgesetzgebung gab – und diese dem Staat auch immanent ist. Des weiteren ist es blanker Hohn, in Zeiten von Hartz IV das Desinteresse am Anarchismus mit der Zufriedenheit des Proletariats zu erklären. Dass es bis heute keine fundierte anarchistische Staatskritik gibt, ist umso verwunderlicher, als dass das Schlagwort der freiwilligen Knechtschaft von Gustav Landauer durchaus benannt wurde – und von Michel Foucault dankenswerterweise wieder aufgenommen wurde.

Der Staat ist nicht nur repressiv, er hat auch eine andere Seite. Er organisiert und kontrolliert. Viele Menschen sind bereit, um dieser Organisation wegen und ihrer individuellen Sicherheit die Repression in Kauf zu nehmen. AnarchistInnen müssen sich bewusst sein, dass ihre Systemalternativen nicht weniger, sondern mehr Arbeit bedeuten, denn anarchistische Utopien verlagern die zentralen staatlichen Aufgaben auf eine Gemeinschaftsebene. Möglich, dass die produktive Arbeit im Sinne des heutigen Kapitalismus auf fünf oder sogar drei Stunden am Tag reduziert werden kann – die soziale Arbeit wird allerdings einen weit höheren Aufwand nötig machen. Und – das ist den meisten AnarchistInnen heutzutage unbequem – das gilt auch für die Themenbereiche Sicherheit und Kontrolle. Eine nicht-staatliche Gemeinschaft muss diese bisher staatlichen Aufgaben vergesellschaften, um ihrem Anspruch gerecht zu werden. Sie kann das individuelle wie allgemeine Bedürfnis nach Sicherheit zumindest nicht ignorieren. Um dieses Thema drücken sich AnarchistInnen – verständlicherweise – gerne, denn hier tritt eine unangenehme Wahrheit zu Tage: Konsequenter Anarchismus bedeutet durchaus eine Rücknahme des Individuums zugunsten der Gemeinschaft.

Give the Anarchist a Theory… (frei nach Chumbawamba)

Eine Essenz des Anarchismus ist somit eine Ethik, die der Volksmund kennt unter dem Sprichwort „Was du nicht willst, was man dir tu, das füg auch keinem anderen zu“. Ethik, die immer problematisch ist, weil sie ohne eine Letztbegründung (wie z. B. Religion) niemals universalistisch sein kann, sondern immer emotionale und damit subjektive Argumentation ist, zeichnet den Anarchismus gegenüber dem Marxismus aus. Dass Anarchismus immer mehr „Gefühl“ ist als der Materialismus, ist seine große Stärke und seine große Schwäche. Die (voluntaristische) Besinnung auf das Gefühl – „ich finde etwas falsch“ – macht den Anarchismus in Umsturzsituationen attraktiver als den verkopften Marxismus. Moral ist eine mächtige Waffe. Es kommt darauf an, eine ausgewogene Position zwischen menschlicher Emotionalität und vulkanischer Rationalität zu entwickeln. Der Anarchismus hat durchaus das Potential dazu.

Sammelbände historischer anarchistischer Aufsätze sind freilich nicht dazu da, Kritik und Alternativen zu formulieren, sondern sie dokumentieren einen historischen Stand. Die Aufgabe der Kritik und Weiterentwicklung liegt bei den LeserInnen – in diesem Sinne ist gerade die Auswahl von Borries und Weber-Brandies gelungen, denn sie macht die Leerstellen des anarchistischen Gedankenguts deutlich, auch dank der kenntnisreichen Kommentare der HerausgeberInnen. Dass Senfts Auswahl hier etwas magerer daherkommt, liegt zum einen an der beschränkten Seitenzahl (174 Seiten vs. 424 Seiten), aber auch an dem viel zu eng gefassten Titelthema „Antiparlamentarismus“.

Mehr erwarten können hätte man dagegen von der theorie.org-Einführung. Hans Jürgen Degen und Jochen Knoblauch resümieren zwar über den aktuellen Status des Anarchismus, diagnostizieren den Anarchosyndikalismus und den Graswurzel-Anarchismus als die (in Deutschland) noch bestehenden Spielarten und beharren ein weiteres Mal auf der prinzipiellen Marxismus-Kritik. Zukunftsweisend können die Ausführungen Degens und Knoblauchs zum einen nicht sein, weil ihre Theoriegeschichte des Anarchismus mit der Entwicklung eines „Neo-Anarchismus“ rund um die 1968er-Generation endet und weil sie zweitens, dabei diesem Lifestyle-Anarchismus aufsitzend, ihren Band mit einer komplett falschen Bestandsaufnahme beenden, nämlich jener, dass der antikapitalistische Kampf nicht der Kampf der ArbeiterInnenklasse sein könne, „weil sie inexistent ist“ (Seite 197). Mit einer solchen Position erübrigt sich jegliches antikapitalistische Engagement und damit auch jegliches anarchistische.

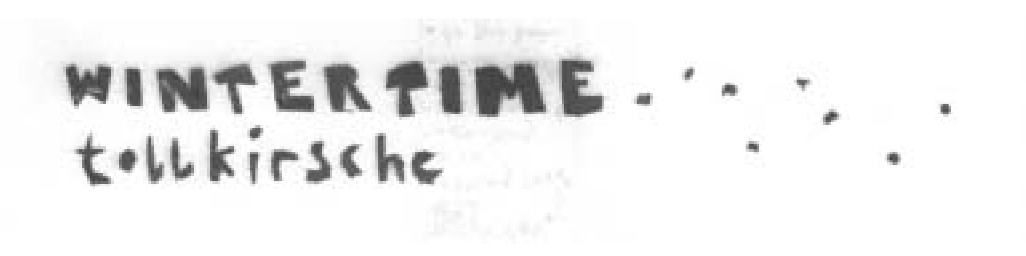
Bleibt noch der „Ziegelstein“ Horst Stowassers. Und in der Tat besitzt „Anarchie!“ ein Abschlusskapitel „Die Zukunft“. Horst Stowassers praktisches Rezept ist die Kombination von Tradition und modernem Anarchismus: der Anarchosyndikalismus als praktische, engagierte Bewegung einerseits und der aus dem 1968er Neoanarchismus erwachse-

ne und von Stowasser selbst stark geförderte Projektanarchismus andererseits. Beides ist mehr als plausibel, denn diese beiden Methoden bieten eine praktische Perspektive über eine Jugendrebellion hinaus. Stowasser ist aber auch der einzige in unserem kleinen Rezensionskarussell, der auf aktuellere Theorien des Anarchismus (oder mit diesem verbundenen) eingeht, indem er die Ansätze des Postanarchismus und des Zapatismus mit einbezieht. In der ersten Auflage der Einführung Degens und Knoblauchs war der Zapatismus (oder Neo-Zapatismus, gemeint ist der Aufstand der EZLN seit 1994 in Chiapas/Mexiko) noch kein Anarchismus, weil er als bewaffnete Guerilla-Bewegung erschien: „Die neue zapatistische Bewegung ist genuin basisdemokratisch und libertär, ohne dezidiert anarchistisch zu sein. Dazu ist sie z. B. zu sehr auf ihren ‚Führer' Marcos zentriert und militaristisch" (Seite 143).

Es lässt sich in der Tat trefflich darüber streiten, ob die Zapatist@s anarchistisch seien oder nicht. In der Neuauflage des theorie.org-Bandes soll dankenswerterweise ein von Jens Kastner verfasstes Kapitel „Ist der Zapatismus ein Anarchismus?" eingefügt werden. Auch Kastner kommt zu dem Ergebnis, dass der Zapatismus kein Anarchismus sei, da er sich selber eben nicht als solchen benenne. Das angesprochene Problem ist das der Vereinnahmung durch die, wie Stowasser sie nennt, „wirklichen AnarchistInnen". „Natürliche AnarchistInnen" im Sinne Stowassers wären die Zapatist@s in jedem Fall, wie vermeintlich „militaristisch" sie sich auch immer verhalten. Allerdings sind Degen und Knoblauch auch damit einem Irrtum verfallen, denn anders, als sie betonen, schwebt der Bundesstaat Chiapas/Mexiko keineswegs „zwischen der Repression der Armee und den EZLN-Guerilla-Aktionen" (ebd.). Der erste Teil der Aussage ist noch korrekt, das zapatistische Engagement aber besteht keineswegs in einem bewaffneten Kampf, sondern im Aufbau kollektiver Gegenstrukturen weit über die Grenzen des Bundesstaates hinaus.

Es ist andererseits müßig, darüber zu debattieren, ob der Zapatismus ein Anarchismus ist oder nicht. Wichtig am Aufstand der EZLN in Chiapas ist vielmehr, dass es sich um einen bisher erfolgreichen Aufstand mit der Etablierung kollektiver Gegenstrukturen handelt. Der bisherige Erfolg der EZLN stellt die Spanische Revolution insofern in den Schatten, als dass er auf eine mittlerweile 13jährige basisdemokratische Selbstverwaltung verweisen kann. Wenn der Anarchismus jemals einen theoretischen Vorteil gegenüber dem politischen Marxismus hatte, dann den, dass er sich aus der praktischen Bewegung entwickelte. Relevant ist nicht, wie die Zapatist@s sich nennen, sondern relevant ist, was die AnarchistInnen von ihnen lernen können. Und das ist einiges, etwa das Prinzip, sich nach den Langsamsten zu richten, die „vielen Welten" (nennen wir es Toleranz oder, mit den Worten eines Genossen, „eingeschränkten Pluralismus") und, vor allen Dingen: das Prinzip des fragenden Voranschreitens. Es gibt keine fertigen Antworten bei Bakunin, Kropotkin oder sonst jemandem, sondern die neue Welt muss täglich neu erfunden werden.

Zugegeben: Das alles ist den anarchistischen Ideen eigentlich nicht neu, aber teilweise durch Dogmatismus in Vergessenheit geraten, teilweise seit langem nicht praktisch ausprobiert worden. Und dass die Theorieproduktion aus der Praxis heraus gewinnbringend ist, zeigt das Beispiel der EZLN selbst: Diese ist 1984 als stramm maoistisch-guevaristische Guerilla in den Lakandonischen Urwald gezogen, um 1994 als Guerilla ganz neuen Typus aufzutreten.[6] Neben Subcomandante Marcos ist einer der interessantesten Theoretiker des Zapatismus der aus dem offenen Marxismus kommende John Holloway. Breit rezipiert wurde auch hierzulande sein Buch „Die Welt verändern ohne die Macht zu übernehmen" (Münster 2004), das schon durch seinen Titel die Nähe zum Anarchismus beweist.[7] Holloways theoretische Interventionen sind der beste Beweis dafür, wie man durch praktische Bewegungen zu einer Theorie kommen kann – und nur so kann anarchistische Theoriebildung funktionieren. Auch wenn diesbezüglich der Praxis (und zwar nicht jener der „wirklichen AnarchistInnen", sondern jener der Widerständigen im allgemeinen, die oftmals keineswegs auch nur „natürliche AnarchistInnen" sind) ganz im Sinne Horst Stowassers der Vorrang gebührt, ist allgemein doch eine Theorieabstinenz oder sogar -feindlichkeit in anarchistischen Kreisen zu kritisieren, und diese basiert häufig auf Vorurteilen und Dogmen, die ich in dieser „Rezension" bereits benannt habe.



Die relevanten Desiderata des Anarchismus sind Ökonomie und Staatskritik, auch die Gründe dafür habe ich benannt. Ein ernstzunehmender Anarchismus heute muss sich, um die ökonomischen Desiderata zu überwinden, mit der Kritik der politischen Ökonomie beschäftigen, mit Marx also und mit jenen offenen MarxistInnen verschiedener Schulen, die die Kritik der politischen Ökonomie anhand des veränderten Kapitalismus weiter entwickelt haben. Als Anarchist muss mensch unumwunden zugeben, dass die MarxistInnen immer die bessere Wirtschaftsanalyse hatten.[8]

Die Staatskritik des Anarchismus – seine vermeintliche Stärke – ist, wie erwähnt, eigentlich sogar noch desolater als die Kritik der politischen Ökonomie. Hier sind es in der Tat die TheoretikerInnen der so genannten Postmoderne, auf die zu rekurrieren wäre. Das Problem anarchistischer Staatskritik ist, dass sie für die meisten Menschen abstrakt bleibt, sie erscheint als eine Sammlung von Extrembeispielen, die die „Zivilgesellschaft“ so nicht erfahren hat (die meisten BürgerInnen und auch die meisten ProletarierInnen werden heutzutage eher selten von Polizisten verprügelt ...). Die postmodernen TheoretikerInnen dagegen greifen in ihren Studien Themen der Regierung und des Staates auf, die im Alltag erfassbar sind – wobei nicht zu unterschätzen ist, dass diese Mechanismen zu einem großen Teil gar nicht als störend empfunden werden. Diesbezüglich sind gerade die Gouvernementalitätsstudien Michel Foucaults für anarchistische Theorieproduktion unumgänglich, denn Foucault bietet unter anderem einen Ansatz dafür, die neoliberalen Formen der „Selbstregierung“ zu erklären. Poststrukturalistische TheoretikerInnen mögen nicht unbedingt AnarchistInnen sein, aber die Fragestellungen sind sich sehr ähnlich: Warum, um Himmels willen, lassen Menschen sich freiwillig regieren? Auch der offene Marxismus hat hier Antworten parat, die den Theorien des Poststrukturalismus entsprechen: Der Staat ist nicht (nur) ein institutioneller „Überbau“, sondern er ist – ähnlich wie das Klassenverhältnis – ein Verhältnis, dass durch unsere Köpfe und Herzen geht.

Als letztes ist unbedingt auf den Operaismus hinzuweisen: Der „Arbeiterismus“, wie er frei übersetzt heißen würde, ist eigentlich nahezu identisch mit den Ideen des Anarchosyndikalismus, nur dass er längerfristige und größere Organisationen als Bedrohung einer ArbeiterInnenautonomie empfindet (was teilweise verständlich ist, teilweise aber auch zu einer bedrohlichen Organisationsfeindlichkeit geführt hat) und zweitens der anarchistischen Ideologie nicht bedarf – wie es etwa auch bei der syndikalistischen Gewerkschaft IWW (Industrial Workers of the World) der Fall war und ist. Die Klassenfragmentierung, die die Autoren Degen/Knoblauch so sichtbar irritiert, dass sie die ArbeiterInnenklasse für nicht mehr existent halten, erklärt der Operaismus mit dem Begriff der Klassenzusammensetzung, die eben wandelbar ist oder in Marx' Worten, die Gesellschaft (das heißt die Klassenzusammensetzung) ist eben kein fester Kristall (MEW 23). Der Operaismus ist fähig, durch einen Erfahrungsansatz gesellschaftsverändernde Prozesse zu analysieren, indem er im wahrsten Sinne des Wortes „fragend voranschreitet“, durch radikale ArbeiterInnenbefragungen. Für einen Anarchismus, der sowohl revolutionär als auch reformistisch ist (da er die Veränderungen nicht in irgendeine utopische Zukunft verlegt[10]), ist ein solcher Erfahrungsaustausch unerlässlich.

Allerdings nicht in der Form, wie er von Martin Birkner und Robert Foltin beschrieben wird[11] und nicht in der Form des aus dem Ruder gelaufenen Postoperaismus von Hardt und Negri. Birkner und Foltin beschreiben den Operaismus so, als sei er die intellektuelle Idee einiger revolutionärer Studierender und Parteiintellektueller gewesen, die in die Fabriken gegangen sind – das war er auch, aber er hätte keine Bedeutung, wenn er nicht eine Bewegung in den Fabriken gewesen wäre. Nur mit dieser intellektuellen Einstellung kann man zu der Position gelangen, der so genannte „Postoperaismus“ sei die konsequente Weiterentwicklung des operaistischen Denkens.

Negri und Hardt sind das beste Beispiel für einen linken Theoretizismus, der den Kontakt zur Basis eigentlich verloren hat. Daran ändern auch die aktivistischen Tute Bianche („Weiße Arbeitsanzüge /Overalls“) oder Disobbedienti (die Ungehorsamen) nichts, denn sie haben ihre (lobenswerte) Praxis einer am Schreibtisch entstandenen Theorie

weiter gehts auf Seite 32





untergeordnet, die dem Linksradikalismus genehm war, anstatt aus der alltäglichen Praxis eine adäquate Theorie zu entwickeln. Das Problem Negris ist, immer noch nach dem kollektiven revolutionären Subjekt zu suchen und zwar in dem überkommenen Sinne eines bewussten Subjekts, das die Revolution machen will. Da er es in der Arbeiterklasse nicht (mehr) finden konnte, fand er es erst in den „gesellschaftlichen ArbeiterInnen" und später gemeinsam mit Michael Hardt in der „Multitude" – auch wenn dies die „Vielheit der Widerstände" ist. Hardt und Negri geben sich postmodern und versuchen dennoch etwas, was mit postmoderner Theorie eigentlich nicht möglich ist: Eine große Erzählung mit einem revolutionären Subjekt, das zwar hybrid ist, aber ein gemeinsames Ziel haben soll. Wie einige linke Gruppen sich als neues Subjekt das „Prekariat" erfunden haben, so die beiden Theoretiker die heterogene „Multitude". Das Konzept fand Anklang, weil es so einfach war, sich damit zu identifizieren: Jeder, der dagegen ist, gehört dazu und ist damit revolutionäres Subjekt.[12] Der Begriff der Multitude hat nur einen Vorteil. Er ist ein Gegenbegriff zum nationalistischen „Volk", der besagt: Wir sind alle verschieden.

Über das voluntaristische „Wir gegen die" (oder „Multitude gegen Empire") sollten die Anarchismen aber längst hinaus sein. Zwar ist der Voluntarismus nach wie vor wichtig und notwendig für den Anarchismus („Es wird keine Revolution geben, bevor die Menschen nicht einverstanden sind"), aber die eigentliche Frage ist nicht mehr „Wer will?" sondern „Wer kann denn überhaupt?" Der Zweck heiligt weder die Mittel, noch geht es um eine Übereinstimmung von Mittel und Zweck, sondern „der Weg ist das Ziel" – die Mittel erst bestimmen den Zweck, die Art, Fragen zu stellen, impliziert die Antworten.

Der Haken am „Postoperaismus" ist die Unterschätzung der ökonomischen und strukturellen ArbeiterInnenmacht: Auch die „Multitude" – die als Ziel erstrebenswert ist – hat nur dann die Möglichkeit zur sozialen Revolution, wenn sie in ihrer Rolle als Proletariat agiert, denn nur in dieser Rolle hat sie produktive Macht (und das „Prekariat" ist entsprechend höchstens als der Teil des Proletariats zu verstehen, der wenig von dieser strukturellen Macht hat). Als „Multitude" sind sie nur die berühmte „Zivilgesellschaft", die in einen „fordernden und fördernden", aber keinesfalls radikal gesellschaftsverändernden, Dialog mit den Herrschenden treten kann. Die Konsequenz Negris und Hardts passt dazu: Ihre politischen Forderungen nach einer WeltbürgerInnenschaft und einem garantierten Grundeinkommen, die beide sinnvoll sind, lassen sich nur im politischen Dialog erreichen, nicht aber durch direkte eigene Aktionen einfach machen (was die Hollowaysche kreative Macht [power-to-do] wäre). Systemimmanent sind diese Forderungen durchaus sinnvoll, aber sie bleiben halt Forderungen, die an Herrschende gestellt werden müssen. Dem Operaismus – wie auch dem Anarchosyndikalismus – entspricht diese Strategie nicht.

Abgesehen von Horst Stowasser, der den Blick in die Zukunft wagt, ist dieser aktuelle Wandel anarchistischer Theorien (im wesentlichen kein Wandel, sondern eine Pluralisierung) in den neusten Bänden zum Thema „Anarchismus" nicht thematisiert. Es wird höchste Zeit, dass die heutigen AnarchistInnen die entsprechenden Fragen stellen und eine entsprechende Theorieproduktion betreiben. Ansonsten befördert er sich selbst dahin, wo Lenin in einst hinwünschte: auf den Müllhaufen der Geschichte.[13] Die relevanten Stichworte kommen aus dem Marxismus, der sich dankenswerterweise, zumindest soweit er noch irgendeine Relevanz hat, geöffnet hat: Jeder sinnige Marxismus hat heutzutage Grundgedanken des Anarchismus aufgenommen. Es ist an der Zeit, dass der Anarchismus das seinige tut und einen „open anarchism" (er)findet, der in einen konstruktiven Dialog mündet. Mit John Holloway sollten wir den Parteimarxismus belächeln und die historisch konstruierte Barriere zwischen Anarchismus und Marxismus zukünftig ignorieren. Tendenziell unterscheiden sich die (begrenzt) pluralistischen Anarchismen und Marxismen dann nicht mehr.

Was der Papierproduktion des Anarchismus momentan gelingt, ist dem offenen Marxismus nur zu wünschen. Denn letztendlich sind wir in der historischen Situation, in der Marx und Bakunin endlich ihren Frieden finden könnten. Die Zwistigkeiten zwischen den verfeindeten Zwillingsbrüdern Anarchismus und Marxismus sind – auch Dank dem Ende des vermeintlich „real existierenden Sozialismus" – obsolet. Das angebliche „Ende der Geschichte" bietet die – zeitverzögerte – Chance eines gemeinsamen Neuanfangs. In einem Punkt haben Michael Hardt und Antonio Negri recht: Zum ersten Mal besteht die Möglichkeit des Kommunismus (aber eben nur die Möglichkeit); nicht nur, weil der globalisierte Kapitalismus an seine Grenzen stößt, sondern auch, weil die ApologetInnen des Kommunismus auf einen Nenner kommen können.

Das ist kein Glück, sondern harte Arbeit. Aber das war der Kommunismus schon immer.

E-Mail: torsten.bewernitz@uni-muenster.de

„Rezensierte“ Literatur:

Borries, Achim von, Weber-Brandies, Ingeborg (Hrsg.): Anarchismus. Theorie, Kritik, Utopie. Verlag Graswurzelrevolution, Nettersheim 2007. 22,80 Euro.

Degen, Hans-Jürgen, Knoblauch, Jochen: Anarchismus. Eine Einführung, Schmetterling Verlag, Stuttgart 2006, 10 Euro.

Senft, Gerhard (Hrsg.): Essenz der Anarchie. Die Parlamentarismuskritik des libertären Sozialismus. Promedia, Wien 2006. 12,90 Euro.

Stowasser, Horst: Anarchie! Idee - Geschichte - Perspektiven, Edition Nautilus, Hamburg 2007. 39,80 Euro.

Anmerkungen:

1 z.B. Stalin, Josef: Anarchismus oder Sozialismus. Berlin 1951.

2 Pop, Paul: Rot-schwarze Flitterwochen, Marx und Kropotkin für das 21. Jahrhundert. Moers 2006.

3 Drücke, Bernd: Libertäre Parlamentarismuskritik. Essenz der Anarchie? In: Graswurzelrevolution 312, Oktober 2006 (Beilage „Libertäre Buchseiten“).

4 Vgl. dazu meinen Beitrag „Klasse[n] von Gewicht. Probleme des Klassenkampfes in der Postmoderne.“ In Mümken, Jürgen: Anarchismus in der Postmoderne. Beiträge zur anarchistischen Theorie und Praxis. Lich 2005. S. 63–92.

5 Ich verwende den Begriff der „Autonomen“ in Anführungsstrichen, weil insbesondere im deutschsprachigen Bereich damit schwarz vermummte Lifestyle-Linke assoziiert werden. Der Begriff entstammt der italienischen „Autonomia Operaia“, deren VertreterInnen heute als „OperaistInnen“ bekannt sind. Die Autonomen der 1980er Jahre hatten damit schlichtweg nichts mehr zu tun. Im Gegenteil wurden die ArbeiterInnen, die das Potential gehabt haben könnten, sich selbst zu verwalten, zum prinzipiellen Gegner, da ihr Lifestyle als „spießig“ empfunden wurde.

6 Subcomandante Marcos erzählt diesen Prozess gleichnishaft (und kurzweilig) in den „Geschichten vom alten Antonio“, die der Verlag Assoziation A 2006 neu aufgelegt hat.

7 Als kürzere Einführung empfiehlt sich: Holloway, John: Die zwei Zeiten der Revolution. Würde, Macht und die Politik der Zapatistas. Übersetzt u. eingeleitet von Jens Kastner. Wien 2006.

8 Wobei das in der Praxis nur eingeschränkt gilt: Interessanterweise waren durch ihre Staatsablehnung die AnarchistInnen immer diejenigen, die konsequent einen ökonomischen Kampf einforderten anstatt eines politischen – die Praxis der Anarchismen (insbesondere des Anarchosyndikalismus) ist viel näher an Marx als die Praxis der politischen MarxistInnen. Für das Verständnis von Klasse – abgesehen von den OperaistInnen – gilt ähnliches. Die Ablehnung Marx'scher Theorie ist ein modernes Phänomen des „Neo-Anarchismus“. Die historische Ablehnung eines Marxismus durch AnarchistInnen betraf den politischen Marxismus, den auch Karl Marx selber bekanntlich kommentierte mit: „Wenn das Marxismus ist, bin ich kein Marxist“. Die Re-Lektüre der anarchistischen „Klassiker“, die gerade mit dem Band des Graswurzelverlags schön nachzuvollziehen ist, verdeutlicht das.

10 Rosa Luxemburg hat als erste darauf hingewiesen, dass der vermeintliche Widerspruch Reformismus – Revolution so bei Marx nicht zu finden ist. Eine Bewegung für soziale Gerechtigkeit muss immer beide Funktionen erfüllen, was sie zwar einerseits in Widersprüche verstrickt, aber andererseits wäre sie ohne beide Aspekte unglaubwürdig. In den Worten der FAU-Ortsgruppe Hamburg: „Egal ob soziale Revolution oder fünf Minuten Pause – der Kampf ist derselbe!“

11 Vgl. Birkner, Martin und Robert Foltin: (Post)Operaismus. Von der Arbeiterautonomie zur Multitude. Geschichte und Gegenwart, Theorie und Praxis. Stuttgart 2006. (Reihe theorie.org).

12 In der Debatte um Karl Heinz Roths Text „Die Wiederkehr der Proletarität“ wurde eine ähnliche Kritik laut. Roth hätte einfach alle „Linken“ ins Proletariat vereinnahmt und sie so wieder zum „revolutionären Subjekt“ gemacht. Vgl. Roth (Hrsg.): Die Wiederkehr der Proletarität. Dokumentation einer Debatte. Stuttgart 1994. Diesen zugestandenen Fehler vermeiden Hardt und Negri. Während Roth den Linken (jenen, die „wollen“), eine Rückkehr zu jenen, die „können“ (dem Proletariat), zubilligt, definieren Hardt und Negri nur diejenigen, die „wollen“, ohne ökonomische Grundlage, als heterogenes revolutionäres Subjekt. Vgl. zu dem Unterschied zwischen einem Möglichkeits-, Notwendigkeits- und einem Verelendungskriterium Fußnote 4.

13 Klugscheißerfußnote: Lenin sagte erstens nicht Anarchismus, sondern Linksradikalismus; und zweitens wünschte er ihn nicht dahin, sondern meinte, er sei schon da.

Si Adelita quisiera ser mi esposa,	*Wenn Adelita meine Ehefrau sein möchte,*
Si Adelita fuera mi mujer,	*Wenn Adelita meine Frau wäre,*
Le comparía un vestido de seda	*dann würde ich ihr ein Seidenkleid kaufen*
Y la llevaría a pasear el cuartel.	*und mit ihr im Quartier ausgehen.*
...	...
Si Adelita se fuera con otro	*Wenn Adelita mit einem anderen mitgeht,*
La seguiría su huella sin cesar,	*dann verfolge ich sie zu Land und zu Wasser.*
Si por mar en un buque de guerra.	*Auf dem Meer, in einem Kriegsschiff;*
Si por tierra en un trén militar	*und auf dem Land in einem Militärzug.*
...	...
Si acaso yo muero en campana	*Wenn ich trotzdem beim Feldzug sterben*
Y mi cadaver en la tierra va a quedar,	*und mein Körper im Boden bleiben sollte,*
Adelita, por Dios te lo ruego	*Dann, Adelita, bitte ich Dich um Gott,*
Que por muerte tu vayas a llorar.	*dass Du um meinen Tod weinst.*

Elisabeth Tuider & Jens Kastner

Zentrale RandBewegungen. Zur Konstitution von Gewalt an der Schnittstelle von Geschlecht, Sexualität, Ethnizität.

Als eine der legendärsten *soldaderas*[1] der mexikanischen Revolution wird „La Adelita“[2] in den Volksliedern und Balladen, den *corridos*, bis heute besungen und in der Literatur verehrt (vgl. z. B. Mariano Azuela González (1942). Sie steht für den Mut, die Kraft und die Kampfbereitschaft der mexikanischen Frauen und gilt auch Teilen der feministischen Bewegung als Symbol. Denn im Zuge der Mexikanischen Revolution (1910-1920) haben Frauen gegen die traditionellen Regeln der weiblichen Zurückgezogenheit verstoßen: als *soldaderas* waren sie – durchaus in der Erfüllung ihrer familiären Rolle und weniger aus emanzipatorischen Gründen – an den Kämpfen und in der Revolution präsent. Als Kämpferinnen, Begleiterinnen und Geliebte der mexikanischen Revolutionshelden fanden die *soldaderas* ruhmvollen Eingang in die nationale mexikanische Mythologie. Die *soldadera* wurde zu einem Teil des kollektiven Gedächtnisses und der nationalen Identität (vgl. Potthast 2003: 276f.), wobei aber v. a. ihre mütterliche, unterwürfige Seite hervorgehoben wird. Denn die mexikanische Revolution wird im Grunde als Tat „wahrer, ehrhafter Männer“ glorifiziert (vgl. Lang 2002a: 27) – und damit auch die mangelnde praktische Umsetzung politischer Ziele z.B. nach sozialer Gerechtigkeit gekonnt vertuscht. Konstitutiver Bestandteil von Männlichkeit war bereits im postrevolutionären Diskurs die Gewalt. In der Konsolidierung der mexikanischen Nation spielte Gewalt eine entscheidende Rolle (vgl. Lang 2002a: 21-26) und schon in der Nationenbildung war Gewalt mit Männlichkeit (*masculinidad*) / Mannhaftigkeit (*hombría*) strukturell verwoben. Der zugrunde liegende Herrschaftscode der Dominanz basierte auf der Beherrschung der Frau und der Bereitschaft, Gewalt anzuwenden. Männlichkeit, Gewalt und politische Macht wurden aber auch – auf der symbolischen Ebene – zu nationalen Eigenschaften erhoben, sie sind Bestandteil der nationalen Identität (vgl. Monsiváis 1986), d. h. als das neue Nationalgefühl der *Mexicanidad* mit dem *macho mexicano* verwoben wurde, wurde Alltagsgewalt im Geschlechterverhältnis positiv konnotiert. Gewalt und „das Idiom der Mannhaftigkeit“ institutionalisierten sich im Staat und spielen dort bis heute eine wichtige Rolle: So

blieb die männerbündische *caudillaje*[3] das grundlegende Muster politischer Interaktionen im postrevolutionären Mexiko und auch in der Staatspartei der PRI (*Partido Revolucionario Institucional*).

Parallel zur Bildung der mexikanischen Nation kam es zu (neuen) Ausschließungen, unter anderen der Indigenas und der Frauen. Letztere hatten qua Geschlecht in dieser männlich sexuierten nationalen Identität keinen Platz. Frauen wurden vielmehr als Trägerinnen und Bewahrerinnen der Tradition konzipiert, ihr Platz war der in der Familie. Die „mexikanische Frau", selbstlos, duldsam und gehorsam galt – ebenso wie die „mexikanische Familie" – als nationales Emblem. „Gewalt" wurde erst mit den erstarkenden feministischen und Frauenbewegungen Mexikos in den letzten 25 Jahren thematisiert. Gewalt war aber nicht nur das zentrale feministische Thema, sondern auch ein wesentliches Element des mexikanischen Modernisierungsprozesses. Aber, wer spricht über Gewalt und wer spricht über welche Aspekte von Gewalt? Wie wird Geschlecht, Ethnizität und Sexualität im Gewalt bzw. Anti-Gewaltdiskurs konzipiert bzw. berücksichtigt oder auch nicht? Und welche Auslassungen beinhaltet dahingehend auch der feministische Diskurs?

Wir werden in unserem Beitrag zeigen, dass gerade durch die Thematisierung von direkter, physischer Gewalt sowohl im Rahmen der feministischen aber auch der zapatistischen Bewegungen in Mexiko ein bis dahin unthematisiertes Terrain besetzt wurde. Andererseits wurden damit aber auch neue Auslassungen produziert. Denn die spezifischen Gewalterfahrungen von lesbischen und indigenen Frauen spielen im feministischen Mainstream-Diskurs keine Rolle, indigene und lesbische Frauen sind darin nicht präsent.

Ausgehend von der These, dass soziale Bewegungen an den gesellschaftlichen Rändern auf zentrale soziale Mechanismen aufmerksam machen, möchten wir einerseits den Begriff der symbolischen Gewalt (nach Pierre Bourdieu) wieder stark machen. Symbolische Gewalt äußert sich nicht nur in Mexiko für Frauen u. a. als „Unsicherheitsregime" (Birgit Sauer 2005: 203). Andererseits werden wir Gewalt nicht nur an der Kategorie Geschlecht bzw. „Frau" festmachen, sondern Geschlecht und Gewalt am Kreuzungspunkt mit Ethnizität und Sexualität reflektieren. Symbolische Gewalt wird auch am Widerstand lesbischer Frauen und der Frauen in der zapatistischen Bewegung sichtbar.

Zugrunde liegt unseren Überlegungen eine konstruktivistische Lesart von Gewalt, in der wir Gewalt als die Summe derjenigen Praktiken definieren, die in einer Gesellschaft in einer bestimmten historischen Situation als – körperlich und psychisch – verletzend und (meist) illegitim gelten und ökonomische Ausbeutung, kulturelle Exklusion sowie politische und soziale Marginalisierung zur Folge haben, fördern und/oder reproduzieren. Sexualisierte Gewalt weist dabei auf die Geschlechterkomponente der Opfer und Täter, d. h. auf die strukturell eingelassenen vergeschlechtlichten und sexualisierten Machtverhältnisse, hin.

Feminismus in Mexiko

Vor dem Hintergrund einer jahrzehntelangen Alleinherrschaft der PRI und ihrem System eines ausgeprägten Klientelismus haben Frauen seit den 1970er Jahren versucht, sich gegen den allmächtigen Vater Staat abzusetzen (vgl. Küppers 2000:24). Die UN-Weltfrauenkonferenz, die 1975 in Mexiko stattfand, lieferte wichtige Impulse zur Aktivierung v. a. der städtischen Frauen und der akademischen Diskurse. Parallel dazu organisierten sich die Frauen der Basis und der ArbeiterInnenklasse im gemeinsamen, marxistisch inspirierten Kampf mit Männern gegen die imperialistische Ausbeutung.

Im Zuge des so genannten Modernisierungsprozesses fanden das Thema und die Infragestellung von „Gewalt gegen Frauen" auch deutlichen Niederschlag in der Politik der Regierung. Das offizielle Aufgreifen feministischer Belange gelang im Kontext der bewegungsdynamischen Vorbereitung zur Abwahl der 70 Jahre regierenden PRI. Bereits 1988 kam es unter der Präsidentschaft von Salinas de Gortari zur Umsetzung frauenspezifischer Anliegen, hauptsächlich im Bereich der familiären Gewalt.[4]

Lang resümiert, dass „der Reformeifer der Regierung unter de Gortari im Bereich der Gewalt gegen Frauen (…) so ausgeprägt (war), dass er den Feministinnen vorübergehend die Initiative aus der Hand nahm und diese zum großen Teil auf die von oben vorgegebenen Maßnahmen nur noch reagieren konnten" (Lang 2002b: 15). Aber nicht nur in die staatliche Argumentation haben die feministischen Forderungen Eingang gefunden. Umgekehrt haben auch mexikanische Feministinnen Ende der 1990er das Vokabular des neoliberalen Diskurses aufgegriffen und strategisch genutzt. Die Interessen des Staates und des Marktes wurden zitiert, um Gewalt gegen Frauen als Hindernis für die ökonomische Entwicklung und die Demokratie Mexikos auszulegen.[5] Denn eine demokratische Gesellschaft könne nicht auf autoritären und despotischen Familienstrukturen aufbauen. In diesem Perspektivenwechsel[6] waren Frauen nicht mehr als Opfer sondern als Staatsbürgerinnen konzipiert. Als solche

sollten sie aktiv die Modernisierung Mexikos und damit seine Beteiligung in der internationalen Politik und Wirtschaft mit gestalten. (Vgl. Tuider 2004a)

Während feministische Aktivitäten in den 1970er Jahren marginalisiert und minimal organisiert waren, können sie heute auf Institutionalisierung und Professionalisierung blicken. Dabei wurden aber die feministischen Bewegungen aufgesogen, ohne tiefer gehende Veränderungen nach sich zu ziehen. Stattdessen kann mit Küppers (2000: 31) von einem „feministischen Assistentialimus" gesprochen werden. Feminismus in Mexiko stellt heute eher einen Beruf im Rahmen einer NGO denn eine soziale Protestbewegung dar. Lang (2002b: 15) spricht von einer „kleine[n], heterogene[n] frauenpolitische[n] Elite", die dabei an Einfluss gewann, der aber der Bezug zur politischen Basis verloren ging. Mit der Implementierung der Anti-Gewalt-Programme und -Gesetze wurden auch die unterschiedlichen Lebenslagen von Frauen nivelliert und vor allem – wie im folgenden Abschnitt dargelegt wird – gewisse Kämpfe marginalisiert.

Auslassung I: Indigene Frauen und zapatistische Kämpfe

Mit der Professionalisierung ging ein Verlust der radikalen Forderungen und der marxistischen Grundsätze einher. Während „Frauen" unterschiedlicher sozialer Gruppen vormals als gemeinsame Kämpferinnen agierten, werden heute v. a. Unterschichtsfrauen und indigene Frauen wegen mangelnder Qualifikation aus der Mitarbeit in den NGOs ausgeschlossen. Von Verbündeten mutierten sie zu Empfängerinnen von Hilfsprogrammen. Nun sind sie die Klientinnen der feministischen Programme. Damit verfestigte sich auch die Differenz unter Frauen entlang der Achsen Klasse und Ethnizität, aber auch entlang von Sexualität. Die mexikanische Soziologin Margara Millán stellt in einem Interview das Verhältnis von Feminismus und indigenen Frauen folgendermaßen dar:

„In Mexiko gibt es eine sehr stark ausgebildete feministische urbane Tradition, die die Rechte der Frauen im Terminus der Frauenemanzipation vorgetragen hat. Dieser sehr homogene Feminismus hat ein starkes Geschlechter-Bewusstsein beinhaltet und in die patriarchalen Geschlechterverhältnisse interveniert. Es war und ist aber schwierig für ihn, kulturelle Differenzen oder die Differenz aufgrund von Klasse zu beachten. So kam es zwar zu Arbeiten über indigene Frauen, aber kaum zu Versuchen, den Dialog mit indigenen Frauen zu etablieren.

In zweierlei Hinsicht entpuppt sich der mexikanische Feminismus dabei als ethnozentrisch: Zum einen gibt es eine feministische Richtung, die die indigenen Frauen als Unterentwickelte ansieht und indigene Frauen an den Ort der Armut und der Marginalisierung situiert. Zum anderen gibt es einen Diskurs, der das feministische Bewusstsein der indigenen Frauen „erwecken" und sie aus ihrer Situation befreien will. Denn sie müssen lernen, wie Schuhe getragen werden und dass sie sich waschen müssen." (Millán in Tuider 2004b: 516)

Das versteckte Kulturkonzept des mexikanischen Feminismus wird eben so wenig thematisiert und problematisiert wie die Querverbindungen zwischen Geschlecht, „Rasse", Kultur und Klasse. Stattdessen wird die Gleichheit von Frauen und infolgedessen der für alle gültige Weg zur Emanzipation betont. Inhalt in Bewegung und Theorie ist vorrangig das asymmetrische, gewalthältige Geschlechterverhältnis, dessen Verschränkung mit der ethnischen Zugehörigkeit und/oder sexuellen Orientierung kaum thematisiert wird. Zu kritisieren sind dabei sowohl die Auslassungen der spezifischen Lebenssituationen indigener und lesbischer Frauen und deren spezifischen Gewalterfahrungen, als auch die Marginalisierung ihrer Kämpfe – gesamtgesellschaftlich und im Rahmen des Feminismus. Aus dem Interview mit Margara Millán (vgl. Tuider 2004b) dazu:

„Ein wichtiges Moment in der Auseinandersetzung zwischen Feminismus und Zapatismus war, als einige wichtige Teile des mexikanischen Feminismus sich generell gegen Krieg und damit gegen die zapatistische Bewegung als bewaffnete Bewegung ausgesprochen haben. Die militärischen Strukturen wurden als patriarchal und phallozentrisch und damit konträr zum Feminismus stehende angeklagt.

Aber für die zapatistischen Frauen, die bereit waren zu sterben, weil sie ihre Art zu leben als unwürdig empfanden, war der Vorwurf einer phallozentrischen Logik beizutreten, sehr schwierig. Dieser mexikanische





Fortsetzung Seite 40

„Hauptstadtfeminismus", der sein Nein zum Krieg, sein Nein zum Militär verkündete, ließ den indigenen Frauen, die stolz auf ihr Amt und ihre Beteiligung im Kampf waren, keinen Raum, sich in diesem pazifistischen Feminismus wieder zu finden.

Auch nachdem sich der Zapatismus von einer Waffen- zu einer „Diskursguerilla" verändert hatte, blieben die militärischen Strukturen erhalten und das war und blieb der kritische Punkt. Zusätzliches ungelöstes Problem ist dabei, dass aus dem Feminismus zwar das „Nein zum Krieg und zur bewaffneten Option des Zapatismus" kam, aber kein „Nein zum Krieg des mexikanischen Staates gegen den Zapatismus"." (Millán in Tuider 2004b: 519)

Die zapatistischen Frauen veranschaulichen eine Form des Feminismus, der einer spezifischen Problematik entspringt. Durch die Artikulation und das Auftreten der zapatistischen Frauen musste der Feminismus als weitläufiges, plurales Projekt, im Hinblick auf Ein- und Ausschlüsse neu konzipiert werden. Bis heute bezeichnen sich die indigenen Frauen aber nicht als Feministinnen sondern als *Zapatistas*, weil sie sich mit den feministischen Frauen, die einer anderen sozialen Klasse, einer anderen ökonomischen und kulturellen Situation angehören, nicht identifizieren.

Widerstand als Indikator für zentrale soziale Mechanismen

Als die Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) mit Beginn ihres Aufstands am 1.1.1994 die chiapanekische Provinzmetropole San Cristobal de las Casas einnahm, wurde die Guerilla-Aktion von Ana Maria, einer indigenen Frau, angeführt. Auffallend an der zapatistischen Bewegung war die von Beginn an hohe Beteiligung junger, indigener Frauen in den militärischen Reihen, den Märschen, in den Unterstützungsbasen und den Kooperativen.[7] Aber bereits im März 1993, d. h. ein knappes Jahr vor dem ersten öffentlichen Erscheinen der Guerilla, wurde in den mit den RebellInnen sympathisierenden Gemeinden das „Revolutionäre Frauengesetz" erlassen. Darin werden „mit aller Schärfe Fragen von Modernität, Tradition und Demokratie" (Millán 2000: 208) problematisiert.[8] Ein Jahrzehnt der Selbstorganisation indigener Frauen gipfelte in einem Programm, das als „Aufstand vor dem Aufstand" (Topitas 1994) und als „der vielleicht größte Erfolg der EZLN" (Rovira 1997) bezeichnet worden ist.

Denn die Revolutionären Frauengesetze haben weitreichende soziale Prozesse ausgelöst und langsam einsetzende Veränderungen bewirkt.

„Durch die sehr direkten Forderungen, die einfach wirken mögen, hinterfragen die zapatistischen indigenen Frauen die Grundlagen der patriarchalen Ordnung in den Gemeinden. Sie zeigen auch die Ebenen auf, wo die Gemeinde mit dem mexikanischen Staat und der ihm inhärenten ökonomischen und kulturellen Rationalität zusammenstößt, und verorten gleichzeitig ihren spezifischen Raum als Frauen innerhalb dieser Konfrontation mit der Regierung." (Millán 2000: 204)

Der basale Inhalt der Gesetze – Recht auf freie Partnerwahl, Recht auf körperliche Unversehrtheit etc.[9] – vermittelt nicht nur einen Eindruck davon, unter welchen (ungeheuerlichen) Umständen indigene Frauen vor dieser Bewegung zu leben hatten. Die Inhalte des Revolutionären Frauengesetzes können auch als Indikator für symbolische Gewalt dienen. Denn die Frauengesetze weisen auf das unhinterfragte Funktionieren patriarchaler Strukturen hin, die – wie eingangs dargestellt – immer eine bestimmte Verbindung von Männlichkeit und Gewalt beinhalten.

Auslassung II: Lesbische Frauen und homosexuelle Kämpfe

„Überall auf der Welt werden Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung misshandelt, vergewaltigt, inhaftiert, gefoltert und ermordet." (AI 2000: 7) Die Sexualität eines Menschen kann zu spezifischen Gewalterfahrungen führen: Während z. B. in Nicaragua (vgl. AI 2000: 46-47) noch immer eine explizit antihomosexuelle Gesetzgebung vorzufinden ist und im Iran die Tötung von Lesben erlaubt ist, ist Homosexualität in Mexiko nicht illegal.[10] Aber ebenso wie in Chile und in Argentinien ist in Mexiko eine Bestrafung wegen des „Verstoßes gegen die öffentliche Ordnung" gesetzlich verankert. Gewalttätige Übergriffe auf Lesben, Schwule und Transgenders gibt es von staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, Sicherheitskräften und in der Familie. Oft wird von polizeilicher Willkür in Form von Razzien an Szene-Treffpunkten berichtet. Das polizeiliche Eingreifen wird dann als Vorgehen gegen „unmoralisches Verhalten" gerechtfertigt (vgl. AI 2000).

Das *Closet* zu verlassen und – im wahrsten Sinne des Wortes – Gesicht zu zeigen, kann dabei je nach geographischer Einbettung zu gewalttätigen Übergriffen oder „nur" zu hassvollem Sprechen (*hate speech*) führen. Denn homophobe Unterdrückung und Diskriminierung ist immer auch abhängig von der ethnischen und Klassenzugehörigkeit und dem geographischen Ort. Es ist in Mexiko also nicht gleichbedeutend, ob eine Lesbe oder ein Schwuler in der Hauptstadt oder im ländlichen Süden des

Landes lebt.[11] Eine „*Fería del Amor*“ (2004) – mit zahlreichen Ständen zu HIV und Aids, Familienplanung und Schwangerschaftsabbruch, Jugend & Sexualität, innerfamiliäre Gewalt und lesbischer Mutterschaft – sowie der „*marcha lesbica*“ (2003 und 2004)[12] und die „*encuentros lésbico feminista latinoamericano y del caribe*“ sind – anders als in den meisten ländlichen Regionen Mexikos wie auch in vielen Vierteln der Hauptstadt – im Zentrum von Mexiko Stadt ebenso möglich wie der Besuch homosexueller Clubs und Bars in der Zona Rosa.[13]

Die seit den 1980er Jahren veröffentlichten Zeitschriften wie „Del otro lado”, „Las Amantes de la Luna“ (seit 1992), die an der UAM herausgegebene „Ollinhuitzicalli” – sind wesentliche Sprachrohre der Homosexuellenbewegungen.[14] Ihr explizites Anliegen ist es, Information und Netzwerke über die regionalen und nationalen Grenzen hinweg zu schaffen. In diesem Prozess der *visibilidad* geht es auch darum zu zeigen, dass Homosexualität nicht nur ein weißes Gesicht hat, sondern Teil der Geschichte *lateinamerikanischen* Frauen ist.[15] Während in den 1990er Jahren für lesbische Aktivistinnen hauptsächlich eine Bestandsaufnahme zur Situation lesbischer Frauen in Mexiko und Lateinamerika im Vordergrund stand, hat sich das Hauptinteresse Ende der 1990er/Anfang des Jahrhunderts verschoben: Vorträge, Workshops, Videoproduktionen und Märkte dienen Präsentationszwecken, Ziel ist es für die Situation lesbischer Frauen zu sensibilisieren und gegen Lesbophobie anzugehen. Ebenso wie im feministischen Diskurs wird dabei der Begriff der *ciudadania* gewendet in „*ciudadania sexual*“ (conciencia latinoamericana 09/2001: 13).[16] Dabei wird an das Konzept der Menschenrechte, an das Recht auf Gesundheit, auf freie Entscheidung und auf Sicherheit angeknüpft.

Je nach eigener politischer Verortung z. B. als „lesbische Feministinnen“ oder als „radikal autonome Lesben“ werden Bündnisse mit anderen Gruppen eingegangen und Veranstaltungen initiiert. Autonomie und die Unabhängigkeit von politischen Parteien sowie die Kritik an den patriarchal-machistischen Strukturen der Schwulenbewegungen werden z. B. von Mariana Ocaña (2003: 5), Mitarbeiterin der Zeitschrift *LezVoz* für eine autonome Lesbenbewegung gefordert. Andere Gruppen, z. B. „Las Amantes de la Luna“ sind erst im Kontext einer sich etablierenden schwulen Zeitschrift entstanden. Die Zusammenarbeit lesbischer, schwuler und feministischer Gruppen zu den Themen Geschlecht, Frauen, sexuelle Diversität, Gewalt und Prävention trägt also sowohl identitäts- als auch bündnispolitische Züge. Und es ist letztlich auch eine Frage bzw. Notwendigkeit der mangelnden finanziellen Unterstützung sowohl von Seiten des Staates als auch ausländischer NGOs warum und wie sich Kooperationen ergeben.

Fassen wir nun die wichtigsten Punkte der mexikanischen Frauenbewegungen zusammen, so lässt sich feststellen, dass

- indigene Frauen zu Klientinnen der feministischen Programme gemacht und die Kämpfe der zapatistischen Frauen dabei negiert oder abgewertet werden;
- das Thema Homosexualität innerhalb der feministischen Bewegungen kaum eine Rolle spielt;
- Gewalt an Frauen vorwiegend in heterosexuellen Beziehungen thematisiert wird;
- der Fokus auf familiäre oder häusliche Gewalt lesbische Lebenswelten kategorisch ausschließt. Indigene Frauen fallen zwar in die fokussierte Kategorie, ihre besonderen Lebensumstände (vom frühen Aufstehen über die Vielfachbelastung bis zur strukturellen Unmöglichkeit zur Selbstständigkeit) werden aber kaum berücksichtigt.
- der gesetzliche Fokus auf direkte physische Gewalt einerseits feministische Forderungen durchsetzte, andererseits aber neue Ausblendungen produziert: die Erfahrungen und Kämpfe indigener und lesbischer Frauen.
- indem der Schwerpunkt auf den physischen Gewaltaspekt gelegt wird, physische und institutionelle Strukturen vernachlässigt werden.

Auslassung III: Strukturelle Gewalt

Der Fokus auf direkte physische Gewalt und die daraus folgende Schaffung rechtlicher Straftatbestände (Erweiterung der Definition von Vergewaltigung, sexuelle Belästigung, etc.) ist ein Erfolg feministischer Bewegungen bzw. Forderungen und macht konkrete Anklagen möglich. Andererseits lenken diese Erfolge aber auch ab von der strukturellen Gewalt, denen Frauen – in ganz unterschiedlichen Ausmaßen und Formen, je nach sozialer Lage, ethnischer Zugehörigkeit und/oder sexueller Präferenz – ausgesetzt sind.

Plädoyer für einen weiten Gewaltbegriff angesichts neoliberaler Realitäten

Der französische Soziologe Pierre Bourdieu (2005) hat in „Die männliche Herrschaft“ darauf hingewiesen, dass die soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern durch „symbolische Gewalt“ gestützt, aufrechterhalten und reproduziert wird.[17] Er meint damit, dass die besondere Form der symbolischen Gewalt nicht auf Repression oder auf bewusster Zustimmung beruht, sondern sie fußt auf habituellen Wahrnehmungs-, Bewertungs- und Hand-

lungsschemata. Symbolische Gewalt sei folglich nur zu begreifen, indem man „die Alternative von Nötigung (durch Kräfte) und Zustimmung (zu Gründen), von mechanischem Zwang und willentlicher, freier, überlegter, ja kalkulierter Unterwerfung überwindet." (Bourdieu 2005: 70)

Weil auch Leidenschaften und Emotionen auf einer „somatisierten sozialen Beziehung" (Bourdieu 2005: 72) beruhen, sind sie nicht durch bewusste Willensakte allein aufzuheben. Bourdieu wendet sich hier ein weiteres Mal gegen jene Politik, die ausgehend von Marx´ und insbesondere von Lukács Rede vom „falschen Bewusstsein" auf die „Bewusstwerdung" der Unterdrückten zielt und hofft. Denn die symbolische Herrschaft sei weniger eine bewusste Konstruktion als vielmehr der Effekt eines Vermögens, Dispositionen und Wahrnehmungsschemata zu schaffen, die für sie empfänglich machen und sie in das Innerste der Körper einprägen. „Das Fundament der symbolischen Gewalt liegt ja nicht in einem mystifizierten Bewußtsein, das es nur aufzuklären gälte", so Bourdieu, „sondern in Dispositionen, die an die Herrschaftsstrukturen, ihr Produkt, angepaßt sind." (Bourdieu 2005: 77) Allein die Umgestaltung der Produktionsbedingungen der Dispositionen könne demnach eine gesellschaftliche Veränderung herbeiführen.

Auch wenn in Bourdieus Modell die Möglichkeiten vielleicht als zu gering eingeschätzt werden, diese Produktionsbedingungen der Dispositionen zu verändern – sprich widerständige Praktiken zu entwickeln –, ist doch sein Beharren auf der Dimension symbolischer Gewalt von großer Bedeutung für das Verständnis gegenwärtiger Geschlechterverhältnisse. Denn Bourdieu verdeutlicht, dass Gewalt in die psychischen und sozialen Strukturen einer Gesellschaft eingelassen ist, ihr „Unbewusstes" ausmacht. [18] In einer zeitdiagnostischen Sicht bezieht sich auch die Politikwissenschaftlerin Birgit Sauer auf Bourdieu. Sie betont, dass Bourdieu ebenso wie Michel Foucault angesichts der vielfältig wirksamen Politiken der Privatisierung eine „Restrukturierung symbolischer Gewalt" (Sauer 2005: 203) als zentralen Aspekt des neoliberalen Umbaus des Staates ausmacht. Auch wenn diese Mechanismen, die von Foucault als Gouvernementalisierung des Staates beschrieben werden und auf die ökonomische Selbststeuerung der Individuen zielen, nicht unbedingt grundsätzlich neu sind, zumindest für Frauen nicht, stellt Sauer neue „Unsicherheitsregime" (Sauer 2005: 203) heraus. Diese Unsicherheitsregime haben laut Sauer auch „neue geschlechtsspezifische Gewaltsignaturen".

Sauer widmet sich grundsätzlich der Transformation von Gewalt bzw. Gewaltstrukturen in der Moderne. Gewaltabwehr und Sicherheit vor Gewalt, die der Staat garantieren sollte, seien für Frauen nie durchgesetzt worden. Die Frauenforschung habe gezeigt, dass das staatliche Gewaltmonopol die Beziehungen von Männern schützt und regelt. Aber das staatliche Gewaltmonopol sichert Frauen nicht gegen die Gewalt und Abhängigkeit, denen sie durch das herrschende Geschlechterverhältnis ausgesetzt sind. „Die *systematische Unsicherheit* der Frauen ist eine dem Staate immanente Form von Gewalt." (Sauer 2005: 199) Grundlage der Argumentation ist, dass schon im keynesianischen Wohlfahrtsstaat Frauen nicht nur qua Geschlecht benachteiligt waren, sondern das „Frausein" auch als Risiko konstruiert wurde, das von sozialstaatlichen Arrangements angeblich nicht abzusichern war. Modell für Selbstbestimmung war immer der Mann, Frauen wurden als abhängig und schützenswert bestimmt. Die Zuständigkeit für diesen Schutz musste der Staat erst gegen die Gruppe der Väter und Ehemänner durchsetzen: Die Durchsetzung des Gewaltmonopols bis in den vermeintlich privaten Bereich des Hauses (in dem der „Familienvorstand" herrscht), muss also in Bezug auf Gewalt als Errungenschaft gewertet werden. Sauer diskutiert die Umstrukturierung des fordistischen Nationalstaates hinsichtlich ihrer geschlechtsspezifischen Gewaltpotenziale. Ihre These ist dabei, „dass die aktuellen [neoliberalen] Veränderungen von Staatlichkeit dazu beitragen, die im keynesianischen Wohlfahrtsstaat in Teilen zurückgedrängten geschlechtsspezifischen Gewaltverhältnissen wieder in den Alltag von Frauen einbrechen zu lassen." (Sauer 2005: 200) Sauer gebraucht dabei ausdrücklich einen weiten Gewaltbegriff, der nicht nur körperliche Versehrung betrifft, sondern auch soziale, reproduktive und politische Unsicherheiten erfasst. Ihrem Verständnis folgend können wir nun Gewalt als in die „Organisation und Ordnung von Gesellschaft, also in Staat und Politik, (…) eingelagert und abgesichert" (Sauer 2005: 201) erfassen.[19] Ausschluss, Marginalisierung und Benachteiligung sind dabei Formen institutioneller Gewalt, von denen Frauen in besonderer Weise betroffen sind. In Mexiko betrifft dies besonders auch die Lebenssituation indigener und lesbischer Frauen; Ihre Kämpfe werden – wie wir dargestellt haben – auch innerhalb emanzipatorischer Bewegungen wenig berücksichtigt.

Die Zentralität der Bewegungen an den Rändern

Die von Birgit Sauer so genannten „Unsicherheitsregime" sind einerseits als neue, durch neoliberale Politiken ausgelöste Form der strukturellen Gewalt gegen Frauen zu verstehen, basieren andererseits aber auch auf der Reaktivierung alter, traditioneller Unsicherheiten. Ausgehend von *speziellen*

gesellschaftlich marginalisierten Positionen – nämlich ethnischen und geschlechtlichen – machen die Kämpfe indigener und lesbischer Frauen auf beide Ebenen dieser *allgemeinen* strukturellen Gewalt aufmerksam. Das soll im Folgenden kurz an vier Punkten ausgeführt werden, die Sauer als zentrale Gewaltsignaturen der Unsicherheitsregime ausmacht:

1. Der neue Gesellschaftsvertrag, der durch die Transformation des „Sicherheits- zum Wettbewerbsstaat" (Joachim Hirsch) entsteht, basiert wie der alte auf der unbezahlten Arbeit von Frauen. „Die neoliberale Deregulierung, Entstaatlichung bzw. Privatisierung von sozialer Sicherheit lösen staatlich institutionalisierte Gewaltverhältnisse nicht auf, sondern rekonfigurieren sie im Kontext eines marktradikalen und wettbewerbszentrierten Diskurses, neuen Formen unterlassener Sicherheit und mithin von Gewalt […]." (Sauer 2005: 204) Die Nicht-Umsetzung der geforderten Selbstregierung wird mit Ausschluss bestraft. Die Kämpfe der indigenen Frauen in der EZLN beziehen sich direkt auf diesen Aspekt der unbezahlten Arbeit – Punkt zwei des Revolutionären Frauengesetzes lautet: „Die Frauen haben das Recht zu arbeiten und das Recht auf einen gerechten Lohn" – so wie auch lesbische Aktivistinnen durch ihre Ablehnung des klassischen Familienmodells diesen Aspekt des Unsicherheitsregimes implizit anprangern.

2. Es kommt zu einer „Rekonfiguration von geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung im Verdichtungsfeld von Klasse und Ethnizität" (Sauer 2005: 205), weil Frauen als „Unternehmerinnen ihrer selbst" (Pühl 2003) einer mehrfachen Überbelastung ausgesetzt sind. Die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse betrifft Frauen in besonderer Weise, die Ausbreitung von Teilzeitbeschäftigungen verhindert selbstbestimmtes Leben, weil zusätzliche Einkommen notwendig werden. Hinsichtlich der Situation in Mexiko ist Sauer hier insofern zu ergänzen, als dass vormals typisch weibliche Aufgaben von Herd-Heim-Kinder oftmals an die ethnisierte Bedienstete abgegeben werden und sich so ein Verhältnis von „Herrin und Magd" (vgl. Young 2000) in der Schicht der emanzipierten Mittelschichtsfrauen (re)etabliert.[20] Indem der fünfte Artikel des Revolutionären Frauengesetzes das Recht auf gesundheitliche und ernährungsmäßige Mindestversorgung einklagt, wird aus der Position der ethnisch anders Markierten zugleich deren spezifische – die hier sogar Sauer etwas aus den Augen zu verlieren scheint –, als auch die allgemeine Prekarität von Frauen thematisiert.

3. Die Aushöhlung der sozialen Sicherungssysteme untergräbt das staatliche Gewaltmonopol in intimen Beziehungen erneut, d. h. Frauen werden wieder abhängiger und oft in gewaltgeprägten Beziehungen gehalten bzw. in diese zurückgedrängt. Die Rückverteilung der Verantwortung für Sicherheit in private Hände personalisiert auch die Verfügungsgewalt über die Sicherheit. Die basisdemokratische, kollektive Organisierung der indigenen Gemeinden stellt ein Gegenmodell zur Privatisierung der Sicherheit dar, das entscheidend von indigenen Frauen mitgetragen wird. Lesbische Politiken haben sich von jeher gegen die auf weibliche Abhängigkeit beruhenden Beziehungsstrukturen gewandt und damit das soziale „soziale Sicherungssystem: Ehemann" wesentlich kritisiert.

4. Die Gesetze gegen häusliche Gewalt, die in den letzten Jahren erlassen worden sind, schätzt Sauer als äußerst ambivalent ein: Sie verschieben das staatliche Handeln auf das Nach der physischen Gewalt, anstatt Vorsorge zu betreiben, und gliedern sich somit ein in eine „Aufwertung polizeilicher Macht" (Sauer 2005: 206). „Die Skandalisierung von Männergewalt gegen Frauen wird so instrumentalisierbar für den kontrollierenden und disziplinierenden und sein Machtmonopol durchsetzenden Staat." (Sauer 2005: 206) In diesem Diskurs habe die Idee des *Empowerment* von Frauen keinen Platz, Frauen bleiben Opfer. Auch in der Rede von „häuslicher Gewalt" (statt von Gewalt gegen Frauen zu sprechen) zeigt sich eine Negation der Herrschaftsstrukturen in den Geschlechterverhältnissen.

Mit dem von den Frauen in den zapatistischen Gemeinden durchgesetzten Alkoholverbot wurde die Problematik der „häuslichen Gewalt" entpersonalisiert und als gesellschaftliches Problem von Gewalt gegen Frauen benannt, das nur durch kollektive Regelungen zu bewältigen ist.[21] Auch hier verweisen die Kämpfe indigener Frauen also auf strukturelle Gewalt gegen Frauen. Hingegen sind Gewaltangriffe aufgrund sexueller – aber auch geschlechtlicher – Nonkonformität nicht nur in Mexiko weder in Gesetzestexten noch in den Sozialen Bewegungen ein Thema. Lesbischer Aktivismus ist deswegen auch ein Kampf gegen Homo- und Lesbophobie, und mithin oftmals auch ein Kampf gegen die heteronormativen gesellschaftlichen Strukturen.

Schlussbemerkungen

Freiheit von diversen Gewaltformen in öffentlichen und in privaten Räumen fungiert seit der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking als die zentrale Forderung der internationalen Frauenbewegung. In der Umsetzung der damit einhergehenden, auch für die lateinamerikanischen Frauenbewegungen zentralen, *Empowerment*strategie verschob sich aber

der Fokus von der „Selbstbestimmung der Frau" auf „Frauen als Individuen" und ihre „aktive Partizipation" geriet zur diskursiven Notwendigkeit. Die 1990er sind, so Pühl und Schultz (2001: 108), „von einem liberalistischen Rückzug feministischer Forderungen auf die Maxime der individuellen Selbstbestimmung geprägt". Die Kosten der Konsenspolitik zeigten sich in erster Linie an der Übernahme kritischer Begriffe aus Sozialen Bewegungen in die politische Rhetorik wie beispielsweise des *Empowerment*-Begriffs, der „weichgespült und seiner herrschaftskritischen Substanz entkernt wurde" (Wichterich 2003: 79). *Empowert*, bewusstseinsgeschult, kompetenzerweitert und zu politischen AkteurInnen gemacht, sind die GewinnerInnen die mittelschichtsgeprägten NGO-Feministinnen; die VerliererInnen eine wachsende Mehrheit „ökonomisch Untauglicher", die ihre Freiheiten nicht zu nutzen verstünden und es vermeintlich an Initiative und Flexibilität fehlen lassen: vor allem indigene, aber auch lesbische Frauen. Diskriminierung und die Erfahrung von Gewalt erscheint darin als individuelles und selbst verschuldetes Problem.

Gegen diesen, von etablierten Feministinnen übernommenen Diskurs der Individualisierung und Privatisierung haben sich in den vergangenen Jahren sowohl lesbische als auch indigene Aktivistinnen formiert. In ihren Kämpfen geht es allerdings nicht nur um ihre eigenen, „partikularen" Anliegen, sondern sie verweisen – wie wir hoffentlich zeigen konnten – auf generelle und keineswegs aufgelöste Formen struktureller Gewalt.

E-Mail: e.tuider@web.de
petzos@yahoo.de

Literatur:

AI (Dinkelberg, Wolfgang, Eva Gundermann, Kerstin Hanenkamp und Claudia Koltzenburg) 2000 (Hg.): Das Schweigen brechen. Menschenrechtsverletzungen aufgrund sexueller Orientierung, 2. Auflage, Berlin.

Azuela González, Mariano 1942: Los de abajo: Novela de la Revolución Mexicana. New York

Bourdieu, Pierre 2005: Die männliche Herrschaft, Frankfurt a. M.

Conciencia latinoamericana 2001: Sexualidades, México, Vol. XIII, No. 3.

Kastner, Jens 2005: Staat und kulturelle Produktion. Ethnizität als symbolische Klassifikation und gewaltgenerierte Existenzweise, in: Schultze, Michael, Jörg Meyer, Britta Krause und Dietmar Fricke (Hg.): Diskurse der Gewalt – Gewalt der Diskurse, Frankfurt a. M./ Berlin/ Bern/ Brüssel/ New York/ Oxford/ Wien, S.113-126.

Küppers, Gabriele 2000: In Bewegung geraten. Frauen und Feminismus in Lateinamerika. In: Geschlecht und Macht, Lateinamerika Jahrbuch 24, Münster, S. 17-37.

Lang, Miriam 2001: „Alltagsdemokratie und Alltagsgewalt. Neue Herausforderungen für Diskurs und Praxis der Mexikanischen Frauenbewegung". In: Beharren auf Demokratie. Lateinamerika Jahrbuch 25, Münster, S. 116-136.

Lang, Miriam 2002a: Gewalt und Geschlecht in Mexiko. Strategien zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen im Modernisierungsprozeß, Münster.

Lang, Miriam 2002b: Frauen handeln. Hauptsache Macht. Ist der Feminismus noch eine subversive Kraft oder längst ein Bestandteil der neoliberalen Herrschaftsstrukturen? Das Beispiel Mexiko zeigt die Widersprüche feministischer Praxis, in: Jungle World, Berlin, Nr. 04/2002, 16.01.2002, S. 15.

Lang, Miriam 2005: Der Fortschritt ist ein Schneckenhaus. Die vor zwei Jahren von der südmexikanischen Guerilla EZLN gegründeten regionalen Autonomiezentren gelten als wichtigste Errungenschaft des zapatistischen Kampfes, sie sind auch Vorbilder für andere indigene Gruppen. Wie funktioniert die Selbstverwaltung im lakandonischen Urwald?, in: Jungle World, Nr. 31, 03.August 2005, S. 28-31.

Millán, Márgara 2000: „Indigene Frauen in der neuen Politik", in: Brand, Ulrich und Ana E. Cecena (Hg.): Reflexionen einer Rebellion. „Chiapas" und ein neues Politikverständnis, Münster, S. 198-215.

Monsiváis, Carlos 1986: De la construcción de la sensibilidad femenina, in: fem, Nr. 43, S. 14-18.

Ocaña, Mariana P. 2003: Solo mujeres relato de la 1a marecha lésbica, in: Lez Voz, México, Vol. II, No. 26, Sept./Oct. 2003.

Potthast, Barbara 2003: Von Müttern und Machos. Eine Geschichte der Frauen Lateinamerikas, Wuppertal.

Pühl, Katharina 2003: Der Bericht der Hartzkommission und die `Unternehmerin ihrer selbst´: Geschlechterverhältnisse, Gouvernementalität und Geschlecht, in: Pieper, Marianne und Encarnación Gutiérrez Rodríguez (Hg.): Gouvernementalität und Subjektivität, Frankfurt a. M./New York, S. 111-135.

Pühl, Katharina und Susanne Schultz 2001: Gouvernementalität und Geschlecht, in: Hess, Sabine und Ramona Lenz (Hg.): Geschlecht und Globalisierung. Ein kulturwissenschaftlicher Streifzug durch transnationale Räume, Königstein/Taunus, S.102-127.

Rovira, Guiomar 1997: Revolution der Sitten. Der vielleicht größte Erfolg der EZLN: Die Zersetzung der patriarchalen Strukturen in den indigenen Gemeinden, in: Jungle World, Berlin, Nr. 33, S. 18.

Sauer, Birgit 2005: Gewaltige Reformen – Neoliberalismus und Gewalt gegen Frauen, in: Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften, Nr. 263, Berlin, 47. Jg., Heft 5/6 2005, S. 199-208.

Subcomandante Marcos 2004: Ein gelesenes Video. Teil II – Über zwei Mängel und einige, die keine sind, in: http://www.free.de/bankrott/basta/c20040823.html (09.08.2005)

Topitas (Hg) 1994: Ya Basta! Der Aufstand der Zapatistas, Hamburg.

Tuider, Elisabeth 2004a: „‚Estamos en diferentes lugares'. Feministische Identität & Gouvernementalität am Beispiel der mexikanischen Frauenbewegungen", in: Kaltmeier, Olaf, Jens Kastner und Elisabeth Tuider (Hg.): Neoliberalismus – Autonomie – Widerstand. Soziale Bewegungen in Lateinamerika, Münster, S.157-183.

Tuider, Elisabeth 2004b: „Das Fleisch des Diskurses". Zum Verhältnis von feministischer und zapatistischer Bewegung. In: Peripherie, 24. Jg., Dez. 2004, S. 515-521.

Wichterich, Christa 2003: Femme global. Globalisierung ist nicht geschlechtsneutral. Attac Basis Texte 7, Hamburg.

Young, Brigitte 2000: Die Herrin und die Magd. Globalisierung und die Re-konstruktion von ´class, gender and race´, in: Widerspruch. Globalisierung und Widerstand, Zürich, Heft 38, S. 47-61.

Anmerkungen:

1 Die Bezeichnung „soldadera“ ist auf das spanische „soldada“ also den Lohn oder Wehrsold zurückzuführen.

2 Es ist nicht gesichert, ob Adelita tatsächlich existierte oder nur eine Legende ist. Ihr richtiger, bürgerlicher Name war wahrscheinlich Altagracia Martinez und obwohl sie aus der Oberschicht von Mexiko-Stadt stammte, sympatisierte sie trotzdem mit der Revolution. Unabhängig davon wird die Bezeichnung Adelita heute als Synonym für alle soldaderas angewandt.

3 Caudillaje leitet sich vom Spanischen caudillo, Oberhaupt oder Heerführer, ab. Die caudillaje bezeichnet in Lateinamerika nicht nur im engeren Sinne die Machtmechanismen der Militärdiktaturen in den 1970er Jahren, sondern auch in einem weiteren Verständnis sämtliche durch männerbündische Strukturen und auf einen dominanten Patriarchen ausgerichteten politischen Kulturen.

4 1991 wurde die juristische Definition von Vergewaltigung erweitert, das Strafmaß erhöht sowie der Straftatbestand der sexuellen Belästigung eingeführt. 1996 und 1997 wurden spezielle Gesetze gegen Gewalt in der Familie erlassen und Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe gestellt. Um die Jahrtausendwende kam es dann auf zivilrechtlicher Ebene zur Reformation der Scheidungsverfahren und der Schutzmaßnahmen für misshandelte Frauen. Im Zuge dessen wurden Therapie- und Beratungszentren sowie ein Frauenhaus (in Mexiko Stadt) eingerichtet. (vgl. Lang 2001: 118 sowie Lang 2002: 88-89)

5 Gemäß dem Motto: Das Private ist Politisch!

6 Nicht nur der Kampf zwischen Männern und Frauen, sondern die Diskussion um Demokratie und Staatbürgerschaftskonzepte, der Weg zu Chancengleichheit, Partizipation und Demokratie standen im Mittelpunkt.

7 Auffallend ist, dass die paritätische Verteilung auf der Basisebene, z. B. bei der Beteilung an den Consultas (1995, 1999), den nationalen Befragungen, die von der EZLN-Basis hinsichtlich der Zustimmung zu ihren Zielen unternommen wurden, und dem Intergalaktischen Treffen (1996) weitestgehend funktioniert. Auf der Führungsebene hingegen sind von den 23 KommandeurInnen nur vier Frauen. Dennoch scheint gerade innerhalb der militärischen Struktur der Guerilla der Frauenanteil immer noch wesentlich höher als in den 2003 neu geschaffenen zivilen Verwaltungseinheiten, den Juntas de Buen Gobierno (Räte der Guten Regierung). Der Sprecher der EZLN, Subcomandante Marcos (2004) erklärte im zweiten Teil seines Textes „Ein Video lesen“, „dass ein Mangel, den wir schon seit langer Zeit mit uns herumschleppen, die Stellung der Frauen betrifft. Die Einbeziehung der Frauen an den Aufgaben der Organisation ist immer noch gering, und in den autonomen Räten und den JBG praktisch nicht vorhanden. Während der Prozentsatz der Frauenbeteiligung an den Geheimen Revolutionären Indigenen Komitees zwischen 33% und 40% liegt, sind es in den autonomen Räten und den Juntas der Guten Regierung durchschnittlich weniger als 1%.“ Ein Jahr später hat sich dieser Anteil offenbar schon etwas erhöht (vgl. Lang 2005).

8 „ Die zehn Punkte des Revolutionären Frauengesetzes sind normative Rechte der Frauen. Sie beziehen sich auf verschiedene Ebenen: das Recht auf politische Partizipation und auf die Übernahme politischer Posten innerhalb der Organisation (...) [und] (...) innerhalb der Gemeinden, das Recht auf Arbeit, Bildung und Gesundheit, das Recht auf physische Integrität und das Recht, über ihren eige nen Körper zu entscheiden.“ (Millán 2000: 205)

9 Auf Deutsch beispielsweise nachzulesen unter http://www.npla.de/poonal/p134.htm (12.03.2007)

10 Die Definition als „Gefahr für die Gesellschaft“ ermöglicht in Venezuela polizeiliches Aufgreifen und Gefängnis; Die „Bewahrung der öffentlichen Ordnung“ dient auch in Kolumbien als Vorwand Todesschwadronen zur limpieza social (Säuberung der Gesellschaft) loszuschicken.

11 Obwohl auch in Mexiko Stadt jeden 3. Tag ein Schwuler umgebracht wird (vgl. www.sergay.com.mx/redseguridad.shtm)

12 An der ersten Lesbendemo in Mexiko Stadt – „nur für Frauen“ – haben ca. 2500 Frauen teilgenommen (vgl. Ocaña 2003: 6)

13 Dies ist das Fazit eigener Forschungen in den jeweiligen Landesteilen, aber auch Ergebnis aus den ExpertInneninterviews, v.a. mit Interview mit Cecilia Riquelme, Begründerin von „Las Amantes de la Luna“, in Mexiko Stadt am 18. August 2004.

14 1996 entstand die eher separatistische agierende lesbische Zeitschrift „les voz“, deren Untertitel Programm ist: „solo mujeres para mujeres“.

15 Vgl. Interview mit Cecilia Riquelme, Begründerin von „Las Amantes de la Luna“, in Mexiko Stadt am 18. August 2004.

16 Weil sexuelle Identitäten, Orientierungen, Optionen und Praktiken als zentral für das individuelle wie kollektive Leben betrachtet werden, fordern (lesbisch-queere) Feministinnen eine Explizitheit der Sexualität bei Menschenrechten und Konzepten der BürgerInnenschaft.

17 Bourdieu räumt zunächst zwei Missverständnisse hinsichtlich seines Begriffs der symbolischen Gewalt aus: Erstens versteht Bourdieu das Adjektiv „symbolisch“ nicht als Gegensatz zu „real“, meint damit auch keine rein „geistigen“ Angelegenheiten und verharmlost deshalb auch nicht die physische Gewalt (sondern ergänzt die Wahrnehmung dieser). Zweitens versucht er gerade nicht, den Mythos des „ewig Weiblichen“ fortzuschreiben, da er die patriarchalen Herrschaftsstrukturen als „das Produkt einer unablässigen (also geschichtlichen) Reproduktionsarbeit“ (Bourdieu 2005: 65) ausmacht, an der Institutionen wie auch einzelne AkteurInnen beteiligt sind.

18 Zur strukturellen Dimension von Gewalt in Bezug auf Ethnizität vgl. Kastner 2005.

19 „Um die Vielfältigkeit von Bedrohungs- und Unsicherheitsverhältnissen von Frauen analytisch in den Blick zu bekommen, scheint mir ein `weiter´ Gewaltbegriff unabdingbar: Ökonomische Unsicherheit und Ausbeutung durch geschlechtlich segregierte Arbeitsmärkte, niedrige Frauenlöhne und Benachteiligung im System sozialer Sicherheit, soziale Unsicherheit durch die gesellschaftliche Abwertung von Fürsorgearbeit, reproduktive Unsicherheit durch Abtreibungsbeschränkungen oder Pränataldiagnostik sowie politische Unsicherheit durch Ausschluss und Marginalisierung sind Formen struktureller und institutioneller Gewalt gegen Frauen.“ (Sauer 2005: 200f.)

20 Dabei gehen wir von einem Verständnis von „Ethnizität als Existenzweise“ (Kastner 2005: 121) aus, die einen real vorhandenen und, wie in diesem Falle, ökonomische und soziale Marginalisierung perpetuierenden Effekt symbolischer Klassifikation bezeichnet.

21 In den von den Zapatistas kontrollierten Gemeinden in Chiapas haben die Frauen als Konsequenz aus der häufigen Verbindung von Alkoholgenuss und Gewalt ein striktes Verbot von Alkohol und anderen Drogen durchgesetzt.

Internet- und Interviewquellen:

www.sergay.com.mx/redseguridad.shtm

http://www.npla.de/poonal/p134.htm (Poonal. Deutsche Ausgabe des wöchentlichen Pressedienstes lateinamerikanischer Agenturen, Nr. 134 vom 14.03.1994

Les VOZ. La revista lésbica de México, para todas las mujeres. Vol.II, No.26, 2003

Interview mit Cecilia Riquelme, Begründerin von „Las Amantes de la Luna“, in Mexiko Stadt am 18. August 2004.

Barbara Eder

From Hard-Core to Post-Porn.

Sex, Gender und der kalte Blick aufs nackte Fleisch

Die Frage nach der Sichtbarkeit von „Sex on the Screen", die die Organisatorin des Wiener Queer Film Festivals *identities* anlässlich der alljährlichen Präsentation eines einstündigen Blocks mit lesbisch- queeren Sexfilmen stellt, scheint schnell beantwortet. „Yes, there' s sex not only on the screen, but *everywhere*" könnte mensch mit Blick auf Alltag und Lebenswelt vorschnell sagen. Oder aber danach fragen ob die im Dienste von Kaufanreizung und Konsumsteigerung zurecht gestutzten und gestählten Körper, die aus Plakatflächen und Werbeinseraten herausragen, überhaupt noch irgend etwas auslösen. Was zeigen die stillgestellten und die bewegten Bilder vom Sex *wirklich* und wovon schweigen sie? Warum finden sich nur so wenige explizit queere *teaser* darunter? Verfehlt der innerhalb der Tradition des pornografischen Films zum Herrensignifikanten der Erregung avancierte „Penis in Aktion" nicht oft genug das Ziel der gelungenen Stimulation? Und warum ermangelt es dem Hardcore-Porno sooft an adäquaten Repräsentanten von und für Lust und Begehren, die den Rekurs aufs Genitale umgänglich machten? Kurzum: Warum fallen sexuelle Phantasien häufig so stereotyp aus?

Das Versprechen des pornografischen Films. Geschichte(n) einer fortschreitenden Enthüllung

Nein, *suchen* muss mensch nicht allzulange nach ihnen, nach den halbverhüllten bis nahezu vollständig entblößten Körpern, die feucht-fröhlich vor sich hinräkeln und von Zeit zu Zeit auch das Tun von etwas ganz anderem andeuten; nein, ein/e besonders ausgeprägte/r VoyeurIn mit verschärften Willen zum Wissen muss heute niemand mehr sein, der den Sex oder besser: seine medialen Repräsentationen am Bildschirm seines/ihres Vertrauens vorfindet. Während das „erotische" Bild den Alltag längst vollständig durchdrungen hat, muss mensch sich beim Wühlen im gesellschaftlichen Bilderarchiv schon ein wenig mehr bemühen, um in den Genuss expliziterer Darstellungen zu kommen. Während Soft-Sex-Sujets in Werbewirtschaft, Mainstream Kino Samstagabendshows von privaten und öffentlichen Kanälen längst zum Kanon etablierter Zeigenormen

gehören, darf Hardcore-Pornos nur sehen, wer einen Ausweis mit opportuner Altersangabe in einer einschlägigen Videothek vorlegen kann: *over eighteen*.

An der gesellschaftlichen Illegitimität beim Gang in Pornokino oder Videothek hat die altersbezogene Freigabe des „heißen" Materials bisher nur wenig geändert. Bei und in den geheimen Gängen „erwischen" lassen will so schnell sich jedoch niemand; ihm oder ihr wäre dies auch dann peinlich, wenn mit der Heimlichkeit der Lust nicht unbedingt die Lust am Heimlichen einhergeht. Und trotzdem: So einfach wie heute war der Weg zum Produkt noch nie. Die strafrechtliche Verfolgung von Pornografie sowie ihre soziale Verbannung in eigens dazu geschaffene Exklusiv-Räume erscheint heute passé. Auch „ausgefalleneres" Material hat im Sortiment längst Platz. Heute muss sich niemand mehr Stielaugen wachsen lassen, der/die an SM-Darstellungen, Fetisch-Events oder gleichgeschlechtlichen Handlungen interessiert ist. Zusätzlich dazu haben auch Arthouse-Film und Mainstream Kino[1] sich längst an jene imaginären Orte vorgewagt, die vormals einem ins gesellschaftliche Off abgedrängten „Schmuddelgenre" vorbehalten blieben.

Vom liberalisierten Umgang mit Pornografie profitiert heute vor allem auch die Kundin. Während der Konsum pornografischer Filme noch vor einem Jahrhundert einer exklusiv männlichen Zuschauerschaft vorbehalten war, erhalten Frauen in einigen Porno-Kinos heute sogar ermäßigten Eintritt. Dies stellt ein angenehmes Gleichgewicht zwischen den Geschlechtern her. In der Geschichte des pornografischen Films dominiert die Übermacht des männlichen Blicks nämlich gleich in zweierlei Hinsicht. Es waren nicht nur Männer, die die ersten Pornofilme bzw. deren Vorformen konsumierten; der oftmals *heimliche* Blick des Mannes auf das nackte Fleisch der Frau war selbst Gegenstand der filmischen Darstellung und wird bereits in den *stag films* der 1920er und der 1930er thematisiert. Darin ist zumeist eine Frau beim Akt ihrer Selbstenthüllung zu sehen. Während sie nach und nach ihre Kleider fallen lässt, wird sie von einem männlichen Voyeur *heimlich* dabei beobachtet.[2]

Bereits in dieser filmischen Frühform ist ein Handlungsmuster grundgelegt, das den Pornofilm auch am *advanced level* seiner Entwicklung durchzieht. Entgegen allfälliger Mutmaßungen fungieren Frauen darin nicht etwa als passive Opfer, sondern sind vielmehr Agentinnen von Sex und Verführung. Insbesondere im späteren Hardcore-Porno geschieht die Arbeit an der Erregung nicht einfach nur um ihrer selbst willen oder im Willen der verführenden Frau. Vor dem Hintergrund einer unterstellten Teleologie des Genres sind die Anmach-Szenen in dramaturgischer Hinsicht brisant: Insofern der Hardcore-Porno mit der sichtbaren Ejakulation des Mannes außerhalb der Frau, dem nach Drehschluss extra bezahlten *money shot*, endet, fungiert die verführende Frau auch als Instrument zur Produktion sexuellen Mehr-Werts: Sie ist den kommenden Männern beim Einbringen von Extra- Einkünften außerordentlich behilflich.

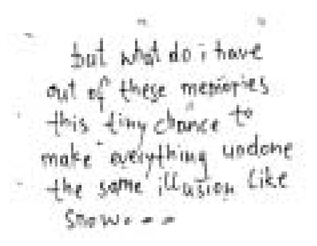
Zurück zur Geschichte des Pornofilms: Was dem *stag film* der 1920er und 1930er an Ton und Geräuschen noch fehlt, wird durch seinen generischen Nachfolger bald ergänzt. Mit Musikuntermalung und weitaus expliziter wurden in den *exploration pictures* ansehnliche Nackedeis beiderlei Geschlechts gezeigt. Der Name dieser Filme ist bezeichnend für das Entwicklungsstadium, in dem sich der pornografische Film in den 1950ern und 1960ern befand. Mit dem direkten Zeigen von „Titten und Ärschen" waren die ProduzentInnen der *exploration pictures* zwar schon außerordentlich explizit, vom hardcorepornografischen Gebot der „Sichtbarkeit" (Williams 1995:82) sind sie jedoch noch weit entfernt.

Der Drang immer mehr sehen zu wollen, wird zum entscheidenden Motor der Entwicklung des Pornofilms. Bei ihren visuellen Entdeckungsreisen von Körpern und Lüsten wurde die Kamera immer zeigefreudiger. Im *beaver film*, der dem *exploration film* in zeitlicher Hinsicht folgt, kann mensch nun auch Frauen und Männer sehen, die zur Gänze unbekleidet sind, im Nachfolgemodell des *split beaver film*s werden erstmals Schamlippen und Penisse in Nahaufnahme gezeigt.

Im *action beaver film*, der dem *split beaver film* folgt, kann mensch erstmals Cunnilingus-Aktivitäten betrachten, die der Zensur wegen ausschließlich zwischen Frauen stattfinden. Diese doch sehr explizit sexuelle Aktion stand jedoch nicht im









und das letzte Bild ist auf Seite 45

Dienste der Sichtbarmachung weiblicher Homosexualität, sondern vielmehr im Zeichen ihrer fortschreitenden Bagatellisierung. Von ZensorInnen als „harmloser“ Akt der „Körperpflege“[3] klassifiziert, oblag die Lesbenszene[4] keinerlei strafrechtlicher Ahndung. Dieses Urteil dient der juridischen Bekräftigung eines heterosexuellen *common sense*; die Feststellung des Gerichts, dass nur der Hetero-Sex ein Sex sein soll, interpretierte das Publikum des Pornofilms der 50er und 60er Jahre jedoch anders: Bei der Klientel des Pornofilms war Erregung nicht zwangsläufig an die imaginäre Spiegelung der eigenen sexuellen Orientierung gebunden.[5]

Augenscheinlich ist es dem Einfallsreichtum des Pornofilm-Genres zu verdanken, dass es neben der obligaten Lesbenszene auch noch andere Wege fand, um viel zu zeigen und dennoch „unbeschnitten“ zu bleiben. Aufgrund seines vermeintlichen Informationsauftrags eignete sich der Dokumentarfilm hervorragend zu diesem Zweck. „Dokumentarische“ „Sexfilme“ verwendeten Filmmaterial, das aus heutiger Sicht als Hardcore-Material zu klassifizieren ist; da es sich dabei jedoch um Beobachtungen zweiter Ordnung handelt, wurden so genannte Sexdokumentationen nicht zensiert: Dänische Produktionen wie „Dansk Sexualitet“ aka „Censorship in Denmark or Sexual Freedom in Denmark“ (1970) zeigten zwar explizite Sex-Szenen; indem sie niemals diese selbst, sondern vielmehr deren Darstellung im Rahmen von Sexmessen und Sex-Clubs zeigten, umgingen diese Filme die Zensur. (vgl. Seeßlen 1990: 205)

Eine ähnliche Strategie wurde auch in „Dokumentationen“ angewandt, die den Sex durch einen externen Kommentar auf Distanz brachten. In Gestalt einer Erzählung über den Sex geriet dieser selbst nicht unter Verdacht, zu stimulieren. Obwohl wir spätestens seit Michel Foucault wissen[6], dass der *Rede über den Sex* eine ebenso erregende Funktion zukommen kann wie seiner bildhaften Darstellung, insistierten die MacherInnen so genannter Sex-Aufklärungsfilme auf die dokumentarische Funktion. Das in der Rede *über den Sex* erzeugte Erregungspotential konnte so erfolgreich vertuscht werden. Der Interviewer, der jungen Mädchen – Untertitelung: „Manuela, 15“ – qua Befragung einige „heiße“ Details aus ihrem Sexualleben abrang, geriet nicht erst unter Verdacht, die derart ans Tageslicht beförderten „Wahrheiten“ zu ganz anderen Zwecken zu enthüllen. (vgl Seier 2001)

Schon einige Beichtväter mögen daran ihre heimlichen Freuden gehabt haben; Zeigen kann die sexuellen Bilder und Vorstellungen, die während der Rede über den Sex entstehen, erst der vollständig ausgereifte Pornofilm. Mit „Deep Throat“ (USA 1972) kam der erste Hardcore-Porno regulär in die Kinos. In Narration und Darstellungsweise unterscheidet sich dieser gleich in mehrfacher Hinsicht von seinen historischen Vorläufern: „Deep Throat“ besteht nicht etwa aus einer losen Aneinanderreihung von Sex-Nummern, sondern integriert diese erstmals in eine kohärente Handlung. Der erste Hardcore-Film in der Geschichte des Pornos enthält zudem Szenen, die an Explizitheit bisher unübertroffen waren. *Money shot* und *meat shot*, fleischliche Penetration und männliche Ejakulation, die später zu Markenzeichen des Genres wurden, waren erstmals auf der Bildfläche zu sehen.

In „Deep Trought“ steht der *money shot* am Ende einer Handlung, die mit einer voraussetzungsvollen Suche beginnt. Die weibliche Hauptdarstellerin des Films (Linda Lovelace) leidet unter Orgasmusproblemen. Unter Anweisung eines Arztes macht sie sich auf den mit Stolpersteinen gesäten Weg zu ihrem Orgasmus. Währenddessen probiert sie eine Vielzahl an sexuellen Praktiken, darunter Fellatio, Oralverkehr, Sex mit anderen Frauen, S/M und Analverkehr, aus und gelangt letztendlich auch zum ersehnten Ziel. Dieses besteht jedoch nicht im Orgasmus, sondern im Bild vom extern ejakulierenden Penis ihres ärztlichen Freundes und Helfers.

Für den finalen *money shot* hat „Deep Trought“ eine eigentümliche Legitimation parat: Im Vorfeld musste ein Arzt feststellen, dass sich das Lustzentrum seiner Patientin im Mund befindet. Anders als über diesen anatomischen Umweg wäre es nicht plausibel, dass die orale Befriedigung des Mannes durch die Frau auch bei dieser zum erwünschten „Erfolg“ führt. Während die BetrachterIn von Linda Lovelace weder Gesicht noch Genitalien, geschweige denn ihre Klitoris(!) zu sehen bekommt, sieht mensch ihren Freund unaufhörlich kommen. Dass es auch so etwas wie eine Klitoris geben kann, die mit ein wenig Übung auch nicht allzu schwer zu finden ist, scheint nicht zu den bekannteren unter den „nackten Tatsachen“ im Pornoland zu gehören. Aufgrund des männlich dominierten Publikums des Hardcore-Films war diese Tatsache nur bedingt Stein des Anstoßes. Die feministische Filmhistorikerin Linda Williams hat die im Pornokino durch ein Übermaß an phallischer Präsenz erzeugte Asymmetrie indes zu einer höchst brisanten These veranlasst: Williams betrachtet das Kino als einen psychischen, physischen und sozialen Apparat, dem die gesellschaftlich erzeugte und reproduzierte Geschlechterdifferenz mitsamt ihren negativen Konsequenzen für Frauen unmittelbar eingeschrieben ist.[7] Während Männer im Film zumeist als „bearer of the look“ (Laura Mulvey) fungieren, finden Frauen sich analog ihrer gesellschaftlichen Situation

in Form von Objekten von Lust, Begehren und Blick auf der Leinwand wieder. Auch im Pornofilm treten sie nur bedingt als Lustsubjekte auf und selbst wenn sie es tun, tun sie dieses es im Dienste des *money shot*s. Ist das die traurige Wahrheit, die am Ende der Geschichte der visuellen Enthüllung des Körpers steht? Oder kann das auch anders sein? Ist es etwa schon wieder an der Zeit sich auf die Suche nach anderen Darstellungen der Lust von Frauen zu machen? Gibt es die Geschichte einer education sexuelle die nicht im *money shot* endet?

Sendungen mit der Maus. YouPorn und die visuelle Distribution von Fleisch und Fetisch

Seit der Erfindung einer virtuellen Suchmaschine namens YouPorn bleiben mensch die Umwege in einschlägige Kinos und Videotheken erspart. Sehen kann mensch mit Internetanschluss dort nämlich nicht einfach nur Erotikdarstellungen, die sich von so genannten pornografischen Darstellungen durch einen ästhetischen Mehrwert abheben. Erotik, die ihre Reize aus der Einbettung in einen Handlungsstrang sowie durch das gezielte Verschweigen bzw. Verhüllen der nacktesten aller Wahrheiten bezieht, hat bei YouPorn nur beschränkt Platz. Die Suchmaschine hat sich der Darstellung und Verbreitung zeitgemäßer Hardcore Pornografie angenommen. Dass „Du!" es sein könntest, der/die die schlecht blondierte Nachbarin am Nachhausweg überraschst, ist eine Vorstellung, die insbesondere die Amateurpornos auf YouPorn suggerieren[8].

Die dilettantische Kameraführung und die Tennissocken der Darsteller unterstreichen die Identifikationsebene nur, die bereits im Titel der Suchmaschine anklingt: You= Porn= Everybody.

Was die durch YouPorn distribuierten Hardcore-Clips vom narrativen Pornofilm unterscheidet ist die Unmittelbarkeit in der Darstellung sexueller Akte. Der möglichst schnell herbeigeführte *money shot* kommt zumeist schneller als erwartet. Dazu braucht es weder des umständlichen Gangs zum Fahrstuhl oder ins Büro noch des Auftretens eines fingierten Briefträgers. Die ProtagonistInnen kommen möglichst direkt und ohne erzählerische Ausschmückungen „zur Sache". Sex ist dabei nicht einfach Motor einer Handlung; seine Darstellung in Form einer Reihe von getrennt hintereinander abrufbaren Nummern selbst ist das Ziel.[9] Die Synchronisation von Bild, Blick und Erzählung ist perfekt, einer Metaebene, eines spezifischen Spannungsaufbaus mit sukzessivem Übergang zu den einzelnen Akten braucht es dazu nicht.

Anders als verwandte Filmsorten wie erotische Filme, Sex and Crime - Filme, Sexploitation Movies und Fake-Pornos verspricht der YouPorn-Clip seinen KonsumentInnen *alles zu zeigen* und das auch noch sofort. Die Sexualpraktiken sind dabei ebenso wählbar wie beliebig oft abrufbar. Qua Hintereinandersehen kann die YouPorn UserIn sich ihre eigene Nummern-Revue aus Greatest Hits „basteln". Damit reiht YouPorn sich in den Kanon jener Maschinen ein, die den Orgasmus als Automatismus versprechen.

In medientechnologischer Hinsicht funktioniert die Suchmaschine wie eine Prothese, die der BetrachterIn die fehlende Lust auf visuellem Wege zuführt. Ein Clip mit dem Namen „Sybian" ist für diese Vorstellung besonders bezeichnend. Unter Zurhilfename des Sexspielzeugs ‚Sybian' besorgen die Darstellerinnen des gleichnamigen Clips sich die erwünschte Erregung. Dieses besteht aus zwei an einer Sitzbank befestigten Dildos, die durch Stromzufuhr in Gang gesetzt werden. Während die beiden jungen Frauen sich durch die Maschine vergnügen, nehmen drei männliche *couch potatoes*[10] aus sicherer Distanz an ihrem Vergnügen teil. Die o(h)rgasmatischen[11] Schreie bei der Mensch-Maschine-Paarung finden ihr zureichendes Korrelat im Lachen der Frauen und der Männer. Während sie sich küssen und umarmen, versichern die beiden Mädchen den männlichen Zusehern zugleich ihre Heterosexualität[12].

„Entrace only over eighteen" teilt mir die ansonsten doch sehr auskunftsfreudige Suchmaschine Youporn als Antwort auf die Suchbegriffe *rubber sex* und *dildo fuck* mit. Erstaunlich ist das vor allem deshalb, weil mir bisher noch keine Darstellung untergekommen ist, die YouPorn zu ungewöhnlich gewesen wäre. Dort wo Sex zur potentiellen Bedrohung einer zweigeschlechtlichen Ordnung werden kann, verlangt indes auch das Medium, das dieser Tage für die pornografische Neuordnung der abendländischen Liebeskunst sorgt, die Altersangabe.

Obwohl selbst der letzte unbekannte „Perverse" seine geheimste Leidenschaften in ausführlicher Erörterung und endloser Detailanhäufung dem Talkmaster seines Vertrauens gebeichtet hat, gibt es anscheinend doch noch sexuelle Tabus. Was die Bebilderung meines Such-Wunsches betrifft, geizt die ansonsten doch sehr auskunftsbereite Suchmaschine erstmals mit Antworten. Unter den zwei (!) Darstellungen findet sich ein Werbe-Clip für einen Gummi-Laden, bei dem mensch ein Sklavenpärchen in Gummimontur bei einer von Techno-Beats untermalten Fellatio beobachten kann; ein anderer Clip präsentiert die Tortur eines auf seinen Anus reduzierten männlichen Sklaven, dessen Domina denselben qua Einführung eines Spekulums und eines Dildos ausweitet.

Im Vergleich dazu wirken die Clips, die ich auf die Stichworte *gangbang* und *orgi* erhalte, erstaunlich konventionell. Suck, lick, fuck: Rein-Raus in Endlosschleife und in Mehrfachbesetzung, das ist der Ablauf an Handlungen, der den Clips unter der obigen Rubriken folgt. Die gezeigten Körper wirken beliebig oft austausch- und kombinierbar und scheinen nach einem einfachen Reiz-Reaktionsschema zu „kommen". Dies gilt insbesondere auch für die Darstellungen im *gangbang*-Clip. Eine Frau kriecht darin auf Befehl zu einem der zehn in einer Reihe aufgestellten Männer, kniet vor diesem nieder und stimuliert ihn so lange bis er den erwünschten *money shot* abliefert. Der Clip endet mit Blick auf das Gesicht der Frau. Dieses ist am Ende so sehr mit Sperma verklebt, dass sie den finalen Blick gar nicht erst erwidern kann. Das Nicht-Mehr-Sehen der Darstellerin ist der Preis für die Enthüllung des verbotenen Bildes, in dem Gewalt und Sex miteinander verknüpft sind.

Der Mann sagt Hü!, die Frau nicht einmal mehr Hott!. Wenn sie in Hundehaltung niederkniet, hat sich die Frage nach ihrer Lust anscheinend schon erübrigt. Selbst der gut gemeinte Versuch einer Blondine, ihrem „Kameramann einen zu Blasen" endet mit einer unlustigen Einstellung: Nach getaner Arbeit sieht mensch einen *money shot* auf bierbäuchigem Untergrund. Was dann passiert, hat Elfriede Jelinek in ihrem Anti-Porno Lust bereits im Jahr 1989 vorweggenommen: „Der Vater hat einen Haufen Sperma abgeladen, die Frau soll alles ordentlich wegputzen. Was sie nicht aufleckt, muß sie aufwischen gehn." (Jelinek (1989) [1997]: 40)

Die YouPorn Clips wirken insbesondere dort wie der Auszug aus einem Unlustregister, wo nicht einmal mehr ein sarkastischer Blick das schallende Gelächter einer Elfriede Jelinek provozieren kann. Selbst die letzten facialen Anzeichen von Lust verschwinden hinter einer Ansammlung eingetrockneter Spermaladungen. Die durch die Schnitte erzeugte Kopula von Schleim-Gesicht und *money shot* wirft mehr denn je die Frage nach der Unterscheidbarkeit von Menschlichkeit und Monströsität auf. Das pornografische Versprechen, dass es nie zu spät ist miteinander ins Bett zu gehen, endet im Horror des permanenten Verkehrs.

Stellungskrieg. Rape- Revenge, der Horrorfilm und der postpornografische Blick

Eine kleine Reise in die rhizomatischen Verzweigungen von YouPorn zeigt aufs Deutlichste, dass es nichts mehr gibt, was im Reich der repräsentierten Sexualität nicht vorstellbar wäre. An sich ist das allein noch nicht problematisch. Im Gegensatz zu anderen Rauschmitteln ist Porno selbst dann, wenn er in exzessiven Dosen genossen wird, für beiderlei Geschlechter völlig unbedenklich und das Problem der darin reproduzierten Geschlechterstereotypen liesse sich durch fantasiebegabtere Bilder lösen. Die feministische Debatte der 80er und 90er erschöpfte sich dennoch in der pauschalen Verteufelung des Pornofilms. Gefragt wurde dabei freilich nicht danach wie viele Opfer das in Romanzen und Liebesfilmen verklärte Zweisamkeitsideal nach sich gezogen haben mag und auch von den Leiden, die sexuell überhöhte Eigentums- und Verfügungsverhältnisse in die Welt gebracht haben, war dabei nicht die Rede. Die Tode, die ein ausschweifender Sexualhedonismus herbeigeführt hat, sind zu denen im Gefolge einer monogam-heterosexuellen Ehe zahlenmäßig eher gering. Exzess, Nacktheit, Polyamourösität[13] und Zügellosigkeit sind am Porno nicht das Problem. Das Problem ist vielmehr, dass er aufgehört hat anzumachen. [14]

Nicht anders als andere Waren ist auch der Porno ein unter kapitalistischen Bedingungen produziertes Produkt, das seinen Reiz daraus bezieht, nicht zu zeigen, dass hart an ihm gearbeitet wurde.[15] Porno indes ist reine Arbeit am *money shot*. Damit es die Sterntaler regnet, die nach Dienstschluss im Schoß der DarstellerInnen landen, müssen diese monetären Motivationen stets *off scene* bleiben. Lust und Begehren sollen *so echt wie möglich* wirken. Der Produktionsprozess des Begehrens darf infolgedessen nicht zum filmischen Thema werden. Erst am Ende des Films erweisen sich die Zeichen der Lust als das, was sie tatsächlich sind: *bare Münzen*.[16]

Während TheoretikerInnen der Frankfurter Schule den Sex als Projektionsfläche für diverseste gesellschaftspolitische Utopien betrachteten und der entfremdenden Lohnarbeit die Schuld fürs neurotische Sexualleben des Durchschnittsbürgers zuschrieben, sah ein weiterer Theoretiker der Sexualität die Sache um einiges nüchterner. Der französische Theoretiker Michel Foucault betrachtet den Sex nicht als ursprüngliche Triebkraft, die infolge repressiver gesellschaftlicher Mechanismen kanalisiert wurde; der Sex entsteht bei Foucault vielmehr am Kreuzungspunkt hegemonialer Wissens- und Machtbereiche des 19. Jahrhunderts, die den Sex als solchen überhaupt erst konstituieren: „Diese [die Sexualität, Anm. B.E.] ist nämlich nicht als eine Naturgegebenheit zu begreifen, welche niederzuzwingen die Macht sich bemüht, und auch nicht als ein Schattenreich, das das Wissen allmählich zu entschleiern sucht. „Sexualität" ist der Name, den man einem geschichtlichen Dispositiv geben kann. Die Sexualität ist keine zugrunde liegende Realität, die nur schwer zu erfassen ist, sondern ein großes

Oberflächennetz, auf dem sich die Stimulierung der Körper, die Intensivierung der Lüste, die Anreizung zum Diskurs, die Formierung der Erkenntnisse, die Verstärkung der Kontrollen und der Widerstände in einigen großen Wissens- und Machtstrategien miteinander verketten." (Foucault 1983: 125ff.)

Mit Blick auf den Pornofilm lässt sich nur bedingt von einer Unterdrückung des Sexes sprechen. Formen und Artikulationsformen desselben sind vielfältig und ausdifferenziert, der vorhandenen Produktpalette ermangelt es nicht an neuen Bildern. Der Anstrengungen von Phantasie und Erfindungsgeist bedarf es dabei kaum. Die halluzinierte Befreiung endet mit den fesselnden Sprengkräften einer Maschine namens „Sybian". Es gibt nichts mehr zu enthüllen: *Nothing spezial*.

Vor dem Hintergrund der sexuellen Glücksversprechen der 60er und 70er mag deren verspätete Realisierung im Hardcore-Porno schal wirken. Was bleibt sind Fleischbänke, in denen im Takt von Maschinen miteinander kopuliert wird. Weil alles zu sehen ist, hat der Porno nur mehr wenig zu enthüllen. Er zeigt nichts, dass nicht schon längst gezeigt worden wäre. Was gezeigt wird, berührt nicht, macht nicht neugierig und erregt nicht mehr. Die totale Sichtbarkeit wird zur Sackgasse des pornografischen Versprechens, die Lustlosigkeit zur einzig möglichen Reaktion auf die totale Permissivität des „alles schon gewesen".

Die These, dass sich der Porno zunehmend selbst zu dekonstruieren beginnt, hat der Filmtheoretiker Georg Seeßlen anläßlich des Erscheinens von Filmen wie Catherine Breillats „Romance", Virginie Despentes „Baise-moi" und dem Film „Irreversible" des Franko- Canadiers Gaspar Noé in Erwägung gestellt. In diesen Filmen tritt das Dilemma des Pornografischen in voller Blüte zutage. Es ist ein besonders kalter Blick, den die RegisseurInnen des postpornografischen Kinos aufs nackte Fleisch werfen: Wenn die Naheinstellung von Genitalien und Gesicht nichts anderes als Befremden auslöst, erregt das sexuelle Bild nicht länger. Vielmehr beginnt dieses dann in selbstreferentieller Absicht Fragen zu stellen. Es wird, in den Worten Seeßlens, zunehmend unklar, ob das sexuelle Bild „von unserem Überdruss oder von unserm Mangel, von der Unerschöpfbarkeit des Begehrens oder der Erbärmlichkeit der emotionalen und körperlichen Praxis Zeugnis ablegt"(Seeßlen 2003: 408)

Im postpornografischen Kino soll das Publikum nicht mehr erregt oder stimuliert werden. Sex ist nicht länger Anlass für Rausch, Transgression oder Extase, sondern vielmehr eine Reaktion auf die emotionalen und libidinösen Herabsetzungen der filmischen Darstellerinnen. Die gezeigten sexuellen Akte sind stets in ein Soziales eingebettet, das zum eigentlichen Auslöser von Schock und Verstörung wird. Nicht der Sex ist der Skandal, sondern die Umstände, unter denen dieser passiert. In Breillats „Romance" ist es die Zurückweisung durch den narzißtisch verblendeten Freund der Protagonistin, die sie in die Arme von Fesselungsfestischisten und zu exzessiven Akten in Stiegenhäusern treibt, in „Baise-moi" geht der Vergewaltigung zweier Frauen und der darauf folgenden *revenge* die Bevormundung durch Brüder und Freier voraus und in „Irreversible" ist es der koksgeschädigte Freund des Opfers, der dieses noch vor ihrer Vergewaltigung in einer U-Bahnunterführung verbal herabsetzt und in sexueller Hinsicht verachtet. Der Sex geschieht dabei nicht etwa im Dienste der Realisation eines wie auch immer gearteten Begehrens oder im Hinblick auf eine kommende Befreiung; vielmehr ist dieser das letzte Mittel, über das die vergewaltigten, gedemütigten und sozial deklassierten Heldinnen von „Baise-moi" und „Romance" verfügen. Sie haben nichts mehr als ihren Körper und setzen diesen deshalb auch gezielt ein.

Was den im postpornografischen Film dargestellten Vergewaltigungen vorausgeht, ist der ganz normale Wahnsinn, der in der medialen Rezeption keinerlei Beachtung erfahren hat. Breillats vergewaltigte Hauptfigur wurde zum Agens sexueller Entdeckungsfreude stilisiert, „Baise-moi" wanderte aufgrund der Explizitheit der Vergewaltigungsszene vorschnell ins Pornokino ab und dem Regisseur von „Irreversible" wurde Kälte und Mitleidlosigkeit aufgrund der Darstellung einer ungeschnittenen neunminütigen Vergewaltigungsszene vorgeworfen. Dass nicht eigentlich der Sex das Thema dieser Filme ist, sondern vielmehr die Gewalt, die mit sexuellen Aspekten gepaart auftritt, wurde in den Rezeptionsgeschichten der Rape-Revenge-Filme ausgeblendet.

Sieht mensch sich „Romance", „Baise-moi" und „Irreversible" mit Rückgriff auf historische Filmvorlagen an, wird deutlich, dass diese nicht etwa auf das Genre des pornografischen Films rekurrieren sondern vielmehr auf das mit dem Horrorfilm in enger Verbindung stehende *rape revenge movie*. Auge um Auge, Zahn und Zahn- das ist das dramaturgische Grundschema im *rape revenge movie*. „I spit on your grave" (USA 1978) ist einer der ersten Streifen, der die Vergewaltigung einer Frau mit anschließender Rache an den Vergewaltigern kombiniert. Eine junge Frau wird bei ihrem Urlaub in „wilder" Natur von vier Männern brutal vergewaltigt. Im Anschluss daran rächt sie sich, indem sie die an ihr verübte Gewalt systematisch an den Körpern der Vergewaltiger spiegelt. Das Motiv der rohen,

ungehobelten Dorfbevölkerung, die sich in sexueller Hinsicht über Frauen hermacht, findet ein jähes Wiederaufleben in Sam Penckinpahs „Straw Dogs" (USA 1971): Die junge urbane Amy Summer (Susan George) wird von einer Horde Männer eines kleinen englischen Dorfes vergewaltigt, während ihr Freund, ein rationalitätsgläubiger Mathematiker (Dustin Hoffman), sich auf der Jagd befindet. Die Ambivalenz, die in der Vergewaltigungsszene steckt, für einen kurzen Moment ist es nicht mehr klar, ob die vergewaltigte Frau „mitspielt" um schneller freizukommen oder aber das Geschehen tatsächlich genießt, ist bezeichnend für den weiteren Verlauf des Films: Als die marodierende Horde betrunkener Dorfbewohner im zweiten Teil des Films in das Haus des Paares einfällt, kooperiert Amy mit einem ihrer Vergewaltiger. Kurz schenkt sie ihm Vertrauen und überlegt ob sie ihn ins Haus lassen soll.[17]

Das Brüchigwerden der pornografischen Darstellung beginnt dort, wo diese mit Gewaltaspekten verknüpft ist. „Straw Dogs" und „I spit…" beweisen, dass diese Entwicklung bereits in den 70ern anfängt. „Baise-moi" und „Irreversible" stehen in der filmischen Tradition der *rape revenge films* und sind folglich dem Horror näher als der Pornographie, die sich parallel dazu zu einem eigenständigen Genre herausmausert. Die Kombination des *rape revenge movies* mit pornografischen Darstellungen ist nicht nur aufschlussreich für das, was heute Horror heißt, sondern auch ein subtiler Rekurs auf und eine implizite Kritik an den Konventionen des Pornofilms. In „Baise-moi" bemerkt eine der beiden Hauptdarstellerinnen gleich zu Beginn, dass Pornos sie schon lange nicht mehr anmachen. Dem Ende des Films folgt die Pornografisierung des eigenen Lebens. Im *revenge* Teil findet ein von den beiden Hauptdarstellerinnen inszenierter Lebens-Porn statt, der mit dem Tod der einen und dem polizeilichen Gefasstwerden der anderen schließt. Im Gegensatz zum Pornofilm besteht die Lust an diesem selbstinszenierten Realporno nicht im vollzogenen Akt, sondern im fortwährenden *coitus interruptus*: Die beiden jungen Frauen setzen ihren Körper zur Erregung der künftigen Opfer ein. Was folgt ist nicht der Vollzug eines Aktes, sondern vielmehr Mord und Totschlag. Die schießende Waffe wird zum veritablen Ersatz für den *cum shot*. Die *revenge* wird zur einzig möglichen Antwort auf die im Porno reproduzierte männliche Dominanzphantasie.

Die RegisseurInnen von „Baise- moi" und „Romance" beanspruchen oft und gerne fürs sich, die aussagekräftigeren Bilder für das zu haben, was heute Porno heißt. Zwar liefert der *rape revenge film* durchaus plausible Antworten auf die Frage, wie Sex nach dem Phall des Hardcorefilms überhaupt noch dargestellt werden kann. Während die Übersetzung des Pornographischen ins Horror-Genre gelingt, fehlt es dennoch an Filmen und Genres, die das Sexuelle ins Pornographische transformieren können.

Jene Filme, die Sex zeigen und dabei nicht zwangsläufig zum Realhorror zu werden, führen bisweilen noch eine außerordentlich marginalisierte Existenz am Rande des Mainstreams. Zu sehen sind darin männliche, weibliche, transgender und andere Körper, die einander Lust bereiten, sich berühren und zeitweilig auch ineinander eindringen. Sie wissen um das gewalt-tätige Potential, das im Sexuellen schlummert, schaffen es aber dennoch, Bilder von Lust und Begehren glaubwürdig zu transportieren.

Die Gewißheit, dass es ein kritisch-revolutionäres Potential im Umgang mit Körpern und Lüsten geben kann, bewies unter anderem das Filmscreening beim Berliner Post-Porn-Symposion im letzten Jahr. Ein ganz besonders pornographischer Film, in dem viele Geschlechter und viele Sexpraktiken Platz hatten, war bereits 1994 zu sehen. In Monika Treuts „Lets talk about sex" gibt es eine Szene, in der eine Lesbe und eine bisexuelle Frau einen heterosexuellen Mann verführen, der anschließend mit einem Dildo penetriert wird. Dass Frauen Männer mit einem *strap on* ficken, ist in Porno und Mainstream immer noch eine Seltenheit. Den Blick des Mannes beim Anblick des Dildos der lesbischen Frau würde ich gerne öfters sehen- egal ob in Film, Fernsehen oder Pornokino.

E-Mail: a9908961@unet.univie.ac.at







Literatur:

Arcan, Nelly (2002): Hure. Aus dem Französischen von Holger Fock und Sabine Müller. München: C.H. Beck

Clover, Carol J. (1992): "Getting Even". Men, Women and Chainsaws, in: Gender in the Modern Horror Film, Princeton Univ. Press, 114-166

Cornell, Drucilla (1997): Die Versuchung der Pornographie. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Cossman Brenda, Bell Shannon, Gotell Lise, Ross Becki (Hg.Innen) (1997): Bad Attitudes On Trial. Pornography, Feminism And The Butler Decision. Canada: University Of Toronto Press

Easton, Dossie; Liszt, Catherine A. (1997): The Ethical Slut: A giude to infinite sexual possibilities", Greenery Press

Faldbakken, Mathias (2003): The Cocka Hola Company. Skandinavische Misanthropie. München: Blumenbar

Foucault, Michel (1983): Sexualität und Wahrheit. Band 1. Der Wille zum Wissen. Aus dem Französischen von Ulrich Raul und Walter Seitter. Frankfurt/Main: Fischer Taschenbuch Verlag

Gramann, Karola; Koch, Gertrud; Pfletschinger, Bernhard (1981): Lust und Elend: Das erotische Kino. Bucher: München und Luzern

Holzleithner, Elisabeth (1996): Grenzziehungen: Zum Recht der Pornographie, in: Texte zur Kunst : Sexuelle Politik. Köln, Nr. 22, S. 149 -159

Dies. (2001): Das Recht auf Verführung. Pornographie und die De-Stabilisierung geschlecht-licher Identitäten, in: Guth, Doris; Samsonow, Elisabeth von (2001): SexPolitik. Lust zwischen Restriktion und Subversion, Wien: Turia + Kant, S. 41-54

Jelinek, Elfriede (1989 [1997)]: Lust. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt

Koch, Gertrud (1989): Schattenreich der Körper. Zum pornographischen Kino, in: dies. ‚Was ich erbeute, sind Bilder. Zum Diskurs der Geschlechter im Film, Basel / Frankfurt a. M.: Stroemfeld, S. 95 - 121

Dies. (1997): Netzhautsex – Sehen als Akt, in: Vinken, Barbara (Hg.In) (1997): Die nackte Wahrheit. Zur Pornographie und zur Rolle des Obszönen in der Gegenwart, München: DTV, S. 114 - 128

Lessen, M. (1992): Schaulust. Erotik und Pornographie in den Medien. Opladen.

Mulvey, Laura ([1975] 1996): Visual pleasure and Narrative Cinema. In: Dies.(1996): Visual and Other Pleasures. Bloomington [u.a.]: Indiana Univ. Press, S. 14-26

Preciado, Beatriz (2005): Gender And Sex Copyleft und The Intersectional Digital Darkroom in: Volcano, Del La Grace: Sex Works, Tübingen: Konkursbuchverlag

Dies (2004): Kontrasexuelles Manifest, Berlin: b_books

Stüttgen, Tim (2006): „Zehn Fragmente zu einer Kartographie post-pornographischer Politiken" , in: Texte Zur Kunst: Porno, Köln, Nr. 64

Seier, Andrea und Sabine Schicke (2001): Pornographie: Die Fiktion des Authentischen, in: Nach dem Film 02/01. S. 1-6, auch unter: www.nachdemfilm.de/no2

Seeßlen, Georg (1990): Der pornographische Film. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Ullstein

Ders. (1996): Erotik. Die Ästhetik des erotischen Films. Marburg: Schüren

Ders. (2003): Sex. Lexikoneintrag in: Hügel, Hans-Otto (2003): Handbuch Populäre Kultur. Stuttgart: Metzler, S. 403-408

Ders. (2000): „Neue Paradigmen der Pornografie", in: taz, Nr. 6203 vom 27.07.2000, S. 13.

Williams, Linda (1995): Hard Core. Macht, Lust und die Traditionen des pornographischen Films. Aus dem Amerikanischen Englisch von Beate Thill. Frankfurt/Main; Basel: Stroemfeld/ Nexus

Dies. (1996): Die visuelle und körperliche Lust der Pornographie in bewegten Bildern. Ein kurzer historischer Überblick, in: Huber, Jörg; Müller, Alois Martin (1996): Die Wiederkehr des Anderen. Basel und Frankfurt/Main: Stroemfeld/Roter Stern, S. 103-128

Filmografie:

Dansk Sexualitet aka Censorship in Denmark or Sexual Freedom in Denmark (1970, R: Alex de Renzy)
Schulmädchen Report, Teil 1: Was Eltern nicht für möglich halten (BRD 1970, R: Ernst Hofbauer)
Straw Dogs (USA 1971, R: Sam Peckinpah)
Deep Throat (USA 1972, R: Gerard Damiano)
I Spit on your Grave (USA 1978, R: Meir Zarchi)
Lets talk about sex' (D 1994, R:Monika Treut)
Romance (F 1999, R: Catherine Breillat)
Baise-moi (F 2000, R: Virginie Despentes)
Intimacy (D 2001, R: Patrice Chéreau)
Irreversible (F 2002, R: Gaspar Noé)
9 Songs (UK 2004, R: Michael Winterbottom)
Ken Park (USA 2005, R: Larry Clark)
Thanx to www.youporn.com

Anmerkungen:

1 Seit Beginn der 1990er Jahre ist die Anzahl der Arthouse- und Mainstreamfilme kontinuierlich im Steigen begriffen, die Sexszenen in ihren Darstellungshaushalt integrieren. Catherine Breillats „Romance", Virginie Despentes „Baise moi" (Fick mich!), Michael Winterbottoms „9 Songs" und Patrice Chéreaus „Intimacy" haben die Grenzen dessen, was im Mainstream noch als zeigbar gilt, ernsthaft verschoben. Qua pornographischer Infiltrierung desselben ist die Aufrechterhaltung einer wie auch immer gearteten Dichotomie zwischen Porno einerseits und Arthause andererseits fragwürdig geworden. Winterbottoms „9 Songs" besteht beispielsweise aus einer kumulativen Ansammlung von Konzertbesuchs-Episoden, die mit Porno-Nummern durchsetzt sind. Obwohl dieser Film in Aufbau und Struktur sich nicht wesentlich von der Nummerdramaturgie des Porno-Films unterscheidet, erhielt er von der FSK eine Altersfreigabe ab 16 (!) Jahren. In umgekehrter Weise wirkt sich die Grenzverschiebung auch aufs Porno-Genre aus: Porno- FilmemacherInnen wie Bruce LaBruce, Kris Kramski, Maria Beatty, Ebo Hill und Wash Westmoreland integrieren zunehmend narrative Strukturen in ihr Schaffen.

2 Selbst wenn die männlichen Darsteller in den stag movies sich zumeist am Beobachtungsposten befinden, sagt dies noch lange nichts über die Blickaktivitäten in diesen Filmen aus. Entgegen den Aussagen feministischer FilmtheoretikerInnen der 70er Jahre hatten auch Frauen regen Anteil an Handlung und Blickführung. Betrachtet mensch die Vorformen des pornografischen Films ein wenig genauer, ist auch die von bekannten SexualwissenschafterInnen der Jahrhundertwende konstatierte „sexuelle Passivität des Weibes" reiner Mythos: Insbesondere im frühen Films waren es Frauen, die die sexuelle Aktion einleiteten und kontrollierten.

3 Zur Frage der Ungleichbehandlung von Männern und Frauen bezüglich Homosexualität enthielt die Regierungsvorlage zum österreichischen Strafrechtsänderungsgesetz von 1970/71 folgendes: „Die Grenzen zwischen freundschaftlichen und Zärtlichkeitsbezeugungen, Berührungen im Zug von Hilfeleistungen bei der Körperpflege udgl. einerseits und echten gleichgeschlechtlichen Akten anderseits entzögen sich weitgehend der Feststellung im Strafprozess. Verfahren wegen gleichgeschlechtlicher Unzucht zwischen Frauen sind denn auch heute außerordentlich selten. Nach alledem ist es berechtigt, die Strafdrohung auch unter dem Gesichtspunkt des Jugendschutzes auf Akte zwischen Personen männlichen Geschlechtes zu beschränken." (§ 209 StGB, Hervorh. B.E.) Analog dieser Definition sorgte die Darstellung von „Lesbensex" nicht für dieselben moralischen Erregungsgrade wie die Darstellung männlicher Homosexualität. Wenn es im Porno etwas gab, das Tabu war, dann war es Sex zwischen Männern.

4 Unternähme mensch den Versuch eine Geschichte der lesbischen Pornographie zu schreiben - und in dieser Hinsicht existieren durchaus bemerkenswerte Untersuchungen, muss mensch die Recherche unerwarteter Weise nicht im schwul-lesbischen „closet" beginnen. Im Gegensatz zum Schwulenporno, das aufgrund der rechtlichen Regelung den subkulturellen Sonderweg einschlagen musste, war lesbischer Sex stets Bestandteil hetero-sexueller Pornographie. Zwar monieren Lesben oft und gern, dass sie sich durch stöckelschuhbestückte Blondinen mit rotem Nagellack nur unzulänglich auf der Leinwand repräsentiert fühlen. Selbst wenn dieser pornographische Stereo-Typus vordergründig das männlich-heterosexuelle Publikum adressiert, sind es nichts desto trotz zwei Frauen, die hier sexuell miteinander handeln.

5 Selbst in den Augen eines ausschließlich heterosexuellen Publikums bleibt der Annullierungsversuch lesbischen Sexes wirkungslos: Es ist kein Ausnahmefall, dass heterosexuelle Paare gerne Schwulenpornos sehen und auch Linda Williams, die Autorin dieser Feststellung bevorzugt die Darstellung von schwulem Sex den Repräsentationen heterosexuellen Begehrens. (vgl. Williams 1995: 66f.)

6 Folgt mensch den Ausführungen Michel Foucaults, dann sind die Kleider, durch die die „nackte Wahrheit" im Zuge neuzeitlicher Darstellungsverbote eingehüllt werden musste, immer schon halbtransparent gewesen. Unter Mönchskutte und Pfarrersgewand breiteten sich die Wirkungen der Reden über den Sex aus. Diese entstanden in den Kirchen und Klöstern des 16. Jahrhunderts Orte, an denen Sexdiskursexplosionen ihren Ausgang nahmen. (vgl. Foucault 1983) Beichte und Geständnis sind die entscheidenden Techniken, durch die die Macht sich Zugang zu den sexuellen „Geheimnissen" des Einzelnen verschaffte. Im „Sex-Dokumentarfilm" findet diese Diskursform ihr zeitgemäßes Pendant.

7 Linda Williams sieht einen engen Zusammenhang zwischen Gesellschaft und dem filmischen Apparatus. Dieser spiegelt ihrer Meinung nach gesellschaftliche Machtverhältnisse und hegemoniale Ideologien wieder: „Am Ursprung des Kinos finden wir also nicht nur den psychischen Apparat mit einer „Leidenschaft für die Wahrnehmung" und einen technischen Apparat, der diese Wahrnehmung ermöglicht; wir finden (…) auch einen sozialen Apparat. Letztlich ist es dieser soziale Apparat, der Frauen als Objekte und nicht als Subjekte konstruiert, denn er stellt die Frauen vor die Kamera und bestimmt das Repertoire ihrer Handlungen." (Williams 1996: 79)

8 Anschein von Authentizität ist nicht etwa der Natürlichkeit des Geschehens zu verdanken, sondern Produkt eines spezifischen Umgangs mit Schnitt und Kamera im pornografischen Film. Genitale und andere Ermüdungserscheinungen fallen darin dem Schnitt zum Opfer, während die Kameraführung ein ausschließlich ethnographisches Interesse suggeriert: Unter dem Vorwand, nur zu beobachten, werden „Wahrheiten phantastischer Natur" (Williams 1995: 106) präsentiert. Der damit einhergehende Realitätseffekt wird somit zum Nebenprodukt des Zeigeprozesses. Dieser tritt umso deutlicher zutage, je amateurhafter und damit auch „natürlicher" das zu Zeigende erscheint.

9 Im Gegensatz dazu ist Sex im Kriminalfilm in ein Handlungskorsett eingespannt und erfüllt dabei eine spezifisch narrative Funktion: Sexualität ist das, was das Delikt herbeiführt, die Aufklärung dieses „Delikts" ist das restliche Thema des Films.

10 Dort wo der Porno ein Film im Film ist, ist das Publikum selbst in diesen Film integriert. Im Clip ‚Sybian' handelt es sich jedoch nicht um ein altersmäßig gemischtes und sexuell aufgeschlossenes Publikum, sondern vielmehr um einen libidinös verarmten Männerverbund. Zu sehen sind mittelalterliche Individuen, denen das Stigma des sexuellen „Modernisierungsverlierers" anhaftet. Diese voyeuristischen „Helden" sind es, die zwei Frauen beim Sex beobachten.

11 Da die Lust von Frauen im Pornofilm weniger dargestellt, denn vielmehr hörbar gemacht wird, betrachtet die spanische Queer Theoretikerin Beatriz Preciado den durch Stöhnen simulierten Ohrgasmus als Pendant zum männlich dominierten money shot.

12 In altbewährter Manier des exploration movie wird Sex zwischen Frauen hier benutzt, um die Erregung männlicher Zuseher hervorzurufen. Zwei dauergewellte Teenies in Blond und Braun verbreiten nicht gerade den Flair des Lesbischen; wenn auch dies kein lesbischer Sex ist, stellt sich dennoch die Frage, was dieser sonst ist.

13 Der Begriff Polyamorie (Mehrliebe) bzw. Polyamourösität taucht erstmals in den 1960ern im Zusammenhang mit Schlagworten wie „responsible nomonogamy" oder offener Beziehung auf, populär wurde dieser im Zuge der Verbreitung des Kult-Buchs „The Ethical Slut" von Dossie Easton und Catherine A. Liszt. Zu verstehen ist unter Polyamourösität das reflexive (Er-)Leben von Sex in Mehrfachbeziehungen.

14 Problematisch am Porno sind nicht etwa die objektivierenden Darstellungen, die in gelungenen SM- Filmen durchaus als lustvolle Akte erscheinen können. Dass auch polyamouröse Mehrfachbeteiligung großen Spaß machen können, zeigt beispielsweise die Endeinstellung von Larry Clarks „Ken Park" (USA 2005). Im Vergleich zum Missbrauchsverhalten ihrer Eltern ist die menage à trois dreier mittelamerikanischer Teenager eine gelungene Realisierung von Wunsch, Rausch und Begehren.

15 Dort, wo der fertige Film wie das Endergebnis harter Arbeit erscheint, wird der ausbeuterische Charakter des Dienstes an der Maschine offensichtlich. In seiner skandinavischen Misanthropie mit dem Titel „The Cocka Hola Company" gibt Mathias Faldbakken den LeserInnen Einblick in die Gepflogenheiten des Business. Der Alltag der Pornodarsteller des fiktiven Porno-Konzerns Desirevolution besteht zu einem großen Teil aus körperlicher Schwerstarbeit. Die vollständige „Penis- Skrotum- Anus-Rundrasur" (129) die die Protagonisten unter Zuhilfenahme eines Spiegels, eines „Rasierschüsselchens", „GILETTE MACH 3" und „GILETTE SHAVING GEL" (130) zu absolvieren haben, ist nur eine von vielen Eingriffen im Vorfeld der Inszenierung. Derartige Prozeduren, die in den Statuten des Konzerns festgelegt wurden, werden durch Paragraphen für das erwünschte Verhalten am Set ergänzt. Die strengen Auflagen beinhalten Vorgaben für „§2 Bräunung" „§3 Make-up und Frisur" „§4 Sprache und Geräusche" „§7 Stellungen und Konstellationen", „§10 Verbote". Ähnlich rigide sind auch die Anweisungen am Set: „Als Motha aufsteht und sagt: „Weiter geht's" fängt Ricky Perez pflichtschuldigst an, sich wieder steifzuwichsen" (258) und „Entschuldige, Simpel. Ricky hat so viel gearbeitet die letzten Tage, wir haben viel Mühe, bis er gekommen ist! (264) klagen die Darsteller. (vgl. Faldbakken 2003)

16 Für die DarstellerInnen selbst liegt die Lust nur bedingt in der Arbeit am Porno. Viel eher ist sie auf den Konten zu finden, die erst nach gelungener Inszenierung behoben werden können. Nach Auskunft der kanadischen Autorin Nelly Arcan sind die Summen, die dabei im Spiel sind, hoch genug, um das Unbehagen am Set aufzuwiegeln. In Arcans Roman „Hure" benennt die Ich-Erzählerin ihre Motivation. Während der Fellatio mit dem Freier denkt sie an die Gegenleistungen, die sie sich after work gönnen wird. Sie spricht damit das aus, was durchaus ein weibliches Äquivalent zum *money shot* sein könnte: Geld, ausgegeben, off scene. (vgl. Arcan 2002)

17 In „Straw Dogs" gibt es eine finale Allianz zwischen einem Vergewaltiger aus der Dorfumgebung und dem Freund des Vergewaltigungsopfers und auch im Film „Irreversible" sind es zwei Männer, die am Ende mit ihrem Leben davonkommen. Nicht die Rede ist indes von den vergewaltigten Frauen, die schwer verletzt und/oder allein zurückbleiben. Die lethale Monica Bellucci aus „Irreversible" taucht während der durch ihren Freund initiierten revenge nicht mehr auf der Bildfläche auf und Amy Summer wird am Schluss von „Straw Dogs" in der finsteren Provinz zurückgelassen, während ihr Mann mit einem Vergewaltiger am Beifahrersitz das Dorf verlässt.

Martin Birkner

Geht's der Bildung gut, geht's uns allen gut?

Diagnostisches anlässlich dreier Neuerscheinungen zu Bildung, Kritik, Ungleichheit und auch Kapitalismus.

In der aktuellen Phase des oft und gerne als „wissensbasiert" apostrophierten Kapitalismus mangelt es nicht an mehr oder weniger kritischen Publikationen über den Zusammenhang von Wissen(schaft) und Gesellschaft. So dieser nicht ohnehin als Wissens- oder Dienstleistungsgesellschaft vorgestellt und meist affirmiert wird, lohnt ein genauerer Blick auf die Versuche, den Zusammenhang von wissenschaftlicher und allgemein gesellschaftlicher, d.h. kapitalistischer (Re)Produktion auf den Begriff zu bringen und damit überhaupt erst kritisierbar zu machen. Besonderes Augenmerk soll im vorliegenden Artikel zwei Publikationen geschenkt werden, die aus dem Umfeld der österreichischen universitären Linken stammen und versuchen, die neoliberale Form der Produktion sozialer Ungleichheit in den Bildungsinstitutionen (und hier vor allem an den Universitäten) kritisch zu analysieren.

Darüber hinaus verweist die Bewegung der Kritik der beiden Bücher auf einen Sammelband aus Deutschland, der versucht, was die beiden Bände aus Österreich weitestgehend unterlassen, nämlich nach den Produktionsbedingungen kritischer Theorie und auch nach den Möglichkeiten praktischer Kritik zu fragen.

Lisa Simpsons Illusionen

„Soziale Ungleichheit im Bildungssystem" ist der Untertitel des von Ingolf Erler herausgegebenen Bandes der Edition der Österreichischen HochschülerInnenschaft. In vielfacher Hinsicht wird eben die (Re)produktion sozialer Ungleichheit – vor allem an den Universitäten – in den Blick genommen. Sowohl Theoretische Konzepte als auch empirische Studien zu Bildungsentscheidungen, geografischen Einflussgrößen und Geschlechterhierarchien umspannt der Bogen der versammelten Artikel; ebenso werden im abschließenden Teil alternative Konzepte von Bildung(spolitik) vorgestellt. Der theoretische Unterbau vieler Beiträge ist stark von der Soziologie Pierre Bourdieus bestimmt. Dieser hatte in seinen Studien immer wieder die soziale Selektionsfunktion selbst der formal noch egalitärsten Bildungssysteme akribisch herausgearbeitet. Die „Illusion der Chancengleichheit" – so auch ein Beitrag des Herausgebers zu Bourdieu zeigt wie eine unterschiedliche Ausstattung mit kulturellen und sozialen Kapitalien die Mitglieder der herrschenden Klassen noch durch die egalitärsten Bildungssysteme hindurch erneut an die Spitze der gesellschaftlichen Hierarchie befördert.

Daran haben weder die sozialdemokratischen Regierungen in den 1970er Jahren noch die StudentInnenbewegung und die Transformation von der Elite- zur Masseneliteuniversität grundlegendes verändert. Die Forderung nach Chancengleichheit – und darauf wird noch zurückzukommen sein – steht also von vornherein auf verlorenem Posten: So die Einbettung des Bildungswesens in die gesamtgesellschaftliche Arbeitsteilung kapitalistischer Gesellschaften nicht konstitutiv in die kritische Reflexion miteinbezogen wird, verbleiben die Reformkonzepte im Rahmen letztlich herrschaftsoptimierender Veränderungen. Dies beweist nicht zuletzt die gegenwärtige Neudefinition universitärer Bildung im Rahmen des postfordistischen Kapitalismus. Waren Begriffe wie „Autonomie" oder „selbstbestimmtes Lernen" noch Kampfbegriffe der linken universitären Bewegungen nach 1968, so sind sie heute zentrale ideologische Kategorien der neoliberalen Redefinition der Bildungsinstitutionen, noch ergänzt um die zwei Scharnierbegriffe „lebenslanges Lernen" und „employability", d.h. der Fähigkeit, sich dem postfordistischen Arbeitsmarkt als nützliche, willfährige Ware anzupreisen. In Österreich kreist die bildungspolitische Debatte derzeit um die Schaffung von Eliteuniversitäten, um Zugangsbeschränkungen bzw. Studiengebühren einerseits, und zum anderen um die Einführung einer Gesamtschule für alle 11-15 Jährigen.

Eingeleitet durch die blau-schwarze Regierung, weitergetragen und verfeinert von ihren rot-schwarzen NachfolgerInnen sind Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen ein fixer Bestandteil neoliberaler sozialer Selektion. Die Kämpfe der Studierenden dagegen wurden allesamt verloren, die gesetzliche Vertretung der Studierenden, die Österreichische HochschülerInnenschaft steckt nach diesem Debakel in einer tiefen Krise, selbst die mühselig erkämpfte linke Mehrheit wackelt, die Wahlbeteiligung ist im Keller.

Die Unfähigkeit, den aktuellen Tendenzen des herrschaftlichen Bildungsumbaus wirksam entgegenzutreten, ist ein Grund für diese Krise. Im Zuge der gesellschaftlichen Reformen der 1970er Jahre wurde auch ein einigermaßen weit gehendes Mitbestimmungsrecht der Studierenden in den universitären Gremien festgelegt. Damit wurden einerseits eine gewisse Demokratisierung der Ordinarienuniversität und eine Einschränkung professoraler Macht erwirkt, zum anderen jedoch die Energien studentischer Protestbewegungen schon früh in institutionalisierte Kanäle geleitet. Nicht zufällig rekrutieren die Parlamentsparteien ihren Nachwuchs gerne aus dem Kreis universitärer JungrepräsentantInnen…

Die Zerschlagung des Mitbestimmungssystems durch Blau-Schwarz ab 2000 hätte eine gute Chance für eine Neudefinition studentischer Interessensvertretung abgegeben – nichts dergleichen ist geschehen, ja auch die als linke Alternativen in den 1980er Jahren aufgetretenen Basisgruppen konnten kaum wirksame Initiativen übernehmen; diese entstanden meist außerhalb der etablierten Strukturen. Was aber hat das mit dem oben kurz vorgestellten Buch zu tun? Wie ich meine vieles, da „Keine Chance für Lisa Simpson" eine Publikation der ÖH ist und wohl nicht zuletzt deshalb elementare Probleme ihres Politikverständnisses sich auch in den methodischen und politischen Zugängen der Beiträge widerspiegeln. Dies führt mich zu zwei zentralen Kritikpunkten:

a) Soziale Ungleichheit muss von Herrschaftsseite immer gegen Widerstände und Kämpfe durchgesetzt werden. Dementsprechend hätte eine alternative, linke Sicht auf diese Prozesse auch von diesen Widerständen und Kämpfen auszugehen. Im vorliegenden Band sind diese aber bestenfalls als Anhängsel von meist positivistisch-soziologistisch vorgestellten Veränderungen zum Negativen verzeichnet (lediglich Stefan Vaters Text stellt hier eine Ausnahme dar).

b) Die Universität ist ein zunehmend zentraler werdendes Feld der gesamtgesellschaftlichen Arbeitsteilung. In ihr und durch sie werden nicht nur politische und kulturelle Eliten produziert (das war früher auch schon so), sondern auch unmittelbar ökonomische Werte, zumal im postfordistischen Kapitalismus Wissen zur zentralen Produktivkraft geworden ist – von direkten Eingriffen kapitalistischer Unternehmen in Lehrinhalte bis zur allgegenwärtigen Drittmittelfinanzierung.

Das beide genannten Aspekte im Buch nur ein Schattendasein führen, mindert zwar nicht die Bedeutung der vor allem in den Detailstudien dargestellten Erkenntnisse, schränkt aber die Reichweite der Kritik an den bestehenden Verhältnissen doch beträchtlich ein. Auch hier bestätigen Ausnahmen die Regel: Im Artikel „Offene Universitäten und soziale Ungleichheit" von Clemens Plasser und Simone Tumfart wird nach einem historischen Durchgang das in Wien ansässige Projekt „keine_uni" vorgestellt, das – obgleich ausgehend von institutionalisierten Studienrichtungsvertretungen – versucht, über die Universität hinausreichende Zusammenhänge alternativer Wissensproduktion zu stiften; der Beitrag von Erich Ribolits „Elite ist man eben" zeigt pointiert die Wiederkehr eines positiv besetzten Elitebegriffs in der bildungspolitischen Diskussion. Der Gebrauchswert von „Keine Chance für Lisa Simpson?" ist also

ambivalent: Zum einen bietet der Band unverzichtbare Erkenntnisse aus der Analyse sozialer Ungleichheit an den (österreichischen) Universitäten, andererseits werden doch zu viele Aspekte sowohl einer kritischen Bildungstheorie als auch deren Bezug auf gesamtgesellschaftliche Prozesse ausgeblendet, was den Gesamteindruck „analytisch interessant, politisch zahnlos" hinterlässt, vor allem wenn linkes universitätspolitisches Handeln mehr sein soll als „Affirmative Action" für ArbeiterInnenkinder.

Willkommen im Klub?

Ähnliches gilt für einen ähnlichen Sammelband, nämlich für das vom sozialdemokratischen Verband sozialistischer StudentInnen gemeinsam mit dem SP-nahen Renner-Institut herausgegebene Buch „Im Klub der Auserwählten.[1] Soziale Selektion an der Universität. Analysen und Strategien". Das schmale Büchlein enthält sechs eher willkürlich zusammen gewürfelte Beiträge zur aktuellen Bildungsdebatte. Unklar ist auch, worin die im Untertitel genannten „Strategien" eigentlich bestehen, sieht mensch einmal vom impliziten Tipp des schon oben genannten Erich Ribolits ab, zu Revolutieren anstatt zu Lernen; sein Text besticht durch seine humorvolle Treffsicherheit – er beschreibt die oben bereits kurz erwähnte Paradoxie der reformistischen Forderung nach „Chancengleichheit" – und wird von den anderen AutorInnen des Bandes leider nicht reflektiert.

Enttäuschend ist auch der Text der (ehemaligen) ÖH-Vorsitzenden Barbara Blaha und Lisa Schindler, „Die Uni wird Weiblich": In ihren „Analysen und Gegenstrategien zur männlichen Dominanz an den Universitäten" finden weder die Kämpfe der autonomen Frauenbewegungen noch die aktuellen und begrüßenswerten Initiativen wie die Frauenfrühlingsuniversität Platz; einzig für weibliche Vorbilder für StudentInnen und die aus dem frühen 20. Jahrhundert bekannte Forderung nach Gleichberechtigung wird Stellung bezogen. Kein Wunder, dass das aktuelle „Weiblich-Werden" der Universität nicht in Bezug gesetzt wird zur gegenwärtigen Schaffung prekärer Verhältnisse an den Universitäten – wie z.B. bei den StudienassistentInnen und den extern Lehrenden –, von denen Frauen ungleich stärker betroffen sind, was allerdings zur Erhaltung der ohnehin geringen Karrieremöglichkeiten in Kauf genommen werden muss und auch wird. Auch die Frage nach Rolle und Notwendigkeit gesellschaftlicher Eliten, mitunter jene nach kapitalistischer Herrschaft, wird nicht einmal am Rande erwähnt: 50 % Beteiligung daran scheinen offenbar das Non-Plus-Ultra für sozialdemokratischen Feminismus abzugeben.

Es geht auch anders

Einen anderen Weg hingegen nimmt das vom *Verband demokratischer Wissenschafterinnen und Wissenschafter* in Deutschland herausgegebene Buch mit dem sperrigen Titel „Kritische Wissenschaft, Emanzipation und die Entwicklung der Hochschulen". In dem Band, der die Beiträge einer 2005 abgehaltenen Tagung in Frankfurt am Main versammelt, stehen die Reproduktionsbedingungen kritischer Theorie im Zentrum der Betrachtung. Das dabei die Hochschulen ein, keineswegs jedoch DER Ort kritischer Wissenschaft ist, kann als implizite Mahnung an die beiden in Österreich entstandenen Publikationen gewertet werden, in denen diese historisch-kritische Perspektive größtenteils außen vor bleibt. Kritische Theorie braucht Orte jenseits der Universitäten genau so notwendig wie eine Ankopplung an soziale Bewegungen, sonst droht bestenfalls politische Unwirksamkeit, schlechtestenfalls die Umwandlung in Herrschaftswissen. Hier zeigt sich erneut die Notwendigkeit einer politisch-strategischen Debatte über Widerstandsmöglichkeiten im Postfordismus. Die Aneignung einst kritischer Begriffe, die Unmöglichkeit, im Zeitalter der reellen Subsumtion der ganzen Gesellschaft unter das Kapitalregime, jenseits davon zu agieren, verlangen zumindest nach der Aufgabe alt bekannter Muster der Kritik. War der Staat in den 1970er Jahren bestenfalls Garant für eine ins kapitalistische System integrierende Reform (siehe Mitbestimmung), so ist er heute als Adressat für ein emanzipatorisches Projekt restlos unbrauchbar. Die einst progressive Forderung nach mehr Autonomie wurde dem Markt überantwortet, dem entsprach jedoch keineswegs ein „Rückzug des Staates", sondern vielmehr dessen direkter Zugriff auf Studierende: an der ökonomischen/selektionierenden Front durch Studiengebühren, an der (wissenschafts)politischen durch eine radikale Hierarchisierung der Universitätsstrukturen – selbstverständlich von oben nach unten. Wenn Wissen tatsächlich zur ersten Produktivkraft geworden ist, muss eine antikapitalistische Strategie einerseits diese doppelte Entwicklung ganz zentral berücksichtigen, andererseits ihr Interagieren, d.h. zunehmend dichteres Verwobensein mit den ausseruniversitären Formen von Bildung einerseits und der kapitalistischen Produktion „draußen" in die Analyse miteinbeziehen; bislang sind diese Aspekte leider meist unabhängig voneinander untersucht worden

Der Kampf gegen die Ökonomisierung der Bildung darf also die gesamtgesellschaftliche Arbeitsteilung nicht aus dem Blick verlieren, wie unter anderem die empfehlenswerten Beiträge von Alex Demirovic, Heinz Steinert und Michael R. Krätke zeigen. Letzterer zeichnet am niederländischen Beispiel akribisch die Transformation der

Universität zum „Unternehmen auf dem Bildungsmarkt“ nach. Die oberflächlich betrachtet demokratische Institution der „peer reviews“ wird als normierendes und am englischsprachigen Universitätsbetrieb ausgerichtetes Zurichtungsinstrument sichtbar. Krätke zeigt überzeugend, wie die aktuelle Transformation der Universitäten – all ihrem ideologischen Lärm zum Trotz – die Standardisierung des „Wissens“ und die Tendenzen zum dumpfen Wiederkäuen vorgegebener Lehrinhalte die fordistischen Zustände noch in den Schatten stellt. Die Verdrängung kritischer Theorie geschieht nicht vorrangig durch politisch-ideologische Interventionen (die gibt´s natürlich auch), sondern durch die oben genannte Standardisierung, d.h. Einengung von Wissensproduktion mittels am internationalen, d.h. angloamerikanischen Zitationsindizes ausgerichteten Wissenschaftsbetrieb.

Ein ausführliches Kapitel beschäftigt sich mit „anderen Blickwinkeln und alternativen Orten der Wissensproduktion“; ein weiteres mit verschiedenen Aspekten „gesellschaftsverändernder Wissenschaft“. Einig sind die Beitragenden darüber, dass die Universität nicht die alleinige Stätte kritischer Theorieproduktion sein kann, aber auch hinsichtlich der Notwendigkeit, Hegemoniekämpfe um alternative Lehrinhalte (und -formen) trotz des rauen Gegenwinds nicht aufzugeben. *„Die Herausforderung kritischer Wissenschaften an den Universitäten liegt darin, dass sie einerseits gesellschaftliche Strukturen, Anforderungen und Verwertungskriterien zum Gegenstand ihrer Kritik haben, gleichzeitig aber auch eine berufsqualifizierende Funktion erfüllen müssen, die es erlaubt, innerhalb dieser gesellschaftlichen Strukturen, zu handeln, ohne sich und seinen Kopf darin zu verlieren“*, so Christina Kaindl in ihrem Beitrag.

Wie sich die Positionen an den Universitäten mit den außeruniversitären „Bildungsbewegungen“ wie z.B. attac! verbinden können, ohne hierarchisch-arbeitsteilige Muster zu wiederholen, zeigt der Text von Ulrich Brand. Kritisch in Rechnung zu stellen wäre zusätzlich allerdings auch noch die zunehmende Tendenz zur Entrechtlichung und Ausbeutung innerhalb des universitären Gefüges, hierzulande vor allem sichtbar bei den StudienassistentInnen. Stoff für wissensbasierte Klassenkämpfe gäbe es also auch an den Unis genug. Dank der Vermarktlichung des Bildungssystems und nicht vorhandenen Strategien der Linken dürfte allerdings – zumindest vorerst – der Konkurrenzkampf über die Solidarität gesiegt haben. „Kritische Wissenschaft, Emanzipation und die Entwicklung der Hochschulen“ stellt jedenfalls eine unverzichtbare (Hintergrund)Lektüre dar zum Verständnis bildungspolitischer Gegenwartstendenzen und kritischer Alternativen und sei hiermit ausdrücklich auch der österreichischen akademischen Linken zwecks Anregungen zum Verlassen des universitären (StudierendenstellvertreterInnen-)Elfenbeinturmes ans Herz gelegt.

Gleichsam als ein Erinnerung stiftender Anhang[2] wird im Anschluss an diesem Artikel die Polemik von André Gorz aus dem Jahre 1970 wieder abgedruckt. „Zerschlagt die Universität!“ ist eine wütende Kampfansage an eben jene gesellschaftliche Arbeitsteilung, die nach Gorz selbst in ihrer demokratischsten Form der Universität die Reproduktion jener Eliten zuweist, auf die das kapitalistische System zu seinem Überleben bei Strafe seines Untergangs nicht verzichten kann. Zumindest ein wenig dieser fundierten Wut, sollten sich die kritischen KritikerInnen der gegenwärtigen bildungspolitischen Situation erhalten; auch wenn´s der (potenziellen) Karriere nicht zuträglich ist.

PS: Auf der Website http://www.bildungskritik.de/Texte/texte.html finden sich viele brauchbare Texte zur Kritik der Bildung aus emanzipatorischer Sicht, unter anderem der Klassiker der Situationistischen Internationale „Über das Elend im Studentenmilieu“, aber auch der hier nachgedruckte Artikel von Andre Gorz sowie politisch intervenierende Texte bis 2002.

E-mail: pyrx@gmx.li

Besprochene Bücher:

Oliver Brüchert, Alexander Wagner (Hg.): *Kritische Wissenschaft, Emanzipation und die Entwicklung der Hochschulen. Reproduktionsbedingungen und Perspektiven kritischer Theorie*, Verlag des Bundes demokratischer Wissenschafterinnen und Wissenschafter, Marburg 2007, 250 Seiten, Euro 12,-

Ingolf Erler (Hg.): *Keine Chance für Lisa Simpson? Soziale Ungleichheit im Bildungssystem*, mandelbaum verlag, Wien 2007, 310 Seiten, Euro 18,30

Sylvia Kuba (Hg.): *Im Klub der Auserwählten. Soziale Selektion an der Universität. Analysen und Strategien*, Löcker Verlag, Wien 2007, Euro 15,-

1 Das im Anschluss an diesen Text publizierte Flugblatt des VSSTÖ ca. aus dem Jahre 1970 dokumentiert, wie sozialistische Kritik auch aussehen kann bzw. konnte …

2 Andre Gorz schied gemeinsam mit seiner schwerkranken Frau Dorine im September dieses Jahres freiwillig aus dem Leben. Eine umfangreiche Auseinandersetzung mit Gorz´ Leben und Werk findet sich auf www.streifzuege.org sowie in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift streifzuege.

André Gorz

Zerschlagt die Universität*

1. Die Universität kann nicht funktionieren, also muss man verhindern, dass sie funktioniert, damit diese Funktionsunfähigkeit ans Tageslicht kommt. Keine irgendwie geartete Reform kann diese Institution lebensfähig machen; also muss man die Reformen bekämpfen, sowohl hinsichtlich ihrer Auswirkungen als auch ihrer Ziele und zwar nicht weil sie gefährlich, sondern weil sie illusorisch sind. Die Krise der Universität reicht (wie wir zeigen werden) über den Hochschulbereich hinaus und umfasst in ihrer Gesamtheit die gesellschaftliche und technische Arbeitsteilung; also muss diese Krise zum Ausbruch kommen. Man kann darüber diskutieren, wie und auf welche Weise diese Krise herbeizuführen ist. Es gibt gute und weniger gute Möglichkeiten. Allerdings ist Diskussion und Kritik nur dann sinnvoll, wenn sie von denen kommt, die eingesehen haben, dass der Reformismus unbedingt abzulehnen ist und zwar als Ganzes.

2. Die offene Krise der Universität als Institution reicht zurück in die beginnenden sechziger Jahre: damals wurde der Plan Fouchet eingeführt. In dem Augenblick, wo die meisten Schüler eines Jahrgangs sich zur Abschlussprüfung melden und die meisten Abiturienten sich an den Universitäten immatrikulieren wollen, geraten die von der Bourgeoisie eingesetzten sozialen Auswahlmechanismen ins Wanken und ihre Ideologie und ihre Institutionen geraten in eine Krise. Die Bildungsideologie verspricht über das Studium - gleiche Aufstiegschancen für jedermann. Diese Gleichheit ist - wie Bourdieu und Passeron aufgezeigt haben - schon immer fiktiv gewesen. Allerdings waren in der Vergangenheit Auswahlmechanismen und -kriterien „objektiv“ genug, um Klassencharakter und Willkür hinreichend zu verdecken: Ausnahme oder Ablehnung erfolgten nach einem ein für alle Mal festgelegten Katalog von „Begabungen“ und „Fähigkeiten“. Die Linke hat nie gegen die klassenmäßigen Auswahlkriterien gekämpft - sie hätte dann gegen die Auswahl selbst und das Schulsystem als Ganzes kämpfen müssen, sondern sie kämpfte für das Recht aller, in die Auswahlmaschine eintreten zu dürfen. Der widerspruchsvolle Charakter dieser Forderung blieb solange verborgen, als das Recht zwar theoretisch allen offen stand, die überwiegende Mehrzahl aber keine Möglichkeit hatte, praktisch davon Gebrauch zu machen. In dem Augenblick aber, wo mithilfe einer weiterverbreiteten Bildung es für die meisten möglich wird, von einem in der Theorie bestehenden Recht praktisch Gebrauch zu machen, wird der Widerspruch deutlich: wenn die Mehrzahl zu den Hochschulen Zugang erhält, verlieren diese ihre Funktion als Instrument der Auslese. Das Recht, studieren zu dürfen und das Recht, die soziale Stufenleiter empor zu klettern, laufen nicht mehr parallel. Wenn auch vielleicht noch alle studieren können, so können jedenfalls keineswegs mehr alle auch mit einer privilegierten Stellung rechnen. Sind aber einmal die Auswahlmechanismen ins Wanken geraten, so wird die Gesellschaft versuchen, zusätzliche Mechanismen zu schaffen, oder aber sie wird zu Studienbeschränkungen administrativer Art Zuflucht nehmen.

3. Diese administrativen Beschränkungen - numerus clausus, Auswahl durch Wettbewerb - sind politisch so delikat, dass alle der V. Republik nachfolgenden Regierungen vor ihrer Anwendung zurückschreckten. In der Tat ist jede von vornherein festgelegte Zulassungsbeschränkung die offene und brutale Negierung eines Rechtsprinzips und einer gesellschaftlichen Fiktion, nämlich: dass alle die gleiche Chance haben, gesellschaftlich aufzusteigen, und dass alle, die dazu befähigt sind, auch studieren können.

Diese Rechtsfiktion zerstören, hieße den illusorischen Charakter der bürgerlichen Freiheiten bloß-

legen; vor allem wäre diese im Namen der technokratischen Rationalität angewendete Beschränkung, das Studium ist teuer und unrentabel, wenn die Diplomierten später nicht aufsteigen können - ein Schlag ins Gesicht der Mittelschichten, oder derjenigen, die so genannt werden, mit deren Unterstützung das kapitalistische Regime nur dann rechnen kann, wenn es ihnen die Möglichkeiten eines allein durch die eigenen Fähigkeiten begrenzten „gesellschaftlichen Aufstiegs" vorgaukelt. Numerus clausus, Vorauswahl, Wettbewerb würden die Illusionen der Leistungsideologie zerstören und somit die mittleren Schichten gegen den kapitalistischen Staat aufbringen; sie würden erkennen, dass ihre soziale Stellung ihr Schicksal ist und dass sie keineswegs zum „herrschenden Bürgertum" gehören und nur durch den Zufall der Geburt und des „fehlenden" Vermögens keine wirklichen Bourgeois geworden sind, sondern dass sie nichts weiter sind als bedürftiges Fußvolk, subalterne Arbeiter, keineswegs aber ihresgleichen, und dazu bestimmt, der Bourgeoisie zu dienen.

Die Bourgeoisie muss also politisch die Fiktion der sozialen Aufstiegschancen für alle und also auch des freien Zugangs zum Studium für alle aufrechterhalten - und dies ist auch der Sinn der Faurischen Reformen. Allerdings wird nun diese Fiktion von der Wirklichkeit entlarvt: keine Aufnahmebeschränkungen, aber das Studium führt zu nichts. Die vielen Diplome entwerten das Diplom. Viele sind auserwählt, aber nur wenige sind berufen: es gibt zu wenig freie Stellen. Die zahlenmäßige Auslese findet nicht durch die Hochschulen, sondern durch das Angebot an Arbeitsplätzen statt. In Erwartung dass „die Macht der Ereignisse" verstanden werde - d.h. dass die Eltern ihre Kinder auf die - übrigens noch zu gründenden „guten" Fachschulen hinlenken, die ihnen zu „guten" Stellungen verhelfen und nicht zu den Universitäten, aus denen sie als Arbeitslose herauskommen, lässt der Staat die Universitäten für alle offen, während er gleichzeitig den Wert der Diplome, die sie vergeben, immer mehr vermindert. Kurz: das Gängelband, das man der Universität lässt, ist gerade lang genug, um sich - so hofft man - daran aufzuhängen. Inzwischen schickt man die Bullen in die Universitäten und wartet, dass diese, nachdem man so für Unordnung gesorgt hat, nun völlig in Misskredit geraten.

4. Diese Widersprüche der bürgerlichen Universität sind auf grundsätzliche Widersprüche zurückzuführen: Der Wert der bislang den Diplomen zuerkannt wurde, beruhte auf ihrer geringen Häufigkeit und der geringen Häufigkeit der Studierfähigen. Wenn nun immer mehr Leute studieren und diplomiert werden, so verliert das Diplom seinen Wert als Auszeichnung, und die hierarchische Arbeitsteilung wird aufgehoben.- Wenn die Befähigung zum Studium allgemein verbreitet ist - sei sie nun durch ein Diplom gekrönt oder nicht - so kann sie nicht mehr als Auswahlkriterium gelten: die soziale Schichtenbildung kann sie nicht mehr vorgeben, auf Fähigkeiten und Verdiensten zu beruhen. Das Recht zu studieren und das Recht aufzusteigen, laufen nicht mehr parallel. Wenn das Studium keine Garantie mehr für den gesellschaftlichen Aufstieg ist, dann kann man es entweder als einen Zeitverlust betrachten und als unnütze gesellschaftliche Belastung, da es sich weder für den Studierenden noch für die kapitalistische Gesellschaft rentiert, oder man betrachtet es als eine allgemeine nicht funktionale Bildung, einen Luxus, den sich die Gesellschaft schließlich leisten kann. In diesem Fall hat aber das unverjährbare Recht auf eine Studium zur Folge, dass dieses Studium, das ohne Aufstieg bleiben wird, für diejenigen, die es aufnehmen, und die später Angestellte, Arbeiter oder sonst irgend etwas werden, einen Wert an sich darstellt.

Hier nun bricht der Widerspruch der Universität offen auf. Gegen das Auswahlverfahren hatte die Studentenbewegung für das unverjährbare Recht jedes einzelnen auf ein Studium gekämpft. Diese Forderung (die solange kleinbürgerlich blieb als sie Aufstiegsmöglichkeiten für alle verteidigte), führte dann logischerweise zu antihierarchischen und egalitären Positionen: wenn alle das Recht haben zu studieren, so dürfte das Studium, da es aufhörte das Privileg einer Klasse zu sein, auch kein Recht auf irgendein anderes Privileg beinhalten. Man musste dann akzeptieren, dass Akademiker mit der Hand arbeiten, was dazu führte, dass nun die gesellschaftliche Arbeitsteilung, die von dieser geprägten technischen Arbeitsteilung, sowie jede Form der Hierarchisierung der Aufgaben in Frage gestellt und abgelehnt wurden. Jedoch kann man hier noch nicht stehen bleiben; denn in dem Moment, wo man akzeptiert, dass das Studium nicht mehr gleichbedeutend mit sozialem Aufstieg ist, muss man Wesen, Inhalt und Sinn des Studiums neu definieren: entsprechen sie keiner „nützlichen Kultur", so müssen sie einer „rebellischen Kultur" entsprechen; entspricht das Studium also keiner Forderung der Gesellschaft, so muss es den Forderungen derjenigen entsprechen, die diese Gesellschaft zerstören und diese Arbeitsteilung aufheben wollen. Nun kann aber die Universität ihrem Wesen nach dieser Forderung gar nicht entsprechen: weder ist sie funktional hinsichtlich der Forderung der kapitalistischen Wirtschaft, noch hinsichtlich der Forderungen jener, die den Kapitalismus stürzen wollen; sie vermittelt weder eine „nützliche Kultur", noch eine „rebellische Kultur" (die sich per definitionem nicht vermitteln lässt); sie vermittelt eine „universitäre Kultur", das heißt eine von jeder produktiven oder

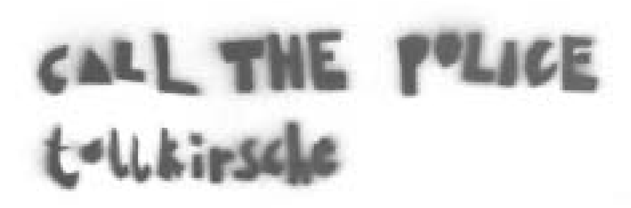
politisch aktiven Praxis entfernte Kultur; kurz, es ist ein Ort, wo man seine Zeit weder auf nützliche noch auf interessante Weise verbringen kann. Und keine Reform kann diese Situation ändern. Es kann also nicht darum gehen, dass man die Universität reformiert, man muss sie vielmehr zerstören, um damit gleichzeitig die vom Volk losgelöste Kultur, deren Ausdruck sie ist, (die Kultur der Mandarine) und die gesellschaftliche Schichtenbildung, deren Instrument sie noch immer ist, zu zerstören.

5. Die Hochschulguerilla verkürzt die Agonie einer zum Sterben verurteilten Institution und enthüllt die Heuchelei der Dachverbände, die sie verteidigen. Wird man sagen, dass die linken Studenten weder etwas anderes an ihrer Stelle zu setzen wissen noch die Gesellschaft verändern können, damit dieses andere lebensfähig werde? Natürlich ist klar, dass die Studenten allein weder eine andere Kultur hervorbringen noch die Revolution machen können. Sie können jedoch verhindern, dass die Zuspitzung der Krise der bürgerlichen Institutionen, der Arbeitsteilung und die Auswahl der „Eliten" verschleiert bleiben. Das tun sie, (und das ist es auch, was alle Rufen nach Ordnung - dieser Ordnung oder einer anderen ebenso autoritären und hierarchischen - ihnen vorwerfen). Allein können sie nicht weitergehen; die tatsächliche (und nicht mehr nur ideologische) Zerstörung, ja nicht einmal die tatsächliche Infragestellung der Arbeitsteilung kann nicht an den Universitäten geleistet werden, dies kann nur in den Fabrik en und Unternehmen geschehen. Voraussetzung ist die kritische Analyse einer Organisation, deren scheinbare technische Rationalität nichts weiter ist als die Objektivierung und Maske einer ganz und gar politischen Rationalität; was wir brauchen ist die Analyse einer Herrschaftstechnik.

Nur wenn man von einer solchen Kritik an der Arbeitsteilung ausgeht, kann man wirksam das Schul- und Hochschulwesen kritisieren; die technischen und Berufsschulen, wo direkt, und die Universitäten, wo indirekt die Führungskräfte, die technischen Leiter und das übrige Personal für die kapitalistische Produktion ausgebildet werden. Die Zerstörung der Universität ist also nicht nur Sache der Schüler und Studenten, sie ist vor allem Sache der Arbeiterklasse, wenn die kapitalistische Arbeitsteilung, die schon in der Schule beginnt, überwunden werden soll.

Die Krise der bürgerlichen Universität und die Revolte der Arbeiter gegen die Gewaltherrschaft der Fabrik geben diesem Problem (der Überwindung der Arbeitsteilung) seine Aktualität. Und wenn der Zusammenhang dieser beiden Erscheinungen derselben Krise nicht zu einer wirklichen Verbindung zwischen Studenten und Arbeitern führt, und es zu keiner gegenseitigen Kritik der Bildungs- und Herrschaftsmethoden kommt, so ist der Fehler nicht bei den Studenten zu suchen; er liegt vielmehr bei den traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung, die alles tun, um die Studenten in das Hochschulghetto einzuschließen, damit sie umso besser die Forderungen der Arbeiter kontrollieren können. Wenn der notwendigerweise mit Gewalt geführte Kampf der Studenten sich auf der Hochschulebene in symbolischen Aufständen zu erschöpfen scheint, so geschieht dies jedenfalls nicht aus einem perversen Geschmack für ziellose Gewalt heraus; man muss vielmehr verstehen, dass nur die Gewalt in der Lage ist, die Mauern des Hochschulghettos - wenn auch nur zeitweise - zu durchbrechen und ein Problem zur Debatte zu stellen, das Reformisten jeder Couleur nicht sehen wollen. Dieses Problem, - das der Krise der bürgerlichen Institutionen und der bürgerlichen Ideologie und das der Arbeitsteilung - ist ein ausgesprochen politisches Problem. Und wenn auch alle Parteien der studentischen Gewalt jede Bedeutung und jeden politischen Sinn absprechen, so wird doch darum aus dieser Gewalt noch kein Vandalismus: es ist eine politische und eine politisch notwendige Gewalt, wenn sie auch allein nicht ausreicht.

**Quelle: www.bildungskritik.de/Texte/Unis_zerschlagen/unis_zerschlagen.htm, aus: „Les Temps Modernes" Nr. 285, April 1970; übersetzt aus dem Französischen von Renate Sami; zitiert nach: Sozialistisches Jahrbuch 3 (Rotbuch 28), Berlin, 1971*



Wir dokumentieren ein Flugblatt des Verbandes sozialistischer StudentInnen aus dem Jahre 1971, in dem sowohl auf Gorz Bezug genommen als auch die Rolle der Wissensproduktion im Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Arbeitsteilung ins Visier genommen wird. Interessant der offensichtlich vom ebenfalls hier nachgedruckten Text von André Gorz inspirierte radikale Titel; wie doch die Zeit vergeht …

Zerschlagt die Hochschülerschaft Wählt VSSTÖ Zur Kritik der Hochschuldidaktik

Die positivistische Vereinzelung der Wissenschaften vollzieht sich historisch mit dem Aufkommen der Naturwissenschaften und dem Übergreifen eines naturwissenschaftlich entwickelten Begriffs von Wissenschaft und wissenschaftlicher Systematik. Endgültig direkt in den Verwertungszusammenhang des Kapitals eingebracht wird Wissenschaft in der Phase der gegenwärtigen „technologischen Revolution". Die positiven Wissenschaften selbst entwickeln ein Instrument, das die Vermittlung profitwirtschaftlicher Interessen unmittelbar in den Forschungs- und Ausbildungsbetrieb leistet: eine neue, positive Wissenschaft, die Wissenschaft von der wissenschaftlichen Lehre: die Didaktik.

Wird Wissenschaft im historischen Prozess zur unmittelbaren Produktivkraft, sprengt sie ihren traditionellen organisatorischen Rahmen in Hochschule und Universität, gliedert sie sich als Forschung unmittelbar an die industriellen Produktionsbetriebe bzw. tendiert der Hochschulbetrieb dazu, sich nach dem Vorbild industrieller Großbetriebe zu organisieren. Hochschuldidaktik als Teildisziplin der Didaktik hat die Aufgabe, neue Modelle von Anpassungsstrategien zu entwickeln, die nicht nur Wissen für die Vermittlung an den Lernenden praktikabel gestalten, sondern auch die Internalisierung der Normen vollziehen, nach denen sich Forschung und Lehre profitwirtschaftlich organisieren.

Das kapitalistische System der Produktion stellt an den wissenschaftlich-technisch Arbeitenden Innovationsforderungen, die selbst in Widerspruch sich befinden zur autoritär-hierarchischen Betriebsorganisation des Ausbildungs- und Forschungsbetriebes an den Hochschulen. Der Widerspruch entwickelt sich zwischen „der technischen Initiative der Arbeit und dem Status eines Ausführungsorgans."[1] Das vereinzelte Individuum muß sich, soll es nicht zugrunde gehen, durch Identifikation mit dem Angreifer retten, es macht sich zum Sachwalter jenes heteronomen Realismus, den es zuinnerst fürchtet, es übernimmt die Normen und Vorstellungen, die seine Autonomie gebrochen haben. Damit aber ist vollzogen, was das Profitinteresse intendiert hatte: das autonome Subjekt ist zerstört, und es wird unmittelbar in den Verwertungsprozeß, sei es als Träger von Techniken, sei es als Ideologienproduzent, verfügbar.

Didaktik übernimmt in diesem Prozeß der Anpassung einerseits die explizite Formulierung der Normen, an die angepaßt wird, andererseits liefert sie Techniken, die diese Anpassung vollziehen. Im SPÖ-Hochschulkonzept ist zwar die Rede vom „Abbau von Angst, Leistungsdruck und irrationalen Autoritäten"[2], keineswegs aber geht es dem SPÖ-Reformkonzept um die „Notwendigkeit, die Kritik der Wissenschaften zum Kernstück der Reform zu machen."[3] Didaktik leistet dort nur die Reproduktion des immer schon vorgegebenen in die



Teil zwei ist auf Seite 60

9

Zukunft, während es sozialistischer Didaktik darum geht, den Selbstreflexionsprozeß von Wissenschaft massenhaft zu befördern, sodaß das gebrochene, d.h. entpolitisierte Theorie-Praxis-Verhältnis der Wissenschaften durch radikale Reflexion wieder einzuholen [sic!].

Sozialistische Didaktik muß von der Antizipation eines gesellschaftlichen Zustandes ausgehen, indem nicht nur die wissenschaftliche Produktion vergesellschaftet ist, sondern auch die Aneignung ihrer Produkte gesellschaftlich vor sich geht. Sozialistische Didaktik ist somit die radikale Kritik der herrschenden Didaktik, d.h. des Vermittlungsprozesses von Kapitalinteresse und Wissenschaftsproduktion, die Kritik von Herrschaft im Dienste des Kapitals [sic!]. Dieser emanzipatorische Kampf muß organisiert vor sich gehen. Das momentane organisatorische Stadium sind die Basisgruppen an den einzelnen Instituten. Darum:

ORGANISIERT EUCH IN BASISGRUPPEN!

1 Andre Gorz: Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neukapitalismus, Frankfurt/M. 1967, S.48
2 Für ein modernes Österreich, Hochschulkonzept der SPÖ, Wien 1969, S.28
3 Jürgen Habermas: Das chronische Leiden der Hochschulreform, in: Protestbewegung und Hochschulreform, Ffm.1969, S.79

BUCHBESPRECHUNGEN

Justin Akers Chacón und Mike Davis: Crossing the Border. Migration und Klassenkampf in der US-amerikanischen Geschichte

Berlin: Assoziation A, 2007, 352 Seiten, 20 Euro

Eine der dynamischsten und vielversprechendsten Stränge sozialer Bewegungen in Europa – gemeint sind die Kämpfe von MigrantInnen für Legalisierung und gegen Rassismus und Ausbeutung – hat in Buchform eine neue, sehr wichtige Kontextualisierung mit den entsprechenden Kämpfen in den USA gefunden: „Crossing Borders – Migration und Klassenkampf in der US- amerikanischen Geschichte“ von Justin Akers Chacón und Mike Davis, das im September in deutscher Übersetzung bei Assoziation A erschienen ist, ist ein wichtiger Beitrag für eine transnationale Bewegung für globale soziale Rechte. Als im August dieses Jahres das NoBorder-Camp in der Ukraine stattfand, nahmen daran auch AktivistInnen aus den USA teil, die für September ein Camp an der Grenze zwischen Mexiko und den USA planten. Dieses Camp fand zwar statt nachdem Chancon und Davis ihr Buch schon herausgebracht hatten und findet deshalb nicht Erwähnung, dennoch merkt mensch beim Lesen, dass hier für die gleichen Dinge eingestanden und gekämpft wird.

Unmittelbarer Anlass für die beiden Autoren, dieses Buch zu schreiben, war ohne Zweifel die große Welle an Demonstrationen, Blockaden und Streiks von MigrantInnen, die die USA im Frühjahr 2006 überzogen haben. Hunderttausende Menschen gingen auf die Straßen, um gegen das sog. Sensenbrenner-Bill (ein Gesetzesentwurf, der vom republikanischen Abgeordneten Sensenbrenner eingebracht wurde und der Rechte von MigrantInnen weitgehend einzuschränken drohte) und für Legalisierung und gleiche Rechte zu demonstrieren. „Ihr habt einen schlafenden Riesen geweckt“, so wird ein Transparent zitiert, das auf einer Demo mitgeführt wurde und mit dem gesagt wird: Wir waren schon immer da, wir haben gearbeitet und tra-

gen auch heute wesentlich zum Reichtum dieses Landes bei. Wir sind an den Rand gedrängt, ihr wollt uns nicht sehen – jetzt wehren wir uns!

Mike Davis, der schon durch seine letzten Bücher („Die Geburt der Dritten Welt", „Planet der Slums") wichtige Akzente für emanzipatorische Sozialforschung und politische Praxis gesetzt hat, macht den Anfang und widmet sich auf knapp hundert Seiten den Kämpfen von MigrantInnen bzw. der Repression und Gewalt in der kalifornischen Geschichte. Vorrangiges Thema ist dabei die landwirtschaftliche Produktion, die im Westen der USA schon im 19. Jahrhundert massiv auf die Ausbeutung von entrechteten Billiglohnarbeitskräften angewiesen war. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde dort ein soziales Gefüge etabliert, bei dem eine (weiße) besitzende Klasse von Farmern einer großen Masse an LandarbeiterInnen gegenüberstand, von denen letztere multiethnisch zusammengesetzt war und je nach Konjunktur und Bedarf angeworben und abgeschoben, ausgebeutet und kriminalisiert, gegeneinander ausgespielt und verhetzt wurde. Beim Lesen wird einmal mehr klar: Jenes Kalifornien, das auch John Steinbeck in seinen Romanen beschreibt, war ein Modell des Rassismus und der Ausbeutung und wurde nicht zufällig als „Farm-Faschismus" angeprangert und bekämpft. Dieses Modell hatte Vorbildwirkung für andere landwirtschaftliche Intensivregionen, nicht zuletzt in Europa: Ob im südspanischen Almeria, in Apulien, in den Bouches du Rhone in Südfrankreich, in England oder Holland, die industrielle Landwirtschaft funktioniert heute ebenso wie damals auf Grundlage der Verfügbarkeit von ArbeitsmigrantInnen, die oft nach ethnischen und sexistischen Kriterien gegeneinander ausgespielt werden. In der Publikation *Bittere Ernte* des Europäischen BürgerInnenforums (2004) ist ebenfalls ein Artikel dieser „Vorbildwirkung" Kaliforniens gewidmet. Mike Davis knüpft sich das Thema nochmals genauer vor.

Was die Geschichte dieses Teils der USA betrifft, so schildert er eindrücklich die Strukturen weißer Gewalt und den Widerstand der MigrantInnen. War es im Süden der Ku Klux Klan und in Pennsylvanien die Repression durch Großunternehmen, so war für den Westen die Vigilantenbewegung typisch. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Bürgerwehren, die mittels ethno- rassistischer Gewalt eine „*systemstabilisierende Selbstjustiz*" einsetzten. „*Vigilanten nehmen das Recht in die eigenen Hände, um die herrschenden Machtstrukturen zu festigen, nicht um sie zu unterlaufen (...) Ob das jeweilige Ziel des Angriffs ein schwarzer Gefangener, ein Gewerkschaftsfunktionär, ein politischer Radikaler oder ein gewöhnlicher Verbrecher war, die extralegale Gewalt sollte den Status quo aufrecht erhalten.*"

So wurde es verunmöglicht, dass der „New Deal" Roosevelts die ländlichen Gebiete Kaliforniens jemals erreichte. Anders als klassische rechtsradikale Gewalt wird die Gewalt der Vigilanten heute in konservativen Kreisen als „*Teil des romantischen Erbes der Frontier- Demokratie*" *gefeiert. So besteht weiter ein „Bild des heroischen bürgerlichen Vigilanten, der gelegentlich sein Gewehr schultert, um Recht und Ordnung in einer Gesellschaft wiederherzustellen, die von kriminellen Einwanderern und korrupten Politikern überrannt wird*". Diese weiße Gewalt, die nicht von „oben", sondern aus der Mitte der Gesellschaft kam, wandte sich in abwechselnden Konjunkturen gegen chinesische, japanische, philippinische und lateinamerikanische ImmigrantInnen, sowie gegen Schwarze, aber auch gegen weiße marginalisierte Gruppen. Davis: „*Manchmal erscheint die Geschichte Kaliforniens wie ein gewaltiges Fließband, das eine Einwanderungsgruppe nach der anderen in denselben Hexenkessel aus Ausbeutung und Vorurteilen transportiert.*" „Fließband" meint damit nicht nur ein Sinnbild, sondern bezeichnet tatsächlich die Arbeitsverhältnisse, vor allem in der Landwirtschaft. Zitiert wird bei Davis auch der Journalist Carey McWilliams, der Ende der 1930iger Jahre mit seiner Studie „Factories in the Fields" ein dokumentarisches Gegenstück zu John Steinbecks „Früchte des Zorns" geschrieben hat.

Damals wie heute ist die Debatte gekennzeichnet von der Zerrissenheit reaktionärer politischer Kräfte zwischen der Notwendigkeit der Ausbeutung migrantischer Arbeitskraft und dem Wunsch, MigrantInnen abzuschieben und die Grenzen dicht zu machen. Historische wie aktuelle Beispiele belegen allerdings, dass diese beiden Aspekte auch gut unter einen Hut zu bringen sind. In aktuellen migrationspolitischen Diskursen wird deshalb auch von „selektiver Inklusion" gesprochen. Ein System von Rekrutierungen und Zugangsbeschränkungen verfestigt ein System globaler Apartheid, Migration wird kontrolliert und reguliert – die Grenze spielt dabei eine wichtige Rolle. (vgl. www.nolager.de)

Zurück zum Buch: Im Kalifornien der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren Pogrome gegen MigrantInnen keine Seltenheit. Vieles erinnert fatal an die rassistischen Ausschreitungen gegen in der Landwirtschaft Beschäftigte im südspanischen El Ejido im Jahr 2000. So wurden „*am 24. Oktober 1929, dem Tag, an dem die Wall Street zusammenbrach, (...) Filipinos in Exeter, südöstlich von Fresno, beschossen, als sie weiße Mädchen bei einem Straßenfest begleiteten. Es kam zu einer Schlägerei, ein Weißer wurde erstochen und es kam zu einem Krawall, bei dem weiße Vigilanten, angeführt von Polizeichef C.E. Joyner, Filipinos auf den Feldern ver-*

prügelten und mit Steinen bewarfen. 300 Vigilanten brannten ein Lager von philippinischen Arbeitern bei der nahegelegenen Firebaugh Ranch nieder.“ Die im Zitat erwähnte führende Beteiligung eines Polizeichefs bei rassistischen Ausschreitungen zeigt eher die Regel als die Ausnahme der Involviertheit von Polizei, Richtern, Anwälten, Zeitungsherausgebern und anderen lokalen Funktionsträgern bei Ereignissen wie diesen.

Die Hegemonie der Gewalt der Vigilants erreichte in verschiedenen Etappen im späten 19. Jahrhundert bis zum 2. Weltkrieg ein derartiges Ausmaß, dass es für den Mob oftmals möglich war, gefangene GewerkschafterInnen und Radikale aus den Gefängnissen herauszuholen und öffentlich zu verprügeln oder umzubringen. So entkam Emma Goldmann im Jahr 1912 in San Diego knapp dem Lynchtod; ihr Genosse Ben Reitmann, der mit ihr auf Reisen war, wurde allerdings entführt und schwer gefoltert. In diesen Kämpfen spielten die 1905 gegründeten Industrial Workers of the World, IWW, oder Wobblies eine bedeutende Rolle. *„Keine andere Gruppierung, nicht einmal die Kommunistische Partei in den 1930er- oder 1950er- Jahren* (erzeugte) *so große Wut unter den Arbeitgebern, bzw. eine vergleichbare Hysterie in den besitzenden Mittelschichten.“ Dafür verantwortlich war „nicht einmal ihr erklärter Wille, das Lohnsystem abzuschaffen, sondern ihre Bereitschaft, die ausgeschlossenen Arbeiter als Mitglieder aufzunehmen – weiße Landstreicher, Mexikaner, Japaner und Filipinos, die von der konservativen Gewerkschaft AFL verschmäht wurden. Zwischen 1906 und 1921 verbreitete sich der radikal egalitäre und rebellische Geist der IWW wie ein Lauffeuer in den Erntelagern, Schlafbaracken der Eisenbahn, Hobo-camps* (Camps für obdachlose WanderarbeiterInnen, Anm.) *und Elendsvierteln.“*

Im Buch werden Streiks von Erbsen- und SalatpflückerInnen, Arbeitsniederlegungen bei der Trauben- und Kirschernte, sowie der berühmte Ausstand der BaumwollpflückerInnen von 1933 nachgezeichnet. So ermutigend viele Beispiele auch sind, das Fazit der Arbeitskämpfe im ländlichen Kalifornien dieser Zeit war die Zerschlagung des Widerstands durch die Vigilantenbewegung und die „Associated Farmers“, die für die *„ungezügelte Despotie des Agrarkapitals über seine Arbeitskräfte“* stand. Was in den Städten erreicht werden konnte, setzte sich nicht in den Agrargebieten durch, wo in den Verpackungsfabriken Maschinengewehre aufgestellt wurden und die Aktivitäten von Landbesitzern, Polizeibehörden, freiwilligen Vigilanten und zum Teil des KKK sich ergänzten.

Justin Acers Chancon geht im zweiten Teil des Buches ausführlich auf den Kolonialismus und Expansionismus der USA gegenüber Mexiko und Mittel- bzw. Südamerika ein, vom mexikanisch-amerikanischen Krieg Mitte des 19. Jahrhunderts bis hin zu den NAFTA-Verträgen, der fortgesetzten primären Enteignung in Mexikos ländlichen Gebieten und dem Widerstand der Zapatistas. Chancon beschreibt das komplexe Zusammenspiel zwischen der Zerstörung bäuerlicher Existenzgrundlagen, aufgezwungenen Importen, dem System der Maquiladoras und der Profitmacherei mit der Kriminalisierung der Migration. Wir lesen über die Funktionsweise des „Bracero-Programms“ (Barcero: „die mit den Händen arbeiten“), eine Art Arbeitsvertrag, die stark an die sog. OMI- Verträge Frankreichs, mit denen ArbeitsmigrantInnen aus Maghreb- Ländern angeworben werden, erinnert. Aktuell gibt es in den USA 1,3 Millionen MigrantInnen, die in der Landwirtschaft beschäftigt sind, davon 400.000 Kinder. Chancon: *„Nach Bundesrecht können bereits neunjährige Kinder in Oregon Beeren pflücken, Zehnjährige können auf jeder Farm in Illinois arbeiten und Zwölfjährige, die an der Seite ihrer Eltern arbeiten, sind kein ungewöhnlicher Anblick am landwirtschaftlichen Horizont Kaliforniens.“*

Die beiden Autoren widmen in den verschiedenen Kapiteln der Denunzierung dieser vielfältigen Missstände leider um einiges mehr Raum als dem Widerstand der ArbeiterInnen. Dennoch werden aktuelle Arbeitskämpfe geschildert, wie die umfassende Kampagne der TomatenpflückerInnen in Florida im Jahr 2001, die den Konzern *Taco Bell* massiv unter Druck setzten und Lohnerhöhungen erzwingen konnten.

Selbstredend arbeiten MigrantInnen in den USA nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in anderen klassischen Niedriglohnsektoren wie Gastronomie, Bau, Prostitution und Hausarbeit. Die Rücküberweisungen aus den USA in die Herkunftsländer der MigrantInnen betragen 167 Milliarden Dollar pro Jahr – im Fall von Mexiko sind diese Remittances *„die zweitgrößte legale Devisenquelle nach den Erdölexporten.“* Und: *„mehr als 60 % dieser Summe stammen von mexikanischen Frauen, die in den USA leben.“* Als zynische Groteske erscheint dabei Chancons Bericht, dass Anfang 2006 im Repräsentantenhaus von Arizona ein Beschluss gebilligt wurde, *„dem zufolge elektronische Geldtransfers nach Mexiko mit einer Steuer des Bundesstaats von acht Prozent belegt werden sollen. Die Steuer, die jedes Jahr 80 Millionen Dollar einbringen könnte, soll verwendet werden, um den Bau eines doppelten bis dreifachen Grenzzauns zwischen Arizona und Mexiko zu finanzieren.“* Dieses absurde Beispiel ist nur die Spitze des Eisbergs in einem fiskalischen System, das (v.a. über die Lohn-

nebenkosten) neben dem direkten Lohnraub durch die Unternehmer die zweite Säule der ökonomischen Ausbeutung darstellt: Milliarden Dollar kommen jährlich durch die Arbeit von Sans Papiers in die Fonds der Sozialversicherungen, denen keine Leistung gegenübersteht – in vielen europäischen Ländern funktioniert das übrigens sehr ähnlich.

Noch ein Wort zur Militarisierung der Grenze: Seit Präsident Clinton 1994 die „Operation Gatekeeper" lancierte, haben sich die Todeszahlen an der Grenze durch die Umleitung der Migrationsrouten in unwirtliche, entlegene Gebiete vervielfacht (und wieder kann eine Parallele zum Migrationsmanagement der EU gezogen werden). Paramilitärische Vigilantengruppen, die sich heute „Minutemen" nennen, greifen der Border Patrol unter die Arme und erhalten von Arnold Schwarzenegger politische Rückendeckung.

Doch genug der Beschreibung der Grausamkeiten, mensch wartet beim Lesen sehnsüchtig auf die Berichte vom Widerstand. Spät und (angesichts der enormen Größe der Bewegung im letzten Jahr) etwas zu kurz wird im Buch darauf eingegangen: So konnten AktivistInnen mehrere Male erfolgreich Minutemen-Treffen in verschiedenen Städten Kaliforniens wie auch an der Grenze verhindern. Die traditionelle, große Gewerkschaft AFL-CIO revidierte vor einigen Jahren „*nach einer langen Geschichte der Kollaboration mit den Bossen in der Frage der Einwanderungsbeschränkungen (...) ihre Position und forderte eine allgemeine Amnestie und das Recht aller Beschäftigten, ob mit Papieren oder ohne, sich gewerkschaftlich zu organisieren.*" Die „*Immigrant workers Freedom Rides (IWFR)*" konnte mit der Forderung nach Legalisierung der acht bis elf Millionen Papierlosen in den USA schon 2003 massiv mobilisieren, und im Frühjahr 2006 brach schließlich die bereits erwähnte größte Welle an MigrantInnenprotesten in der US-amerikanischen Geschichte los. Im Mai 2006 streikten über drei Millionen Menschen in den USA. Wie das Potential dieser Proteste allerdings für aktuelle und zukünftige Kämpfe genutzt werden kann, bleibt im Buch weitgehend unbeantwortet.

Dennoch ist der politische Ton, den Chancon und Davis anschlagen, sehr sympathisch und „Crossing Borders" ist somit mit Sicherheit ein wichtiger Baustein in der Bildung einer transnationalen Bewegung gegen Rassismus, Sexismus und Ausbeutung und für gleiche soziale und politische Rechte: Die Rolle der Kämpfe der MigrantInnen für die sozialen Bewegungen werden in Abgrenzung zur allgemein lahmen Haltung der Gewerkschaften in den USA herausgestrichen und der antirassistische Grundton zieht sich mit den Parolen „Making Borders History" und „Queremos un mundo sin fonteras" durch das Buch. Chancon zitiert gegen Ende des Buches einen Aktivisten: „*...allmählich finden sich die Hände, die die Baumwolle pflückten, und die Hände, die den Salat pflücken, und verbinden Barrios und Ghettos, Felder und Plantagen – um gemeinsam für eine gerechtere und offenere Gesellschaft zu arbeiten.*" Si se puede!!

Dieter A. Behr
dieterbehr@yahoo.de

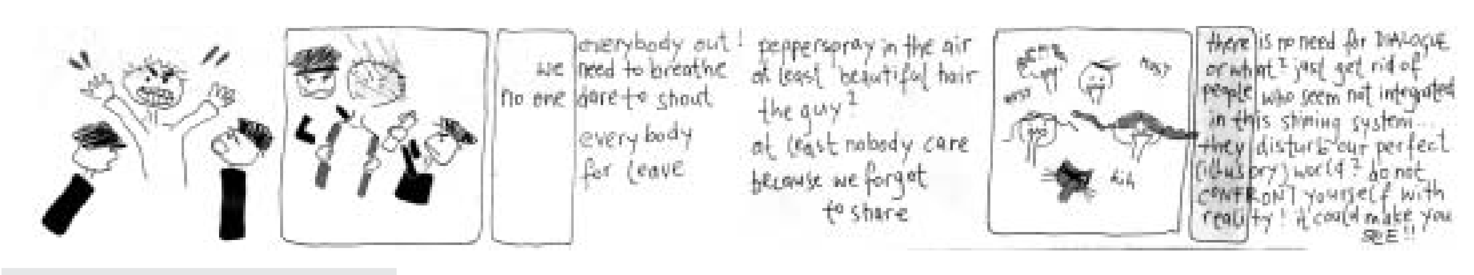
Alain Badiou: Paulus - Die Begründung des Universalismus

München: diaphanes Verlag, 2002, aus dem Französischen von Heinz Jatho, 204 Seiten, 19 Euro

Der Umschlag der deutschen Ausgabe des Paulus- Buches zeigt die Reproduktion eines Dürer- Bildes aus dem Jahr 1526 mit dem Titel: Kopf des Paulus. Das Gesicht eines erwachsenen Mannes im Halbprofil ist zu sehen, mit einem wachen Auge, schütterem Haupthaar und einem prächtigen Vollbart, der bis unter die prägnante Nase wuchert. So hat sich der Zeichner Dürer den Paulus vorgestellt. Welches Bild zeichnet uns aber nun Alain Badiou, der Philosoph, Dramaturg und Romancier ist und an der Universität Paris VII-Vincennes und am Collège International de Philosophie lehrt? In zehn kurzen Kapiteln, einem Vorwort und einem Abschluss Nummer XI, auf insgesamt 204 Seiten versucht Alain Badiou uns Paulus und dessen Briefe näher zu bringen. Die Intention des „eigenartigen Unternehmen(s)“ (S.7) wird klar offen gelegt, sie ist „weder historisch noch exegetisch. Sie ist von Anfang bis Ende subjektiv.“ (S.9) Badiou bekennt er sei „von Haus aus areligiös“. Der Grund für sein langjähriges Interesse an der Figur Paulus bestünde darin: „Paulus ist für mich ein dichterischer Denker des Ereignisses und zugleich der, welcher in seiner Aussage wie in seinem Tun die bleibenden Züge jener Figur zeigt, die man den MILITANT oder Kämpfer nennen könnte.“ Badiou ist fasziniert von einer Verbindung die an Paulus zutage tritt: „die nämlich, die zwischen der generellen Idee eines Bruchs, eines Umsturzes, und der einer Praxis und eines Denkens besteht, welches die subjektive Materialität dieses Bruchs darstellt.“ (S.8/9) Diese Verbindung wird als „durch und durch menschlich“ bezeichnet. Badious Text könnte man deshalb vielleicht als anthropologische Schrift bezeichnen und im Sinne des Autors eigentlich auch als eine antiphilosophische:„Es gehört aber zum Wesen der Antiphilosophie, dass die subjektive Position im Diskurs zum Argument wird“(S.34). Antiphilosophen sind für Alain Badiou außer Paulus - von dem wir keinen Nachnamen kennen - Blaise Pascal, Jean-Jacques Rousseau, Søren Kierkegaard und Friedrich Nietzsche.

Im ersten Kapitel „Paulus der Zeitgenosse“ erfahren wir Genaueres darüber wieso Badiou eine philosophische Nähe in solcher Ferne sucht: „Es geht darum, dass Paulus ergründen will, welches Gesetz ein jeder Identität beraubtes Subjekt strukturieren kann, ein Subjekt, das von einem Ereignis abhängt, dessen einziger „Beweis“ genau darin besteht, dass ein Subjekt sich zu ihm bekennt.“(S.13) Alain Badiou geht es darum „die konzeptuelle Organisation“ der Problematik des Paulus zu entfalten – „vom Inhalt des Ereignisses (der Auferstehung Christi) einmal abgesehen“ (S.31) Das Paulus-Buch ist also kein Überzeugungs- Text und Badiou ist kein Prediger. Es geht zugleich darum „dem Mann gerecht zu werden, der (...) ganz allein eine kulturelle Revolution ausgelöst hat, von der wir immer noch abhängen.“(S.31). Dies könnte ein guter Grund sein, das Buch zu lesen, um sich dann Gedanken darüber zu machen, ob diese kulturelle Revolution wirklich nur von einem Mann „ganz allein“ ausgelöst wurde. Hinter dem erfolgreichen Paulus steht schließlich mindestens eine “Persis, meine Liebe, welche in dem Herrn viel gearbeitet hat“(S.192).

Im Kapitel II „Wer ist Paulus?“ beschreibt Badiou die Lebensumstände des fundamentalen Autors, die aus dem Corpus der sechs Briefe, in die sie inkorporiert sind heraus gezogen werden (S.36/37). Diese Briefe – Römer, Erster und Zweiter Korinther, Galater, Philipper, Erster Thessalonicher – sind für Badiou „nichts anderes als Interventionen im Leben dieser Gruppen (die unter Paulus Mitwirkung entstanden sind), und sie sind erfüllt von politischer Leidenschaft. Kampf gegen innere Spaltungen, Erinnerung an die Grundprinzipien,



Erneuerung des Vertrauensverhältnisses zu den örtlichen Führern, Untersuchung der Streitpunkte, Organisation der Finanzen – nichts fehlt von all dem, was einem Aktivisten welcher organisierten Bewegung auch immer als Gegenstand von Besorgnis und kollektiver Aufwallung vertraut ist.“ (S.41) Das Kapitel endet mit dem Schluss: „Letztlich aber lehrt uns Paulus selbst, dass es weder auf die Zeichen der Macht noch auf exemplarische Lebensläufe ankommt, sondern darauf, wozu eine Überzeugung imstande ist – hier, jetzt und für immer.“ Werden hier die Paulus-Briefe zu Lehrstücken für politische KämpferInnen umfunktioniert?

Kapitel III – Texte und Kontexte: Die Texte Paulus sind zwischen den Jahren 50 und 58 (christlicher Zeitrechnung) entstanden. Badiou betont erneut, dass es sich um Interventionen handelt, er nennt sie auch „Gelegenheitstexte“ (S.62). Er schließt daraus auf eine Ähnlichkeit mit den Texten Lenins, Lacans und denen Wittgensteins. Und er streicht die Besonderheit der Paulus-Briefe im Gegensatz zu den Evangelien, deren Redaktion sie erheblich vorausgehen, heraus: „Alles wird auf einen einzigen Punkt zurückgeführt: Jesus, der der Sohn Gottes (...) und in dieser Eigenschaft der Christus ist, ist am Kreuz gestorben und auferstanden.“ (S.64/65). Er schlussfolgert: „Aus all dem ergibt sich, dass die Paulusbriefe die einzigen wahren Lehrtexte des Neuen Testaments sind.“ (S.65). Kontextuell verweist Badiou auf einen „der größten Dichter unserer Zeit“ – Pier Paolo Pasolini, „der die Absicht hatte, einen Film zu drehen, in dem der heilige Paulus in die Welt von heute versetzt wäre.“ Dieser Gröduz (Abkürzung für: größter Dichter unserer Zeit, E. St.) hätte sich ja, so Badiou, „schon durch seine beiden Vornamen, durch den bloßen Signifikanten ins Zentrum des Problems versetzt“ gesehen. Badiou erzählt uns voller Begeisterung von dem Drehbuch eines Filmes, der nie zustande kam (S.71).

Kapitel IV – Theorie der Diskurse: Das ungeheuerliche Neuartige, das den Diskurs kennzeichnet, den Paulus beginnt, beschreibt Badiou so: „Dass eine Verleugnung all dessen stattfindet, was alle bisherigen Diskurse als existent oder seiend erklären, gibt einen Begriff vom Ausmaß der ontologischen Subversion, zu der die paulinische Antiphilosophie den Bekenner oder den Kämpfer auffordert. Die Erfindung einer Sprache, in der Torheit, Ärgernis und Schwäche an die Stelle der erkennenden Vernunft, der Ordnung und der Macht treten, in der das Nichtsein die einzig glaubhafte Bestätigung des Seins ist – diese Erfindung ist es, in der sich der christliche Diskurs artikuliert.“(S.90)

Kapitel V – die Teilung des Subjekts. Im Zusammenhang mit Badious Subjekt- Theorie, die in seinem Hauptwerk entfaltet wurde[1], ist es spannend die Zwischenschritte die auf dem Entwicklungsweg notiert werden und das christliche Subjekt betreffen nach zu verfolgen. Was ist ein (christliches) Subjekt? „...EIN Subjekt ist in Wirklichkeit die Verflechtung ZWEIER subjektiver Wege, welche Paulus das Fleisch und den Geist nennt.“ Es gäbe einen kapitalen Punkt hierbei, meint Badiou: „die Opposition von Geist und Fleisch hat nichts zu tun mit der von Seele und Körper“(S.106). Verglichen werden dann die drei damals nebeneinander existierenden Diskurse, der jüdische, der griechische und der neu entstehende christliche. „Die Juden, so sagt uns Paulus wieder und wieder, suchen Zeichen und „verlangen nach Wundern“, die Griechen „suchen die Weisheit“ und stellen Fragen, die Christen bekennen den gekreuzigten Christus. Verlangen - Fragen - Bekennen: dies sind die verbalen Figuren der drei Diskurse, sind ihre subjektiven Haltungen“(S.111). Wie verhalten sich andere Antiphilosophen: Badiou denkt, bei Nietzsche könne man einen „regelrechten Hass auf den Universalismus“ erkennen – wenn „es um Gott geht, vertritt Nietzsche den stursten Partikularismus, den zügellosesten rassen-gebundenen Kommunitarismus“. So heißt es doch im Antichrist: „Das Gift der Lehre - gleiche Rechte für alle- das Christentum hat es am grundsätzlichsten ausgesät“. Aber es gäbe auch den anderen Nietzsche: „dieser heilige Narr ist ein gewaltsamer, lebender Widerspruch, ein In- zwei-Stücke- Brechen seiner selbst.“(S.117). Die für Badiou entscheidende Aussage bezüglich der Begründung des Universalismus (ein Untertitel, der jedoch übertrieben ist, wie der Autor im letzten Kapitel eingesteht, S.197), die „kapitale Formel, die wohlgemerkt auch eine universale Adresse ist, lautet: denn ihr seid nicht unter dem Gesetz, sondern der Gnade.“(Röm. 6,14 – S.120). Die ersten ChristInnen waren AnarchistInnen.

Kapitel VI ist für mich das spannendste Kapitel: Die Antidialektik von Tod und Auferstehung. Badiou unternimmt einen Exkurs zur „hegelianischen Montage“, im Rahmen dessen er zugibt, dass die seit Jahrhunderten allgegenwärtige christliche Bildwelt Leiden und Martyrien darstellt, denen erlösende Funktion zugeschrieben wird (S.123)2 Nach diesem Schlenker wird Paulus Position hinsichtlich des Todes analysiert, die eine antidialektische ist: „Der Tod (ist) darin in keiner Weise das notwendige Exerzitium der immanenten Macht des Negativen“(S.124). Badiou behauptet weiter, dass die „Entdialektisierung des Christusereignisses (es) erlaubt, aus dem mythologischen Kern eine gänzlich laizisierte formale Konzeption der Gnade zu extrahieren“ und hier spricht schließlich ein ambitionierter Existenzialist: “Die Frage ist einzig und allein die, ob einem Dasein im Bruch mit der unerbittlichen

Gewöhnlichkeit der Zeit das materielle Glück begegnet, einer Wahrheit zu dienen und so, in der subjektiven Teilung, jenseits der Überlebensnotwendigkeiten des Menschentiers, unsterblich zu werden." (S.124/125). Paulus selbst hat seine Haltung, die als vorbildliche dienen sollte - er war ja eine Führer-Figur, ein Leader - Paulus hat es etwas abstrakter und knapper formuliert, es ging ihm darum „allen alles zu werden"(1.Kor.9,22). Der politisch denkende Badiou sieht im Christusereignis, in dem Ereignis „das sich ausnahmslos an alle richtet oder definitiv jedes Subjekt zerteilt" eine „affirmative Operation". Das sei die ungeheure Erfindung in der römischen Welt gewesen. Um sich darüber Klarheit zu verschaffen, untersucht Badiou schließlich „die Namen des Todes" und die des Lebens. „Der erste von den Namen des Todes ist jedoch: Gesetz."(S.140)

Paulus ist gegen das Gesetz (Kapitel VII). Das Gesetz bezeichnet für Paulus immer eine Partikularität und mithin eine Differenz. Den Ontologen Badiou interessiert hier der Unterbau der paulinischen Überzeugung – wo Gesetze sind kann gegen sie verstoßen werden, in der Sprache der Religion: es wird gesündigt. Die Formulierungen des areligiösen, und an psychoanalytischen Theorien geschulten Autors, der sich hier mit christlicher Ethik befasst lauten so: „Die Sünde ist das Leben des Begehrens als Autonomie, als Automatismus."(S.148) oder „Im Grunde ist die Sünde weniger eine Verfehlung als eine Unfähigkeit des lebendigen Denkens, das Handeln zu bestimmen." (S.156). An dieser Stelle kommt eine weitere Figur ins Spiel, die Badiou lange begleitet. Es handelt sich um den Dichter Mallarmé der in „Das Sein und das Ereignis" dann einen entscheidenden Raum erhalten wird. Hier wird er bereits als „Paulus des modernen Gedichts" bezeichnet – Mallarmé, der Dichterrevolutionär, der die tradierten Gesetze der Literatur über den Haufen warf.

„Die Liebe als universale Macht". Kapitel VIII enthält einen sehr schönen Abschnitt, den ich hier in leicht veränderter Form wiedergebe– es ist „nur" ein Name, der eine Verwandlung erfährt. Ich greife damit letztendlich auch bloß eine Idee des Autors selbst auf, der –noch vor dem Paulus-Buch- ein Theaterstück verfasst hatte, in dem eine gewisse Paule als militante Protagonistin auftrat, es heißt L`Incident d`Antioche. Badiou bedauert es: „die Geschlechts-Umwandlung hat wohl eine allzu klare Identifizierung verhindert."(S.7). Im nachfolgenden dürfte es klar sein: Paula ist keineswegs eine Theoretikerin der aufopfernden Liebe, durch die man sich selbst in der Hinwendung zum Anderen vergisst. Diese falsche Liebe, die will, dass sich das Subjekt in einer direkten Beziehung zur Transzendenz des Anderen vernichtet, ist nichts als narzisstische Anmaßung. Sie gehört dem vierten Diskurs an, dem des inneren und unsagbaren Sagens. Paula weiß, dass es wahre Liebe nur in dem Maße gibt, wie man zunächst imstande ist, sich selbst zu lieben. Aber diese Liebesbeziehung des Subjekts zu sich selbst ist immer nur Liebe zu jener lebendigen Wahrheit, die das Subjekt, das sie bekennt, induziert. Die Liebe untersteht also der Autorität des Ereignisses und seiner Subjektivierung im Glauben, weil einzig das Ereignis das Subjekt autorisiert, anderes zu sein als ein totes Ich, das man nicht lieben kann.

Was stirbt zuletzt? - Die Hoffnung- Kapitel IX. „Deskriptiv bezieht sich die Hoffnung bei Paulus und seinen Nachfolgern auf die Gerechtigkeit." Badiou findet, dass Paulus gelegentlich ein „heftiger und nachtragender Mann" sei, weil ihm manchmal die Andeutung unterläuft, „dass die Bösen, also zunächst seine politischen Feinde beim Aufbau der christlichen Kerngruppen, keine allzu gute Behandlung zu erwarten haben." (S.176) Die Leidenschaft des Apostels der Völker sei aber vorrangig der Universalismus. „Die Hölle, die Bratpfanne der Feinde, interessiert Paulus nicht."(S.178) Die Hoffnung im Sinne Paulus hat mit der Zukunft nichts zu tun. „Sie ist eine Figur des gegenwärtigen Subjekts, zu dem die Universalität, an der es arbeitet, zurückkehrt."(S.180)

Kapitel X: Die Universalität und die Durchquerung der Differenzen. Man möge Paulus militante Tonart nicht missverstehen als Opportunismus, bittet Badiou. Paulus ginge es darum sich derart an Differenzen und Gebräuche anzupassen, dass der „Prozess ihrer subjektiven Außerkraftsetzung sich durch sie hindurch und in ihnen abspielt." Seine Texte seien „eher das, was die chinesischen Kommunisten die Massenlinie nennen werden."(S.182/183).

Badiou verteidigt Paulus gegen den oft geäußerten Vorwurf, er sei „Begründer einer christlichen Misogynie".(S.191) Es sei absurd „ihn vor das Tribunal des zeitgenössischen Feminismus zu zitieren. Die einzige Frage von Gewicht besteht darin, ob Paulus, was den Status von Frauen angeht, gemessen an seiner Zeit eher progressiv oder reaktionär ist."(S.192). Paulus progressive Technik bezeichnet Badiou als „sekundäre Symmetrisierung" und er gibt ein Beispiel dafür aus dem Korintherbrief: „Die Frau ist ihres Leibes nicht mächtig, sondern der Mann" Darauf folgt jedoch sogleich der Satz: „Desgleichen der Mann ist seines Leibes nicht mächtig, sondern die Frau".(1.Kor.7,4). Diese sekundäre Symmetrisierung bedeute „den universalisierenden Egalitarismus durch die Umkehrbarkeit einer antiegalitären Regel hindurchzuführen."(S.193).

Zum Abschluss: „Es geht überhaupt nicht darum, die Welt zu fliehen, man muss mit ihr leben – aber ohne sich formen, sich konformieren zu lassen." (S.203).

Elisabeth Steger
waldnaab@klingt.org

Anmerkungen:

1 siehe Linkswalzer. Bericht einer Lektüre, Lisa Waldnaab, grundrisse Nr.19, S.62-65
2 Ich bin mit Klaus Theweleit der Auffassung, dass sich „die Zivilisationstechnik des Sehens" – aber nicht nur in Deutschland- immer noch auf „elendem Stand" befindet. (Klaus Theweleit – Männerphantasien 1+2, Verlag Piper 2000, S.493). Deshalb ist Einsicht in von Männerphantasien dominierte Bildwelten immer erfreulich – und die christliche Bildwelt ist eine von Männerphantasien dominierte. Siehe dazu auch die Buchbesprechung von Lise Langsteg in grundrisse Nr.21- Luisa Accati, Das Monster und die Schöne – Vater- und Mutterbilder in der katholischen Erziehung der Gefühle, S.62-65

